

A 1.1:

Präambel zum Grundsatzprogramm

Antragsteller_innen: Beauftragtenrat, RED-Group

Das Landesjugendplenum möge beschließen, dem zu beschließenden Grundsatzprogramm folgende Präambel voranzustellen:

„Präambel zum Grundsatzprogramm der linksjugend [‘solid] Sachsen

Vielerorts hört man von spezifisch „sächsischen Verhältnissen“. Was heißt das und warum sind diese Verhältnisse zu kritisieren? Die Antworten auf diese Fragen sind vielfältig. Dazu gehört der Abbau von kulturellen Angeboten, Schul- und Krankenhausschließungen sowie Rückbau der Infrastruktur. Dazu gehört, dass die ländlichen Regionen immer menschenleerer werden und dass es viele Leute aus Sachsen wegzieht. Dazu gehört ein aus dem spezifischen "sächsischen Selbstbewusstsein" der Wendezeit hervorgegangener "Sachsenstolz" und ein besonderes "sächsisches Heimatbewusstsein" - von überall springt einem Sachsen direkt ins Gesicht: Sachsenquelle, Sachsenobst, Radio Sachsen, Sachsenkrone. Dazu gehört die langjährige durch die sächsische CDU betriebene Verharmlosung des Neonazismus und rechter Gewalt sowie der Umstand, dass die NPD sich ganze zehn Jahre, von 2004 bis 2014, im sächsischen Landtag halten konnte. Dazu gehört der Fakt, dass Pegida zuerst in Dresden auf die Straßen ging, sich auch einzig dort als eine dauerhafte Protestbewegung etablieren konnte und von Sachsen aus den gesamten bundesdeutschen Diskurs seit 2014 bis in die Parlamente immer weiter nach rechts verschob. Dazu gehört, dass es die zahlreichen sächsischen Politiker*innen und konservativen Intellektuellen waren, die mitunter als erste Verständnis für das "Besorgtsein" der "Montagsspaziergänger_innen" über die ach so "linksliberale" Politik zeigten. Dazu gehört, dass auch der Fraktionsvorsitzende der sächsischen CDU im Landtag gegen die angebliche "Lügenpresse" polemisiert. Dazu gehört, dass die sächsischen Polizeikräfte entweder tatenlos zusehen, wie Journalist_innen von Pegida-Demonstrierenden angegriffen werden oder gar selber dabei mitmachen. Dazu gehört die Tatsache, dass die rassistische und völkisch-nationalistische AfD einzig und allein in Sachsen mit 27 Prozent der Stimmen bei der vergangenen Bundestagswahl zur stärksten Kraft wurde.

Wir wollen diese verkrusteten, blau-braunen sächsischen Verhältnisse aufbrechen und zum Tanzen bringen. Wir wollen ein soziales, ein humanes, ein offenes, ein ökologisches und tolerantes Sachsen, in dem nicht die „Leitkultur“, sondern „Willkommenskultur“ den Ton angibt und gelebt wird. Wir wollen dieses Sachsen verändern und haben dazu ein Programm mit konkreten Vorschlägen geschrieben. Wir wollen soziale Gleichheit, gleichberechtigte Teilhabe und ein schönes Leben für Alle.

Das hier vorliegende Grundsatzprogramm greift dabei verschiedene Themenkomplexe auf, mit welchen wir versuchen, unsere Positionen zu manifestieren und nach außen zu tragen. Gerade im Vorfeld verschiedener Wahlen im Jahr 2019 ist es umso wichtiger, unser Verständnis einer emanzipatorischen und solidarischen Gesellschaft gegenüber rechts aufkeimender Tendenzen zu verteidigen. Die verschiedenen Themen des Grundsatzprogramms sind dabei alle durch ein klar linksradikales Profil gekennzeichnet.

Dabei wurden auf dem Landesjugendplenum der linksjugend [‘solid] Sachsen im März 2018 in Görlitz verschiedene Punkte gesammelt und beschlossen, die im Grundsatzprogramm berücksichtigt werden sollten. Letztenendes ist ein Programm entstanden, welches sehr facettenreich aufgestellt ist:

Ob es nun um unsere Vorstellungen zu Antifaschismus oder Antirassismus geht oder um unsere Idee einer partizipativeren, demokratischeren Gesellschaft. Egal, ob man nach Alternativen zu der jetzigen Bildungs- und Hochschulpolitik oder nach Konzepte für Stadtentwicklung oder die Belebung des ländlichen Raums schaut, man wird in diesem Programm fündig. Des Weiteren haben wir uns auch mit Feminismus und Sexismus, Drogenpolitik, Zukunft der Arbeit und Armut, Verkehrspolitik, LGBTQ+, Laizismus, Europa, Inklusion, Gesundheitspolitik, Innere Sicherheit, Digitalisierung, Kutlur, Tierrechten, Umweltpolitik und vielem weiteren beschäftigt. Thematisch manchmal klar von einander getrennt, aber manchmal auch ineinander verfloßen.

Als linker Jugendverband wollen wir die Gesellschaft grundlegend verändern. Wir möchten weg vom kapitalistischen, unsolidarischen, hin zum selbstbestimmten, gerechten und solidarischen Leben. Hierfür möchten wir jungen Menschen die Möglichkeit schaffen, sich und andere zu empowern und für ein gutes Leben zu streiten.

Wir sehen unsere Arbeit angesichts aktueller gesellschaftlich-politischen und ökonomischen Verhältnisse untrennbar sowohl in der Gesellschaft als auch in Parlamenten verortet. Uns ist bewusst, dass man eine Gesellschaft nicht im Parlament ändern kann. Wir meinen aber, dass es progressive Akteur_innen in Parlamenten geben muss, um konservativen und reaktionären Kräften einen Gegenpol zu bieten aber auch eigene Projekte voran zu treiben, um Lebensrealitäten wenigstens kleinteilig ein Stückweit zu verbessern. Der Beschluss der „Ehe für alle“ im Jahr 2017 steht exemplarisch für Verflechtung gesellschaftlichen und parlamentarischen Handelns. Wohlgleich ist die Sache damit nicht vom Tisch, solange es immer noch Anfeindungen oder Ungleichbehandlung aus der Gesellschaft gegen nicht heteronormativ¹ lebende Menschen gibt.

Als unabhängiger, parteinaher Jugendverband der Partei DIE LINKE. Sachsen sehen wir es auch als unsere Aufgabe, jene da zu kritisieren, wo es nötig ist und da progressivere, radikalere Akzente zu setzen wo es möglich ist.

[... Hier folgt das Grundsatzprogramm...]

Das Grundsatzprogramm ist 2018 in einem langwierigen, basisdemokratischen Prozess entstanden. Auf Beschluss des Landesjugendplenums in Görlitz vom 09.-11. März 2018 entstand eine Redaktionsgruppe, die die auf ebenjenem Landesjugendplenum ausgewählten Themen diskutierte und bearbeitete. Beim ersten Programmkonvent im Juni 2018 hatten alle Mitglieder und Sympathisant_innen der linksjugend [‘solid] Sachsen die Möglichkeit, die Inhalte des Programms zu diskutieren. Am Anschluss daran wurden erste Textentwürfe geschrieben, die bis zum zweiten Programmkonvent im August 2018 online zugänglich waren und mit mannigfachen Anmerkungen versehen wurden. Beim zweiten Programmkonvent schließlich wurden den Textentwürfen der letzte Schliff gegeben und pünktlich zur Einladung des Landesjugendplenums am 28.-30. September 2018 im ersten Antragsheft versendet. Nach der Diskussion zahlreicher Änderungsanträge wurde die vorliegende Form schließlich am 29. September in Karl-Marx-Stadt beschlossen. Wir danken allen, die daran mitgewirkt haben, Textarbeit bis zum Kommunismus!

¹ Ansicht, die Heterosexualität als normale soziale Norm betrachtet

A2

Vorschlag der Kampagnenthemen für den Jugendwahlkampf zur Landtagswahl 2019

Antragsteller_innen: (Beauftragtenrat), Redaktionsgruppe, Jugendkoordinator, jugendpolitischer Sprecher

Das Landesjugendplenum beschließt:

- Der Jugendwahlkampf der linksjugend [‘solid] Sachsen zur Landtagswahl 2019 wird sich schwerpunktmäßig mit 6 Themen beschäftigen. Diese sind:
 - Innere Sicherheit
 - Antifa
 - Feminismus und Sexismus
 - ÖPNV, ländlicher Raum, Stadtentwicklung
 - Bildung & Hochschulpolitik
 - Mitbestimmung und Demokratie

Grundsatzprogramm der Linksjugend [‘solid] Sachsen

1. Antifa

„Antifaschismus“ oder „Antifa“ wird gegenwärtig von Akteur*innen des gesamten konservativen Spektrums als ein politischer Kampfbegriff verwendet, um Proteste, widerständige Praxen und verschiedene Aktionsformen zu delegitimieren. Verschiedenste linksradikale und autonome Gruppen werden von rechts unter „Antifa e.V.“ zusammengefasst, was bedeuten soll, dass diese verschiedenen Gruppierungen angeblich zentral gesteuert und koordiniert werden. Diese Auffassung ist an Blödheit nicht zu überbieten. Antifaschismus bedeutet für uns das konsequente Eintreten gegen alle menschenverachtenden Ideologien wie Neofaschismus, Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und alle anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Antifaschismus bedeutet für uns zugleich das Eintreten für eine emanzipierte Gesellschaft, in der sich alle Menschen soweit verwirklichen können, dass sie dabei die Selbstverwirklichung anderer nicht negativ beeinflussen. Doch mit Nazis in unserer Mitte funktioniert das nicht.

Warum es aus unserer Perspektive gerade in Sachsen mehr antifaschistisches Engagement braucht? Weil Sachsen ein besonderes Problem mit einem aggressiven Rassismus, einer gut organisierten Neonazi-Szene und der schwachen staatlichen Reaktionsfähigkeit auf rechte Mobilisierungen und Gewalt hat. Bereits seit dem Ende der DDR fassten Neonazis in Sachsen Fuß und bauten Strukturen auf. Die NPD war über zehn Jahre lang mit einer Fraktion im Sächsischen Landtag vertreten und das Terrornetzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hatte in Sachsen seine Basis und ein breites Unterstützungsumfeld.

Ideologien benennen, statt von Extremismus quatschen

Neonazis werden häufig auch als „Rechtsextremisten“ bezeichnet. Diese Bezeichnung lehnen wir ab. Denn die Konstruktion des „politischen Extremismus“ stellt der angeblich von problematischen Denkmustern befreiten „Mitte der Gesellschaft“ verschiedene Extremismen entgegen, die dann wahlweise als Rechts-, Links- oder Ausländerextremismus bezeichnet werden. Dabei wird oft verschleiert, dass auch die sogenannte „Mitte der Gesellschaft“ Denkmuster wie Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus und andere diskriminierende Einstellungen pflegt. Kritik an Nazis ist deshalb auch immer Gesellschaftskritik. Die jetzige deutsche Gesellschaft hat ein starkes Ordnungs- und Ausgrenzungdenken, das guten Nährboden für die Ideologien der Nazis bietet.

Gegen Angstzonen im ländlichen Raum

Auch wenn in der DDR, die sich als ein antifaschistischer Staat verstand, Faschismus und Nazismus öffentlich diskreditiert waren, war in der Bevölkerung nazistisches und menschenverachtendes Gedankengut dennoch vorhanden, was sich z.B. in den Übergriffen auf Vertragsarbeiter_innen und deren Unterkünfte äußerte. Die offizielle Erzählung jedoch lautete stets, dass es keinen Rassismus und Neonazismus in der DDR gab. Spätestens seit der Wende können in Sachsen flächendeckende Nazistrukturen wieder offen agieren. Durch den von der Politik der sächsischen CDU forcierten Abbau sowie Kürzungen der Infrastruktur und der kulturellen Angebote bietet der ländliche Raum Menschen keine Bleibperspektive und garantiert keine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe. Junge, mobile, gebildete und meist aus akademischen Haushalten kommenden Menschen wandern häufig in Richtung der Großstädte aus, während diese Perspektive vielen jungen Leuten aus Arbeiter*innenfamilien nach wie vor verwehrt bleibt. Damit wird der ländliche Raum immer älter und zurückbleibende junge Menschen sind mit kultureller Verarmung und Perspektivlosigkeit ihrer Wohnorte konfrontiert. Solche

tristen Orte führen häufig dazu, dass Jugendliche sich aus Mangel an Alternativen Gruppen anschließen, in denen radikales, antidemokratisches und menschenverachtendes Gedankengut verbreitet wird. Wenn viele Menschen von einem Ort wegziehen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass dadurch kritische Stimmen bei den Gesprächen am Arbeitsplatz oder im Supermarkt fehlen und damit die vorhandenen Ressentiments und Stereotype, z.B. in Bezug auf Migrant_innen und Asylsuchende, sich wie in einer Echokammer verstärken und entsprechend auf das Wahlverhalten auswirken können. Dies zeigen nicht zuletzt die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2017. Besonders der ländliche Raum ist zur Angstzone für Menschen mit anderen religiösen, sexuellen, politischen Vorstellungen oder anderer Herkunft geworden. Innerhalb dieser Angstzonen, z. B. an bestimmten Orten oder innerhalb bestimmter Personenkreise, ist eine freie Bewegung und Entfaltung ohne Angst - und oftmals auch ohne die reelle Gefahr von Übergriffen - nicht mehr möglich. Hinzu kommt, dass antifaschistisches Handeln und die Entfaltung von alternativen Jugendkulturen vielerorts erschwert oder aufgrund der Kürzungen von Geldmitteln sowie die damit einhergehende Schließung von Jugendzentren (Danke, CDU!) sogar unmöglich wird. Oftmals spielen Verantwortliche und Behörden die Probleme mit rechten und menschenverachtenden Einstellungen herunter und verharmlosen diese, statt sie aktiv anzugehen. Rechte Bürgermeister*innen wirken sogar aktiv daran mit, links-alternative Jugendzentren zu schließen. Hier ist das Land Sachsen in der Pflicht, nicht nur kritische Öffentlichkeit und Dokumentationsarbeit zu ermöglichen und zu finanzieren, sondern entschieden gegen jegliches menschenverachtende Gedankengut vorzugehen. Dazu soll auch eine gemeinsam genutzte Datenbank für das Land Sachsen bereitgestellt werden, in der entsprechende rechtsmotivierte Übergriffe und Vorfälle zusammengefasst werden.

Dummheit lässt sich nicht verbieten

Wir sind der Überzeugung, dass sich Dummheit nicht verbieten lässt. Wir halten unter anderem auch deshalb nichts von einem Verbot der NPD. Das Verbot ist zum einen schwer zu legitimieren. Das Problem ist nicht, dass Nazis eine Partei gründen, sondern die Nazis und die nazistische Ideologie selbst sind das Problem. Ein NPD-Verbot würde außerdem möglicherweise die Herausbildung und Stärkung von Ersatzorganisationen sowie des rechtsorientierten Untergrunds und dergleichen mehr nach sich ziehen und sollte deshalb Berücksichtigung finden. Die Debatte um ein NPD-Verbot verengt den Fokus zu sehr auf die NPD. Gerade seit ihrem Ausscheiden aus dem sächsischen Landtag 2014 hat die NPD ihre Vormachtstellung in der rechten Szene in Sachsen erst einmal eingebüßt, wobei es nicht auszuschließen ist, dass sie in Zukunft in der neonazistischen Parteienlandschaft wieder an Bedeutung gewinnt. Momentan sind es jedoch andere Neonazi-Parteien, wie Die Rechte und Der III Weg, oder Organisationen wie die rechtsradikale Identitäre Bewegung und die Ein Prozent Bewegung, die in Sachsen Anhängerschaft um sich scharen. Darüber hinaus gibt es viele lose Neonazinetzwerke, die sich nicht parteipolitisch organisieren und damit versteckt agieren können. Die bürgerlich auftretende aber zutiefst völkisch und rassistisch agierende AfD ist ein Beispiel für die personelle und inhaltliche Überschneidung von Neonazis und rassistischen Bürger_innen. Auch viele außerhalb des Parlaments agierende Netzwerke, Strukturen der sogenannten Neuen Rechten, Freie Kameradschaften, Protestbündnisse gegen Asylsuchende und nicht zuletzt Pegida als Katalysator für nationalistische und rechtspopulistische Stimmungsmache, verdeutlichen die neue Qualität völkischen und rassistischen Denkens und Handelns in Sachsen, das tief in der sächsischen Bevölkerung verwurzelt zu sein scheint. Neonazis entsprechen bei Weitem nicht mehr dem alten Bild des Bomberjacks und Springerstiefel tragenden, einfältigen Glatzkopfs. Die Vertreter*innen der Identitären Bewegung sind oft gut gebildet, geben sich vorliebsweise jung und hip und setzen vor allem auf medienwirksame Inszenierungen, die sie über Social Media verbreiten. Die Ein Prozent Bewegung ist hingegen die „erwachsene“ Entsprechung hierzu, kommt aus dem Umfeld von Götz Kubitschek und des ihm verantworteten Instituts für Staatspolitik und setzt vor allem auf seriöses Auftreten. Auch die zutiefst rassistische AfD rühmt sich damit, den größten Akademisierungsanteil von allen Parteien zu haben. Das zeigt, dass Neonazis und

ihre Ideologie kein abgeschlossenes, eng umgrenztes Etwas sind, sondern inhaltlich, organisatorisch, personell, aber auch was Stil und Sprache angeht, Anknüpfungspunkte an zahlreiche nicht explizit nazistische Zusammenhänge besitzen. Diese gilt es bei der Auseinandersetzung mit Nazis stärker in den Blick zu nehmen.

Antisemitismus bekämpfen

Antisemitismus ist ein fester Bestandteil nazistischer Ideologie und auch in der Gesellschaft weit verbreitet. Mit dem Wissen über die deutsche Barbarei, also über den industriellen Massenmord an Jüd_innen in der Shoa, gilt es jeglicher Form von Antisemitismus den Kampf anzusagen. Antisemitismus äußert sich heute wie damals über eine den Jüd_innen zugewiesene Sündenbockrolle sowie eine Verkürzung und Vereinfachung der kapitalistischen Gesamtverhältnisse auf einzelne Personen oder vermeintliche Strippenzieher_innen. Diese Unterscheidung in sogenanntes schaffendes und rafendes Kapital ist mit einer emanzipatorischen Kapitalismuskritik unvereinbar. In unserer Zeit äußert sich Antisemitismus oftmals auch in abstrusen Verschwörungstheorien, die unsere komplexe Welt durch einfache Erklärungsmuster zu erfassen vorgeben. Der moderne Antisemitismus zeigt sich zudem meist in Hass und grundsätzlicher Ablehnung gegenüber dem jüdischen Staat Israel. Da dieser Staat jedoch notwendiger Schutzraum für vom Antisemitismus Verfolgte ist, lehnen wir eine Zusammenarbeit mit antizionistischen Gruppen ab.

Keine Verdrehung der Geschichte

Faschismus wird in der Bundesrepublik berechtigterweise hauptsächlich mit Verbrechen des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht. Immer wieder tauchen jedoch Verdrehungen der Geschichte und Verharmlosungen des Nationalsozialismus auf. Diese finden sich nicht nur in Neonazikreisen, sondern zum Teil auch in gesellschaftlich anerkannten Vereinen. Dazu gehören auch revanchistische Gruppen wie der „Bund der Vertriebenen“, die Gebietsansprüche geltend machen wollen. Solchen Forderungen und Formen des Geschichtsrevisionismus widersprechen wir vehement. Ebenso entschieden lehnen wir eine Gleichsetzung des Nationalsozialismus mit der DDR ab.

Wir fordern:

- Mittels Bildungsarbeit weit verbreiteten Ressentiments stärker kritisch entgegenarbeiten, statt auf Moralisation und erhobenen Zeigefinger setzen
- Erhalt, Förderung und Ausbau von kulturellen Freiräumen als Teil der Jugendbildung
- Intensive Unterstützung antifaschistischer sowie links-alternativer Projekte, Initiativen und Bündnisse durch die Politik
- Stärkung und Förderung von Kultur- und Demokratiprojeketen sowie den Projekten zur politischen Bildung und Neonazismusprävention
- Keine staatliche Unterstützung von rechten (Haus)Projekten
- Keine Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen mit rechten Organisationen wie der Identitären Bewegung, der Ein Prozent Bewegung und keine Besucherfahrten von Schüler*innen zu den Abgeordneten der AfD als sogenannte politische Bildung
- Stärkung und Unterstützung für Beratungsstellen für Opfer rassistischer und Neonazigewalt
- Schaffung von staatlichen Stellen und Ansprechpartner_innen in Kommunen für Prävention und Aufklärung über Neonazismus und verschwörungstheoretische Ideologien wie z.B. die der Reichsbürger*innen
- Durchführung von Schulungen in den kommunalen Organen wie Verwaltungen, Ortsbeiräten, Ämtern, Polizeistellen, Ordnungsämtern, um diese Organe für Neonazismus und seine Artikulationen, z.B. Material und Sticker von vorhandenen rechten Bewegungen und Strukturen, zu sensibilisieren

- Fortbildungen für Vereine, (Jugend)Initiativen aber auch Lehrkräfte an Schulen und Ausbildungsstätten hinsichtlich des menschenverachtenden Gedankenguts, Neonazisymboliken, Symboliken der Identitären Bewegung und Co. sowie des Umgangs mit diesen
- Mehr Sozialarbeiter_innen in der Jugendarbeit
- Stärkere Jugendbeteiligung in Jugendparlamenten und Schaffung von weiteren Beteiligungsmöglichkeiten der Jugendlichen in der Kommune, um auf diesem Wege Demokratiebildung praktisch erlebbar zu machen
- Schaffung und Förderung von Begegnungsstätten zwischen Einwohner_innen und Migrant_innen, um Ressentiments und Stereotype abzubauen
- Regionenförderung und keine weiteren Kürzungen der Infrastruktur, um Abdriften der ländlichen Regionen in die Perspektivlosigkeit zu beenden
- Neonazis klar als Neonazis benennen – sie sind keine „besorgten“ Bürger*innen!
- Nicht nur den Neonazismus bekämpfen, sondern auch alle anderen diskriminierenden und ausgrenzenden Denkmuster und Einstellungen wie Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und seinen „kleinen Bruder“ Ethnopluralismus, Sexismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit
- Auf allen Ebenen kritische und inhaltliche Auseinandersetzung mit neonazistischen und anderen menschenverachtenden Ideologien
- Differenzierte antifaschistische Gedenkkultur und Geschichtspolitik jenseits der Totalitarismustheorie
- Abschaffung der „Extremismusklausel“

2. Mitbestimmung und Demokratie

Demokratie und Mitbestimmung

Claim your choice - reclaim your good life!

„Demokratie kennt kein Alter“, „Demokratie muss man schon als Kind lernen“. Solche Sätze habt ihr vielleicht auch in der Schule beigebracht bekommen – klang soweit ja auch ganz nett, aber trotzdem fragte man sich dann, was das nun konkret für mich bedeuten soll. Schließlich ist man in der Schule überwiegend in einem Alter, in dem man bei keiner Parlamentswahl mitmachen darf und auch die Wahlen zu Schüler_innenvertretungen gleichen oft eher einer lästigen Pflicht, als einer wirklichen Chance, etwas für sich und die Mitschüler_innen bewegen zu können. Lebendige Demokratie und Mitbestimmung kennt man im überwiegenden Teil nur aus dem Schulbuch.

Alle Menschen, die von Entscheidungen betroffen sind, müssen auch ein Recht dazu haben, Teil der Entscheidungsfindung und des Entscheidungsprozesses zu sein. - In Schulen, in KiTas, in der Uni, im Betrieb, in der Dorfgemeinde, im Verein und sonst wo.

Wir wollen, dass Demokratie und Politik lebendig sind, wollen dass Menschen nicht ewig nach Informationen suchen müssen, sondern in Debatten und Entscheidungen einbezogen sind.

Wahlalter Null, Diggi!

Bei der Wahl zum Sächsischen Landtag im Jahr 2014 durften knapp 700.000 Menschen nicht wählen, davon rund 560.000 weil sie schlichtweg noch keine 18 Jahre alt waren. Bei der Bundestagswahl 2017 waren es knapp 21 Millionen Menschen, die ihre Kreuze nicht setzen durften. Davon rund 13 Millionen aufgrund ihres Alters.

Die Forderung, das Wahlalter zu senken, ist sicherlich keine neue. Seit Jahren wird an einigen Stellen diskutiert, ob das Wählen nicht schon ab 16 erlaubt sein sollte. Dies fordert auch die Partei DIE LINKE. Sachsen ist eines von nur noch fünf Bundesländern, in denen man bei Kommunalwahlen erst ab 18 wählen darf. In Bremen, Brandenburg, Hamburg und Brandenburg sogar in den jeweiligen Landesparlamenten bereits ab 16 wählen.

Dennoch: Wir sind gegen das Wählen ab 16 Jahren. Nicht, weil wir jungen Leuten nicht zutrauen, ihre Kreuze zu setzen – im Gegenteil. Für uns ist jede Altersgrenze, sei sie bei 18, bei 16, oder bei 9,5 Jahren angesetzt nichts als Willkür und fordern das Wahlalter Null, also dass allen Menschen von Geburt an das aktive und passive Wahlrecht zugesprochen wird.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es immer verschiedene Gründe gab, Menschen von ihrem Wahlrecht zu berauben. Zu geringes Einkommen, die soziale Stellung oder schlicht das Frau*-Sein waren lange Zeit die Gründe dafür, nicht an politischen Wahlen teilnehmen zu dürfen. Dieser Rückblick zeigt aber auch, dass es möglich ist, derartige Einschränkungen aufzubrechen, also auch bei der Altersgrenze.

Oftmals heißt es, dass doch Kinder aber viel zu jung und unreif seien, um so wichtige Entscheidungen treffen zu können. Nunja. Jung sind Kinder zweifelsohne. Aber die entscheidende Frage ist, wie man die Bewertung „zu jung, zu unreif“ ansetzt. Ab wann ist man zu jung für etwas? Ist das nicht von Mensch zu Mensch unterschiedlich? Wir finden, Alter hat nichts mit Reife zu tun. Man kann nicht messen, ob und wann ein Mensch reif genug ist, um wählen zu können. Bei älteren und vermeintlich reiferen Menschen misst dies auch niemand nach und das ist auch gut so.

Genau so heißt es oft, dass junge Menschen im Wahlverhalten viel zu leicht zu beeinflussen seien. – Das sind doch Erwachsene nicht minder. Junge Menschen sind – trotz der schlechten politischen Bildung in den Schulen – oftmals besser über Politik und wie sie funktioniert informiert und absolut in der Lage, die politische Lage zu bewerten. Außerdem versucht doch auch niemand, älteren Wähler_innen das Wahlrecht zu entziehen, nur weil sie weniger informiert oder gebildet erscheinen, oder? Genau so wäre es fatal, jungen Menschen das Wahlrecht abzusprechen, weil sie eventuell „extreme Parteien“ wählen würden. Abgesehen davon, dass wir uns nicht auf das absurde Spielchen der Extremismustheorie einlassen wollen, ist es alles andere als demokratisch, Menschen aufgrund ihrer wahlmöglichen Wahlentscheidung von einer demokratischen Wahl auszuschließen. Macht ja aktuell immerhin auch niemand.

„Nunja, aber die wählen dann doch auch nur das, was ihre Eldorn den‘ erzähle.“ Auch das ist kein wirklich schlagkräftiges Gegenargument und im Übrigen exakt die These, mit der Mann versucht hat, Frauen ihr Wahlrecht abzusprechen. Glücklicherweise wissen wir dass Frauen* und auch junge Menschen einen eigenen Willen haben und diesen auch äußern sollen.

Wir möchten also diese Altersgrenze, die egal wo sie angesetzt ist, immer willkürlich und exklusiv ist aufbrechen. Wir möchten nicht, dass Kleinkinder vor die Wahlurne gezerrt werden, sondern dass alle, die wählen gehen wollen und sich bereit fühlen, dies auch tun sollen. Damit können viele junge Menschen Politik besser mitgestalten, als es aktuell der Fall ist und damit auch ihre spezifischen Themen mit in die Politik einbringen. Aktuell ist es doch so, dass alte Menschen darüber streiten, was besser für die Kinder und die Jugend ist. Lasst die, die es betrifft doch mitstreiten, vielleicht wissen sie ja mehr, was sie selbst wollen. :)

Was wir explizit nicht wollen, ist ein Familienwahlrecht, bei welchem die Stimme der Kinder an die der Eltern übertragen werden. Letztere also für ihre Kinder mitstimmen und mehrere Stimmen abgeben können. Das finden wir alles andere als demokratisch und das entspricht ziemlich genau überhaupt nicht den Vorstellungen, die wir an ein Wahlrecht für junge Leute haben.

Nicht wählen dürfen? Das liegt doch nicht immer am Alter?

Genau so ist es leider. Es gibt noch andere Gründe, nicht wählen zu dürfen. Allen voran die fehlende deutsche Staatsbürgerschaft. Für uns gilt auch hier der Grundsatz, dass alle Menschen, die von politischen Entscheidungen vor Ort – unabhängig von ihrer Herkunft – wählen dürfen sollen. Oftmals sind Menschen ohne deutschen Pass sogar doppelt und dreifach von Beschlüssen und Gesetzen der Parlamente betroffen, da es Gesetze gibt, die speziell auf sogenannte Ausländer zielen. Wir finden, dass alle Menschen, egal welchen Pass sie haben, dort wählen und mitbestimmen sollen, wo sie wohnen und von Entscheidungen betroffen sind und ihr Leben mitgestalten sollen oder wenigstens wählen dürfen sollen, wer für sie Gesetze beschließt und wer nicht.

Menschen im Gefängnis verlieren ab einer Strafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ihr passives Wahlrecht. Ihr aktives behalten sie im Regelfall. Aber eben nur im Regelfall. Durch richterlichen Beschluss kann ihnen auch jenes abgesprochen werden. Ebenfalls betroffen vom Wahlrechtsausschluss sind Menschen die sich in einer psychiatrischen Klinik befinden, Menschen, die unter "Betreuung in allen Angelegenheiten" stehen, sowie teilweise auch Menschen mit Behinderung, sobald ein_e Betreuungsrichter_in ihnen eine_n Betreuer_in "in allen Angelegenheiten" zuspricht. Wir finden auch hier, dass das Grundrecht, wählen zu können wie jedes andere Grundrecht keines ist, was man sich durch irgendetwas verdienen muss. Also durch das Erreichen eines gewissen Alters oder das Erwerben einer Staatsbürger_innenschaft. Genau so wenig kann man dieses Grundrecht in irgendeiner Form nachträglich abgesprochen bekommen. Wir fordern das Wahlrecht für alle Menschen. Egal wer sie sind, egal was sie gemacht haben, egal was sie mit ihrem Wahlrecht anstellen.

Gewählt - und nu?

Uns ist bewusst, dass es Wählen allein nicht sein kann. Aller vier oder fünf Jahre mal ein Kreuz zu machen, führt noch nicht dazu, dass eine Demokratie lebendig, spaßig und gestaltbar wird. Deswegen fordern wir mehr direkte Demokratie. Also beispielsweise die Absenkung der Hürden für sogenannte Volksentscheide und Bürger_innenbegehren. Konkret die Absenkung der Quoren, also der nötigen Anzahl an Unterschriften, die es bedarf, bevor ein Begehren überhaupt erst behandelt wird. Außerdem fordern wir die Einführung eines Vetorechts. Wenn ein Parlament eine Entscheidung trifft muss es – wenn es die Mehrheit der Menschen möchte – die Chance geben, Entscheidungen zu revidieren und zu kippen. Außerdem muss die Abgabe von Unterschriften auch online möglich sein, um den Prozess zu vereinfachen.

Jugendbeteiligung stärken – her mit den Jugendparlamenten!

Jugendparlamente, wie es sie in Sachsen beispielsweise in Leipzig und Borna gibt, sind eine Möglichkeit für Jugendliche, ihre Interessen zu artikulieren und in die Entscheidungsinstanzen einzuflechten. Mit der 2. Änderung der sächsischen Gemeindeordnung ist nun sogar eine Sollbestimmung für alle Gemeinden enthalten. Das meint, dass diese ein Jugendparlament errichten müssen, sofern nichts plausibel dagegen spricht. Damit das nicht einfach nur ein Beschluss bleibt, sondern auch Realität wird, fordern wir die Sächsische Staatsregierung auf, Fristen für die Gemeinden zu erarbeiten, in denen die Umsetzung eines Jugendparlaments geschehen muss. Außerdem brauchen Jugendparlamente reale Entscheidungskompetenzen. Also nicht nur Antrags- und Rederechte sondern auch die Möglichkeit mit abzustimmen. Zudem fordern wir eine Quote, wonach mindestens 10% aller Mitglieder von Kommunalparlamenten unter 27 Jahre alt müssen.

Willkommen im 21. Jahrhundert!

Wir fordern die Digitalisierung von Politik. Abgeordnete sollen neue Möglichkeiten nutzen, um mit Menschen in Kontakt zu treten. Sie sollen verpflichtet sein, Medien, wie Abgeordnetenwatch zu nutzen, öffentliche Kalender auf ihren Websites betreiben, in denen einzusehen ist, wann sie sich mit

wem – natürlich nicht privat – treffen. Wir fordern die Transparentmachung der Ein- und Ausgaben von Abgeordneten. Befragungen durch Bürger_innen via Social Media sollen flächendeckend angeboten werden.

Wir stehen für Abschaffung der 5%-Hürde, welche als „Lehre aus Weimar“ immer noch dafür sorgt, dass der Wille vieler Wähler_innen unter „Sonstiges“ fällt und dieser somit keine Berücksichtigung in der Zusammensetzung des Parlaments findet. Wir möchten, dass das Parlament im Wandel ist und Abgeordnete nicht ihr halbes Leben dort verbringen. Deshalb wollen wir die Einführung einer verpflichtenden Mandatszeitbegrenzung. Wir fordern auch, dass alle Wahllokale barrierefrei sind.

Wir setzen uns außerdem für eine flächendeckende Einführung von lokalen Demokratiebilanzen ein, welche darlegen müssen, inwiefern Einwohner_innen in Entscheidungen einbezogen wurden.

Wir fordern:

- Das Wahlrecht für alle Menschen mit Lebensmittelpunkt im Wahlgebiet - egal welchen Alters, welcher Herkunft, welchen Geschlechts
- Eine Erleichterung für die Durchführung von direktdemokratischen Entscheidungen, durch geringere Quoren und durch Unterschriftensammlungen online.
- Eine Ausweitung von Jugendparlamenten und deren politischen Entscheidungskompetenzen
- Lobbykalender, Offenlegen der Ein- und Ausgaben aller Abgeordneten
- Abschaffung der 5%-Hürde
- Einführung der Mandatszeitbegrenzung
- Einführung einer Demokratiebilanz

3. Feminismus und Sexismus

Mensch statt Geschlecht

Wenn in Deutschland Kinder geboren werden wird ihnen ein Geschlecht zugeordnet. Mit diesem Geschlecht kommt viel einher. Zum einen bestimmt es welches Personalpronomen uns zugeordnet wird, zum Anderen sind mit ihm auch ein ganzer Haufen Geschlechterklischees verbunden. Dies liegt daran, dass und stereotype Darstellungen von Geschlecht von der Gesellschaft vermittelt werden. Das drückt sich unter anderem schon bei der Wahl von Kinderkleidung, aber auch beim Aussuchen von "passenden" Spielzeugen für das Kind aus: Puppen, Kaufmannsladen und Prinzessinnen für Mädchen am besten alles in rosa, Autos, Lego, Bauklötze, Spielzeugwaffen für Jungen, natürlich alles am liebsten alles in blau, und zack fertig- die blau-rosa-Welt, fast so öde wie schwarz-weiß-Denken!-> kommt noch mal

Was ist das Problem?

Schon in einem Alter, in dem Kinder gerade lernen, sich selbst auszudrücken und die Welt erkunden, werden ihnen Kategorien vorgegeben, in die sie sich einfügen und mit denen sie sich identifizieren sollen. Es wird eine sehr stark in zwei Seiten eingeteilte, Welt konstruiert, deren unterschwellige Botschaft sehr stark formuliert, dass es zwei verschiedene Geschlechter gibt und was für diese normal oder nicht normal ist. Ein dazwischen gibt es innerhalb dieser Stereotypen nicht und es wird dabei ausgeklammert, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Diese Vorgabe von "normal" oder "nicht-normal" kann ursächlich für einen großen Leidensdruck für Kinder sein, die sich genau darin nicht wiederfinden können und die auch keine Ermutigung erfahren, sich jenseits von Stereotypen auszuprobieren. Mädchen sollen immer brav und leise sein, vielleicht werden sie ermuntert empathisch zu sein,

sich in jedem Fall um andere zu kümmern, nicht an sich zu denken, oder auf eigene Bedürfnisse zu achten. Verhalten sich Mädchen nicht so, heißt es "sie fallen auf". Jungs sollen hingegen laut sein und raufen, ihnen wird beigebracht, dass Jungs nicht weinen, immer stark sein sollen. Wenn sich Jungs unangemessen verhalten, lautet die Losung dann häufig "boys will be boys", aus ihnen sollen doch schließlich auch mal anständige Männer werden!

Von geschlechtsneutralen positiven, charakterfest und einfühlsam Vorbildern fehlt oft jede Spur. Das schafft ein Empowerment an falscher Stelle und legt so die Grundsteine toxischer Männlichkeit. Es fördert die Unfähigkeit, Erlebnisse und Konflikte aufzulösen. Hingegen fördert das vor allem häufig missbräuchliches Verhalten gegenüber anderen, Alkoholismus und Gewalt. Folgen die für niemanden gut sind und alles andere als eine Gesellschaft erzeugen, in der alle frei, gut und gerne leben können und wollen.

Wir fordern das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit eines jeden Kindes ohne stumpfe Geschlechterstereotype.

Wir fordern:

- Gendergerechte Sprache
- Verankerung der Geschlechtergerechtigkeit in der vorschulischen Erziehung
- Geschlechterneutrale Toiletten
- Abkehr Zweigeschlechtermodell

My body my choice

Einengende Schönheitsideale bestimmen unsere Wahrnehmung von gutem Aussehen. Überall wird uns suggeriert, wie wir aussehen sollen, gesagt, was wir tragen müssen, um im Trend zu liegen, und erklärt, was das Idealgewicht sei. Es diktiert gewissermaßen ein sehr enges Bild von dem was angeblich begehrt und abstoßend. Begrifflichkeiten, die im Kontrast mit einander aufzeigen, wie negativ sich dieses (Un-)Verhältnis ausnimmt. Dies setzt gerade Frauen und zunehmend auch Männer sehr stark unter Druck, was im schlimmsten Fall zu physischen und psychischen Krankheiten führen kann. Wir wollen in einer Welt ohne Lookismus leben, also nicht über unser Äußeres wahrgenommen werden und über unsere Körper selber bestimmen können.

Vielen Kindern wird dieses Recht, über ihren Körper selber bestimmen zu können schon kurz nach der Geburt verwehrt. Es handelt sich um Kinder die Inter oder Dya geboren werden, also keine eindeutigen Geschlechtsmerkmale haben. Den Eltern dieser Babys wird dann empfohlen, die Kinder nur kurz nach der Geburt zu einem Geschlecht um operieren zu lassen. Dies kann gravierende Folgen haben. Viele Interpersonen fühlen sich nicht dem Geschlecht zugehörig, dass für sie ausgesucht wurde. Häufig kommt es vor, dass diesen Menschen, durch die Angleichung an ein Geschlecht die Möglichkeit genommen wird eigene Kinder zu bekommen. Und wofür? Nur damit diese Menschen in das Bild der Gesellschaft passen, dass sie nur Mann oder Frau sein können. Neben Interpersonen* gibt es auch Transpersonen, Menschen die sich nicht oder nur zum Teil mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei Geburt zugewiesen wurde, z.B. Transgender, Transsexuelle, Transidente, Polygender, non-binary/nicht binär geschlechtlich.

Trans- und Interpersonen sind häufig von Diskriminierungen und Gewalt betroffen, die ihre Ursache in einer Welt haben, die sich an allem abreibt, was an einem weißen, heteronormativen Weltbild kratzt.

Für viele Transpersonen kann der Prozess der Transition oder des Passing eine wichtige Entscheidung sein, genau so, wie genau dies nicht zu tun. Diese Entscheidungen sind sehr persönlich und tiefgreifend.

Wir finden, dass so eine gravierende Entscheidung den Personen selber überlassen muss. Niemand hat das Recht auf diese Weise über den Körper eines anderen zu entscheiden.

Wir fordern:

- Ein Selbstbestimmungsrecht für Inter- und Trans-Personen
- Eine Welt ohne Lookismus und Bodyshaming
- staatliche Subvention von emanzipatorischen Medien für Kinder

Sexarbeit ist Arbeit

Wir finden: Sexarbeit ist Arbeit. Wir erkennen Sexarbeit als eine Form der Lohnarbeit an und fordern gesellschaftliche Anerkennung für sie.

Denn in einer kapitalistischen Gesellschaft müssen fast alle Menschen arbeiten um Geld zu verdienen und so ihr Leben finanzieren zu können. Das geht auch durch Sexarbeit.

Sexarbeit bedeutet, sexuelle Dienstleistungen im Einverständnis gegen Geld oder anderen materiellen Dingen anderen anzubieten. Das geschieht Zuhause, im Bordell, im Escortbereich, auf der Straße oder in erotischen Massagestudios. Egal wo, Sexarbeit ist Arbeit.

Sexarbeit unterliegt starken gesellschaftlichen Stigmata. Viele sprechen Sexarbeitenden das Recht ab, ihre Arbeitswahl freiwillig getroffen zu haben. Das unterstellt pauschal Zwang, Ausbeutung und Unmündigkeit. Lohnarbeit in einem kapitalistischen System ist jedoch selten frei von Zwang. Sei es der Zwang Geld zum Überleben zu haben oder aber durch Geld am gesellschaftlichen Leben teil haben zu können. Wir gestehen allen Menschen die Kompetenz zu, frei für sich zu entscheiden, welchen Beruf sie wählen wollen. Wir lehnen die von oben herab geführte Debatte ab, jede Person soll selbst entscheiden, was sie mit ihrem Körper machen möchte.

Sexuelle Ausbeutung ist verboten und strafrechtlich relevant. Diese muss konsequenter geahndet werden, auch wenn es meist komplizierte Verhältnisse sind, in denen ermittelt werden muss.

Die starke Stigmatisierung wird auch mit dem neuen Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) deutlich. Eigentlich soll dieses Gesetz Sexarbeitende schützen. Es bietet jedoch keinen Schutz sondern verpflichtet die Sexarbeitenden sich regelmäßig beraten zu lassen und fordert eine Zwangsanmeldung. Diese Anmeldung kostet in Sachsen 35€. Das finden wir scheiße. In Sachsen wählen viele Migrant*innen diesen Berufszweig und arbeiten vor allem in prekären Verhältnissen. Wenig Geld, selten Krankenversicherung, mangelnde deutsche Sprachkenntnisse machen die Situation für sie noch schwerer. Zusammen mit dem immer noch bestehenden gesellschaftlichen Abwertung ist es für sie besonders schwer, Unterstützungsangebote wahr zu nehmen.

Unterstützungsangebote wie vorurteilsfreie Beratung, unentgeltliche Untersuchungen oder Kontaktstellen gibt es in Sachsen wenig. Diese müssen dringend ausgebaut werden.

Deswegen fordern wir (nicht nur für Sachsen):

- Konsequenter Ahndung von Fällen sexueller Ausbeutung
- Gesellschaftliche Entstigmatisierung von Sexarbeit

- Abschaffung der Gebühren zur Zwangsanmeldung
- Schaffung von Beratungs- und Betreuungsangeboten für Sexarbeiter_innen, insbesondere mit Migrationshintergrund
- Schaffung von anonymen, kostenfreien und vorurteilsfreien Untersuchungs- und Behandlungsmöglichkeiten für Sexarbeiter_innen – bspw. gynäkologische und allgemeinmedizinische Untersuchung
- Die Unterstützung von bestehenden Beratungsangeboten (wie bspw. Hydra in Berlin)
- Die vollständige Überarbeitung des ProstSchG nach den schon geäußerten Bedürfnissen der Betroffenen – und nicht nach der Regelungswut des Bundestags

Sexismus ist alltäglich

Menschen erfahren jeden Tag Sexismus und zwar in den verschiedensten Formen. Dass im 21. Jahrhundert Frauen immer noch durchschnittlich 21% weniger verdienen als Männer, ist nur eine davon. Das wird auch Gender-Paygap genannt. Dies geschieht trotz Gleichwertiger Arbeitsverhältnisse. Frauen* sind bekommen dadurch häufig weniger Rente und leiden unter Altersarmut. Es gibt immer noch sogenannte "Männerberufe" und "Frauenberufe". Wenn du zum Beispiel als Frau* eine Ausbildung zur Mechanikerin, Mauererin oder Feuerwehrfrau ergreifen willst, beziehungsweise als Mann* Kindergärtner, einen sonstigen Pflegeberuf oder Steward lernen möchtest, begegnen dir auf dem Weg dahin sehr viele Schwierigkeiten. Schieben wir mal die womöglich komischen Blicke und Kommentare bei Seite, die dir allein beim Äußern deiner Vorstellungen in deiner Umgebung begegnen könnten. Überhaupt ein Unternehmen zu finden, das dich ausbilden würde, könnte schwierig werden und stark von den individuellen Vorstellungen deiner/s Chefs/in abhängen. Dabei es geht es gar nicht darum, welche Talente oder Fähigkeiten du hast, allein dein Geschlecht wird für diese Kompetenzzuschreibung Prüfgrundlage, ob du für einen Beruf grundsätzlich geeignet bist oder nicht. Gesellschaftlich wird diese Unterteilung bestärkt. Frauen* würden sich eben besser um Kinder kümmern, putzen und kochen können, hätten allgemein mehr Empathievermögen und Sinn für Schönes und Männer hingegen würden sich von Natur aus für Technik, Mathematik und Fußball interessieren und hätten allgemein ein besseres räumliches Vorstellungsvermögen und könnten Situationen sachlicher beurteilen. Dass das vollkommener Quatsch ist und die persönlichen Interessen nicht von deinen Genitalien abhängen, dürfte mittlerweile bekannt sein. Eine Gesellschaft, die ihre Kinder dazu erzieht genau diesem Bild entsprechen, indem noch bestimmte Eigenschaften, Neigungen und Interessen "typisch" für Jungs* und für Mädchen* sind, wird diese Erwartungshaltung aber weiter aufrecht erhalten und genau diese Kinder ausgrenzen, die dieser, egal warum, nicht entsprechen können oder wollen. Wir wollen, dass alle Menschen von ihrem Geschlecht unabhängig gleich viel verdienen und die Berufe ergreifen können, auf die sie Bock haben. Wir wollen, dass gerade Frauen gefördert werden, wenn sie sich für eine akademische Laufbahn entscheiden.

Nicht nur im Berufsleben lässt sich eine unverhältnismäßige Verteilung von Frauen und Männern feststellen. Auch die Politik und die Entscheidungsgremien gesellschaftlichen Engagements sind vor allem von Männern dominiert. Auch hier ist der Grund wie so oft, nicht etwa, dass Frauen das Interesse an Politik und Entscheidungen fehlt. Oft sind diese Strukturen nur veraltet und durch männlich dominantes Verhalten überwogen. Und häufig haben auch Männer die Angewohnheit Frauen Dinge zu erklären, bei denen sie davon ausgehen, dass sie dieses nicht Wissen einzig und allein, weil sie Frauen sind. Das wird auch „Mensplaining“ genannt. Nicht gerade einladend, wenn man sowieso keinen Bock auf bestehende patriarchale Verhältnisse hat. Dabei geht es uns nicht um eine angebliche übermäßige Bevorzugung von Frauen, in Kompetenzfeldern, wo doch so viele Männer dafür zu haben sind.

Wir fordern:

- die Abschaffung der Gender-Paygap
- Kein Sexismus am Arbeitsplatz oder bei der Berufswahl
- Awareness für Mensplaining und männlich dominiertes Redeverhalten um es verhindern zu können
- Förderung von Frauen* bei einer Akademischen Laufbahn
- Förderung von Frauen* in den MINT Fächern

Sorgearbeit ist auch Arbeit

Bei sehr vielen Leuten besteht der Eindruck, dass Sorgearbeit keine wirkliche Arbeit ist. Diplomathie, Empathie, Ordnungssinn, (Für-)Sorgearbeit und die Fähigkeit Kochen zu können, werden Männern* gemeinhin in der öffentlichen Sphäre zugeordnet und werden anerkannt. Bei Frauen gelten diese Fähigkeiten als vorausgesetzt, etwas natürliches und werden der privaten, reproduktiven Sphäre zugeordnet, sind vor allem eins: meistens selbstverständlich. Frauen kümmern sich, weil es ihnen "im Blut liegt" um den Haushalt und Kinder, obwohl sie zusätzlich 40 Stunden arbeiten, weil Gleichberechtigung und so. Wirklich gleichberechtigt ist das aber nicht, viel mehr ergibt sich daraus eine mehrfach-belastete Situation, die keine zusätzliche Vergütung erfährt und als selbstverständlich verstanden wird. Wir wollen, dass die Verteilung von Sorgearbeit sich verbessert und schließlich gleichberechtigt wird. Wir sind alle Teil einer Gesellschaft und daher soll es Selbstverständnis sein, dass wir alle dafür aufkommen müssen. Diese gesellschaftlich vorgefertigten Rollen in der nur Frauen gut putzen, kochen und sich um Kinder kümmern können sind nicht hinnehmbar. Wer gutes Essen, ein sauberes Klo und eine gute Betreuung der Kleinsten in unserer Gesellschaft will, soll auch fähig werden, diese Bedingung mitzugestalten. Wir fordern, dass diese Perspektive auch ein Bestandteil von Bildung sein soll und nicht allein von der Vermittlung durch das Elternhaus abhängen muss.

Wir fordern:

- Quoten als Standard in Politischen Gremien, Führungspositionen und bei Stellenbesetzungen
- Weiterfassen Quoten in Politik
- Quoten in allen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsgremien
- -Die Förderung und Entlastung von Frauen* bei Akademischer Laufbahn
- -Striktes Vorgehen gegen männlich dominantes Redeverhalten und Mensplaining
- -Faire Verteilung von Sorgearbeit

Werbung mit dem Produkt für das Produkt

Jeden Tag wird man mit sexistischer Werbung konfrontiert, in der Frauen sexualisiert dargestellt werden und der Zusammenhang zum Produkt, das beworben wird, unklar ist. Menschen und gerade Frauen* werden in Werbung fast immer sexualisiert dargestellt. Sie entsprechen immer den gesellschaftlichen Schönheitsidealen und sind häufig nur leicht bekleidet. Gerade kleinere Unternehmen bewerben ihr Produkt/ Ihren Service häufig mit sexistischen Motiven oder Sexistischen Sprüchen. Aber auch bei globalen und großen Unternehmen gilt „sex sells“. Zwar hat eine halb nackte Frau nichts mit Pizza zu tun, aber warum nicht beides auf ein Plakat machen?

Wir finden das grundlegend falsch. Es führt wie so vieles dazu, dass Frauen* als Objekte angesehen werden und man mit ihnen machen kann was man möchte. Es forciert für Kinder Stereotypen, darüber wie man als Junge oder als Mädchen zu sein hat. Werbung ist so alltäglich und soll ja schließlich ver-

schiedenste Zielgruppen ansprechen. Wir finden, dass man auch mit einem Produkt für das Produkt werben kann und dass man dabei auch eine gesellschaftliche Breite an Menschen abbilden kann.

Wir fordern:

- Die Abschaffung sexistischer Werbung
- Kontrollgremien mit wirklicher Handlungskraft

Yes means yes and no means no

Jeder Frau* ist es schon passiert, dass ihr auf der Straße hinterhergerufen, eine beiläufige Bemerkung über ihren Körper komplett ohne Kontext gesagt wurde oder sie gegen ihren Willen lüsterne Blicke oder Tatschereien erfahren mussten. Aber nicht nur Frauen* sind davon betroffen. Sobald eine Person nicht dem gesellschaftlichen Normalbild entspricht kann es vorkommen, dass sie auf der Straße oder auf einer Party blöd, sexualisiert übergirffigangemacht wird. Man nennt das auch Catcalling. Es wird von vielen, meistens denen, die sowas betreiben als „Kompliment“ abgetan. Was aber passiert ist, dass sich die Menschen denen hinterhergerufen wird, zunehmend unsicher auf der Straße fühlen. Personen werden wie Objekte behandelt. Gerade weil es häufig nicht nur bei einem Pfiff, oder einem widerlichen Spruch bleibt. Meistens wird der Grund für das Catcalling auch bei der Person gesucht. Angeblich möchte man nämlich Aufmerksamkeit, wenn man mit einer kurzen Hose, oder hohen Schuhen, einem dünnen Oberteil oder einem schönen Ausschnitt vor die Tür geht und zwar alleine die Aufmerksamkeit von Männern. Unlogisch oder? Jeder Mensch sollte tragen können was er/ sie will ohne sich auf der Straße fürchten zu müssen dafür bewertet, begripscht, dumm angelabert oder bedroht zu werden. Wir fordern mehr Aufmerksamkeit für das Thema und mehr Zivilcourage wenn auf der Straße Catcalling beobachtet wird.

Wenn auf Partys Drogen und Alkohol im Spiel sind, passieren Übergriffe um so häufiger. Leute haben niedrigere Hemmschwellen und verstehen Partykontexte als sexuell aufgeladene und von Grenzen befreite Orte. Der allgemeine Irrglaube, Frauen* würden Männer* aus rein flirtmethodischen Gründen abweisen, um erobert zu werden, ist Scheisse und führt vor allem zu Gefühlen von Bedrängnis und Angst, vielleicht auch dazu, dass durch Mackertum Frauen* sich auf Partys nicht mehr wohl fühlen und gar nicht mehr hin kommen wollen.

Wir fordern:

- Bewusstsein bei sexistischen/sexualisierter Übergriffen
- Schutzräume bei Partys
- Sensibilisierung gegenüber Übergriffen im Nachtleben

Schwangerschaftsabbrüche Legalisieren

In Deutschland sind auch im Jahr 2018 Schwangerschaftsabbrüche laut §218 ff StGB noch strafrechtlich relevant und können mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 3 Jahren oder einer Geldstrafe bestraft werden. Abbrüche bis zum 3.Schwangerschaftsmonat sind danach zwar nicht illegal, aber strafbar. - Yeah, Politics, like it's 1933, da hat dieses Gesetz nämlich seine Ursprünge mit dem Ziel über den Wert des Lebens und die Körper von Frauen bestimmen zu können. Zwar haben die

Paragraphen heute einige Einschränkungen, allerdings stellt er eine ständige Bedrohung und Infragestellung der Kompetenzen praktizierender Ärzt_innen und der Mündigkeit schwangerer Personen dar. Schwangere die einen Abbruch vornehmen lassen wollen, müssen sich vor dem Eingriff an einer sogenannten "Schwangerschaftskonfliktberatung" bei einer staatlich anerkannten Stelle teilnehmen und 3 Tage Bedenkzeit zwischen dem Eingriff und der Beratung abwarten, bevor sie den Eingriff vornehmen lassen dürfen. Die Kosten der Vorberatung muss die Schwangere Person selbst tragen, der Eingriff selbst wird nur unter Umständen von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen. Laut §219a wird die Werbung für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe gestellt. Schon allein der Wortlaut des Gesetzes suggeriert, es würde an dieser Stelle um anpreisende Werbung für etwas abstrakt Böses gehen. Stattdessen ist verunmöglicht er Ärzt_innen das sachliche und öffentliche informieren über ihre Arbeit und den Eingriff bei der Patientin.

Wir fordern:

- freie und gute Zugänglichkeit zu Informationen über Schwangerschaftsabbrüche und Verfahren sowie Auskunft über Ärztinnen
- Schwangerschaftsabbruch raus auch dem StGB
- Schwangerschaftsabbruch kostenlos

Bildung

Für sehr viele Menschen hört sich das Thema Feminismus fremd an. Sie fragen sich warum sie sich überhaupt damit beschäftigen sollen, schließlich sei ja alles ganz ok so wie es ist.

Bei den meisten liegt dies daran, dass sie sich noch nicht mit dem Thema auseinandergesetzt haben, ihnen fehlt die nötige Bildung zu diesem Thema. Dies liegt daran, dass es im deutschen Bildungssystem an emanzipatorischen Inhalten fehlt und das zweigeschlechtige, heterosexuelle, weiße Weltbild immer als Norm und Beispiel bei der Vermittlung von Inhalten gilt.

Das gilt nicht nur für Beispielsweise wird in der Schule Sexualkunde viel zu kurz gefasst. In vielen Schulen werden die Kinder sogar in Jungen und Mädchen aufgeteilt, damit die Kinder/ Jugendlichen nur das lernen, was „sie betrifft“. Aber sollten Jungen nicht genau so lernen was die Menstruation ist? Kann es nicht auch für Mädchen interessant sein wie die cis-männliche Anatomie aussieht? Warum wird nur über den Geschlechtsverkehr zwischen Heterosexuellen gesprochen? Und was ist mit Kindern, die Inter oder Trans sind und sich dadurch in dieser Aufteilung verloren fühlen? Warum wird allen immer entgegen gebracht, dass Sexualität total selbstverständlich ist, und es dennoch gesellschaftlich ein Tabu ist? Wieso wird immer so getan, also ob Sexualität einfach so "passiert" und von Konsens nur so wage gesprochen wird, indem meistens Mädchen* im "Aufklärungsunterricht" mit seltsamen Unterton gesagt wird "Ihr müsst nichts tun, was ihr nicht wollt.", ohne das es näher ausformuliert wird? Warum wird nie gesagt, dass es so was wie Asexualität auch gibt? Oder das Sexarbeit auch ein Job ist?

Wir finden dass in der Schule über alle Aspekte menschlicher Sexualität unterrichtet werden sollte. Es muss gelehrt werden, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Kinder sollten aufgeklärt werden, wie gleichgeschlechtlicher Sex aussehen kann. Nur Wissen entschärft Vorurteile und Stigmatisierungen.

Wenn junge Menschen* ihre einzige Bildung über Sexualität und wie Sex eigentlich funktioniert nur über Internetportale wie Pornhub beziehen, dann ist das ein Signal, dass vor allem die Sexeducation, zu der sie sonst Zugang haben nicht ausreicht, kann gleichzeitig aber auch Lust und Neugier auf Pornografie bedeuten. Problematisch ist der niederschwellige Zugang Mainstreamporn, der unrealistische Bilder darüber vermittelt, was Sex angeblich sein soll, Frauen werden oft in unterwürfigen Positionen

dargestellt, es geht meistens nur um die Lust der Typen und Frauen übernehmen "Erfüllerrollen" und sind vor allem Fetischobjekte. Die Darstellungen von Körpern und dem was im derzeitigen Mainstreamporno gezeigt wird, sind vor allem unrealistisch und setzen junge Konsument*innen maximal unter Druck, dem genau so gerecht werden zu müssen, um irgendeine Chance dazu zu haben sexuell attraktiv wahrgenommen zu werden und einer anderen Person Lust zu bereiten. Wir wollen eine Perspektive jenseits des Mainstreamporns, fordern mehr feministische Pornografie, in der echter, lustvoller Sex gezeigt wird, in dem es um Begehren und Emotionen geht. Wir wollen Filme die zeigen, dass alle Akteur*innen Spaß mit einander haben und was Konsens ist.

Es ist sehr wichtig, zu lehren was Konsens bedeutet, damit kein Zweifel darüber entsteht, ob das was ich gerade mit anderen Personen mache, oder andere Personen mit mir, okay ist.

Zusätzlich wollen wir, dass es in Bildungseinrichtungen eine Institution gibt bei der sich Betroffene melden können, wenn ihnen in der Einrichtung Übergriffe wiederfahren sind. Dies kann in Form von Awareness-Strukturengeschehen. Es gibt zwar auch Notfalltelefone, Frauenhilfeeinrichtungen und Frauenhäuser, deren Arbeit wir nicht klein reden wollen. Leider sind sie selten die richtige Anlaufstelle für Betroffene, zu oft sind sie auch konfessionell gebunden oder haben esoterische Herangehensweisen an ihre Arbeit.

Wir fordern:

- Emanzipatorische Medien Für Kinder
- Feministische Inhalte in den Lehrplan
- Sexualekunde als Schwerpunkt
- Konsens in den Lehrplan
- Aufklärung über die verschiedenen Geschlechter
- Aufklärung über Sexualitäten
- Awareness in Bildungseinrichtungen/ Sexismusbildungsstellen
- Feministische Pornographie
- Ein breiteres Angebot an Anlaufstellen für Menschen die sexualisierte Übergriffe erleben mussten oder sich bedroht fühlen

4. Bildungspolitik

Ausgangssituation

Von Jahr zu Jahr werden die Stimmen lauter, die Probleme der Bildungspolitik werden immer erdrückender. Investitionsstau an Schulen, Lehrer_innenmangel überall, fehlende Partizipationsmöglichkeiten usw. Die Missstände werden immer drängender.

Das ganze System krankt dabei schon daran, dass Menschen mit Eintritt in jegliche Bildungsinstitution – egal ob Kindertagesstätte, Grundschule, Gymnasium, Oberschule, Berufsschule oder Hochschule – nicht als Mensch mit individuellen Bedürfnissen, Kompetenzen und Persönlichkeiten begriffen, sondern geradezu als nicht selbstständig handelnde Objekte der ökonomischen Verwertungslogik behandelt werden.

Dies läuft unserer Vorstellung von emanzipatorischer Bildung konträr entgegen. Bildung heißt für uns eben nicht, Menschen in Institutionen zu pressen, um sie letztlich als für die Wirtschaft passende Wesen herauszuspuken. Unser Bildungsbegriff fußt daher auf drei Säulen: Wissensvermittlung, Kompetenzentwicklung und Persönlichkeitsentwicklung. Die derzeitige Bildungspolitik beschränkt sich hierbei aber nur auf den Punkt der Wissensvermittlung und schenkt den anderen Säulen keinerlei bzw.

kaum Beachtung. Es wird somit deutlich, dass es eine radikal umgedachte Bildungspolitik auf allen Ebenen braucht, sodass Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sich Menschen zu selbstständigen, kritisch denkenden Individuen entwickeln können.

KiTas

Der Beruf der Erzieher_innen ist immer noch entsprechend der Fülle an Aufgaben, die zu übernehmen sind, sehr unattraktiv. Dies liegt unter anderem auch an der miserablen Bezahlung des Berufs sowie an der zu hohen Anzahl an Kindern pro Erzieher_in. Meist sind die Personalschlüssel an Krippen, KiTas und Horten so hoch, dass es gar nicht mehr möglich ist, Ausfallzeiten wie Urlaubszeiten, Krankheiten und Weiterbildungen abzufangen und somit sowohl Erzieher_innen als auch die Kinder zu den Leidtragenden werden. Gerade in Bezug zur Ausbildung zum_zur Erzieher_in müssen daher grundlegende Änderungen vorgenommen werden. Gemäß des aktuellen Trends der Akademisierung der Pflegeberufe setzen wir uns auch für eine Akademisierung des Erzieher_innenberufs ein. Dieser soll dadurch eine neue Professionalisierung erfahren, während gleichzeitig sowohl praktische Aspekte in Kooperationen in KiTas als auch theoretisch fundiertes Wissen an den Hochschulen vermittelt werden. Die Berufsakademie mitsamt ihrer ganzen Standorte verteilt in Sachsen beklagt derzeit, dass nicht genügend Studierende gewonnen werden können. Durch eine Integration der Erzieher_innenbildung an der Berufsakademie kann somit eine win-win Situation sowohl für Berufsakademie als auch für den Beruf des_der Erzieher_in erreicht werden.

Des Weiteren muss dafür ausgesorgt werden, dass es innerhalb der einzelnen Kommunen genügend KiTas und KiTa-Plätze gibt. Dafür sollen nicht die Familien zur Kasse gebeten werden, sondern dies muss durch öffentliche Gelder – explizit auch aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen KiTa-Platz über Unterstützung der Kommunen durch Land und Bund – finanziert werden. Darüber hinaus reicht es nicht nur aus, neue KiTas zu errichten, sondern es muss auch öffentliches Geld dafür investiert werden, Ausstattungen der bestehenden KiTas zu erneuern sowie möglichen Sanierungsbedarf auszugleichen. Es darf nicht sein, dass Agenturen mit KiTa-Plätzen, die Familien zur Verfügung stehen müssen, spekulieren, um so größtmöglichen Profit daraus zu schlagen.

Dies gilt auch für eine staatliche Subventionierung des Mittagessens an allen Bildungseinrichtungen. Zudem müssen die Jahre, die Kinder an der KiTa verbringen, kostenfrei für die Eltern sein so wie es ab dem 01. August 2018 in Berlin der Fall ist. Wir fordern außerdem einen Ausbau von inklusiven KiTa-Plätzen.

Schule

Zunächst müssen die Selektivität bei der Zugänglichkeit der Schulen aufgehoben und alle Schulen in ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Hinsicht frei zugänglich gemacht werden. Dies gilt im Sinne des lebenslangen Lernens auch für Abschlüsse auf dem zweiten Bildungsweg und ebenso für Fort- und Weiterbildungsangebote, beispielsweise an den Volkshochschulen. Wir lehnen daher die jetzige Form des Bildungsföderalismus ab und setzen uns für bundeseinheitliche Schulformen und Prüfungssysteme ein. Damit geht auch einher, dass das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufgehoben wird, sodass sich der Bund auch finanziell an bildungspolitischen Problematiken beteiligen kann – wie beispielsweise beim akuten gewordenen Investitionsstau von Schulen. Weiterhin ist es absurd, dass an den Grund- und Oberschulen weniger Geld pro Schüler_in ausgegeben wird und Grund- und Oberschullehrer_innen schlechter bezahlt werden als ihre Kolleg_innen an den Gymnasien und Förderschulen. Auch der flächendeckende Einsatz von Schulsozialarbeiter_innen und Schulpsycholog_innen ist längst überfällig.

Eine Schule für alle

Die Abschaffung des gegliederten Schulsystems ist für uns ein elementarer Bestandteil hin zu einer emanzipatorischen Bildung. Wir wollen weder ein pseudoelitäres Gymnasium noch eine Stigmatisierung durch Ober- oder Förderschule. Die Trennung nach der 4. Klasse sorgt nicht für eine optimale und differenzierte Förderung, sondern lediglich für eine verstärkte soziale Separierung der Gesellschaft. Darüber hinaus ist es schlicht und einfach absurd: Die Bildungsempfehlung erfolgt für den größten Teil der Schüler_innen willkürlich. Viele Potentiale werden erst im Laufe der Zeit sichtbar und die Noten sind für eine eindeutige Zuordnung zu einer Schulform in den häufigsten Fällen nicht aussagekräftig. Da die Schulbiografie die Schüler_innen das ganze Leben lang begleitet und prägt, werden ausgerechnet die Jüngsten unter Druck gesetzt, anstatt ihnen ein angstfreies Lernen zu ermöglichen. Wir wollen daher ein gemeinsames Lernen an einer Schule bis zum angestrebten Schulabschluss, mindestens also bis zur 10. Klasse.

Ersetzt werden sollen die bestehenden Schulformen durch eine Gesamtschule für alle. Wir wollen keine soziale Auslese, sondern das gemeinsame Lernen der Schüler_innen fördern. Dabei sind Hilfestellungen unter den Schüler_innen keine Einbahnstraße, sondern festigen das Wissen der Helfenden und fördern die sozialen Kompetenzen. Um den unterschiedlichen Begabungen, Fähigkeiten und Interessen der Schüler_innen Rechnung zu tragen, soll innerhalb der Gesamtschule differenziert werden. Vertiefte Kenntnisse in Rechnen, Schreiben und Lesen helfen ohnehin allen, um einen eigenständigen Zugang zur Gesellschaft zu erlangen. Alles andere soll jedoch über Neigungswahl und unter Mitbestimmung der Lehr- und Lerninhalte innerhalb einer Schule gestaltet werden können, individuell und selbstbestimmt.

Inklusive Bildung

Bildung muss allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein, egal welche Voraussetzungen sie mitbringen oder die Umstände ihnen mitgeben, egal ob mit sogenannter Beeinträchtigung oder Hochbegabung. Teilhabe an Bildung soll nicht an Defiziten, sondern an Fähigkeiten und Möglichkeiten orientiert werden. Daher fordern wir ein inklusives Bildungssystem ganz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Dazu gehören auch Sensibilisierung für das Thema Behinderung und Aufklärung über Lebenslagen. Der Grundstein einer Gesellschaft wird in der Schule gelegt, also muss dort begonnen werden.

Wir fordern die umfassende Barrierefreiheit aller Bildungseinrichtungen, die Gesamtschule für alle und damit die Auflösung von Förderschulen. Personell müssen die Schulen sowohl über ausreichend Pädagog_innen als auch über ausgebildete Förderschullehrer_innen verfügen. In jeder Klasse bzw. Lerngruppe soll es mindestens zwei Lehrkräfte geben - bei einem kleineren Klassenteiler. Ein verbesserter Betreuungsschlüssel und die Verringerung der Klassenstärke können die Umgestaltung der Schule als Massenabfertigungsanstalt des Auswendiglernens hin zu einem Ort der langfristigen und partizipativen Wissensvermittlung maßgeblich vorantreiben. Fort- und Weiterbildungen sind eine selbstverständliche Notwendigkeit. Auch müssen Sachsen und der Bund mehr finanzielle Mittel bereitstellen, um das Ziel einer inklusiven Bildung zu verwirklichen.

Bildungsinhalte

Lehrpläne enthalten ausgewählte Lehr- und Lerninhalte, die während eines bestimmten Zeitraums von den Lernenden im Unterricht angeeignet werden sollen. An den Lehr- und Erziehungszielen sollen sich die Lehrenden orientieren. Unsere Kritik greift aber genau da an. Inhalte und Ziele werden ohne Beteiligung und Beachtung der Bedürfnisse der Schüler_innen gestaltet. Wenn wir selbstbestimmte Bildung fordern, dann muss die Hoheit des zu Lernenden bei den Lernenden selbst liegen. Die Schule als Ort soll dafür den Schüler_innen Selbstbestimmung erlebbar und erlernbar machen. Eine Möglichkeit zur Umsetzung dessen können Rahmenpläne darstellen. Es sollte insgesamt umfangreiche, abgestufte und verbindliche Festlegungen darüber geben, was an Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in

den Fächern und Lernbereichen notwendig ist, um in seiner_ihrer Lebenswelt kompetent zu handeln. Mit einem Grundgerüst und der Orientierung an den Möglichkeiten der Lerninhalte kann dann jede_r Schüler_in selbstbestimmt entscheiden, was wie vertieft wird. Die Lehrkräfte sollen die Lernenden unterstützen statt sie anzuleiten, sollen Selbstbestimmung ermöglichen statt Inhalt und Methode vorzugeben. Dafür sehen wir es auch im Sinne des lebenslangen Lernens als notwendig an, dass sich Lehrkräfte auf genau diesen Feldern weiterbilden, da innerhalb des Unterrichts bisher viele Gestaltungs- und Verbesserungsmöglichkeiten ungenutzt blieben. Die Methodik und Didaktik aller Lehrer_innen sollen während einer Lehrevaluation einmal im Schuljahr diskriminierungsfrei und verpflichtend durch alle Schüler_innen eingeschätzt werden. Eine gewählte Kommission - bestehend aus der Schüler_innenschaft, der Lehrer_innenschaft und den Sozialarbeiter_innen - soll für jede Lehrkraft eine kurze Einschätzung in Form eines Schüler_innen-Feedbacks erarbeiten. Ziel dieser Vorgehensweise soll sein, derzeit gängige Unterrichtsmethoden, insbesondere den Einsatz des Frontalunterrichts, zu reflektieren und gegebenenfalls zu minimieren, sodass ein schüler_innenzentrierter Unterricht besser gewährleistet werden kann.

Praxisnähe des Unterrichts ist eine wichtige Orientierungshilfe für die Schüler_innen nach dem Abschluss. Deshalb fordern wir ein jährliches freiwilliges Schüler_innenpraktikum von mindestens vier Wochen ab der 8. Klasse. Regelmäßige inner- und außerschulische Projekttag, Exkursionen und Vorträge sollen den Unterricht zusätzlich bereichern. Dabei soll das Land finanzielle Unterstützung für Familien leisten, die sich solche Veranstaltungen sonst nicht leisten könnten.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass kein Fachunterricht vor 9:00 Uhr angeboten werden darf. Es ist entwicklungspsychologisch erwiesen, dass Kinder und Jugendliche in den frühen Morgenstunden nicht aufnahmefähiger sind. Dies führt nicht automatisch dazu, dass sich der Unterricht pro Tag weiter nach hinten in den Nachmittag verlegt, sondern muss in der kompletten Überarbeitung der Bildungsinhalte analog mitbedacht werden. Es ist darüber hinaus auch notwendig, eine Betreuung für Schüler_innen zu gewährleisten, bei denen die Eltern frühzeitig arbeiten gehen, sodass sie auch schon vor 9:00 Uhr an der Schule betreut werden können.

Im selben Atemzug fordern wir die Abschaffung der Anwesenheitspflicht. Wir finden generell, dass Zwänge und Pflichten einen Gegensatz zur emanzipatorischen Lebensgestaltung darstellen. Wir wollen niemanden „zu seinem Glück zwingen“. Vielmehr hat Schule die Aufgabe, Bildung attraktiv zu gestalten. Schüler_innen sollen sich dort wohl fühlen, gern hingehen und vor allem selbstbestimmt entscheiden, wann und wie sie den Ort Schule wahrnehmen.

Alternative Schulkonzepte und demokratische Teilhabe

Des Weiteren fordern wir, dass entweder das Angebot staatlicher Schulen und Schulkonzepte erweitert wird oder Schulen mit alternativen Schulprofilen finanziell ebenso unterstützt werden wie jene in staatlicher Trägerschaft. So soll Schüler_innen Raum für ihre persönliche Schwerpunktsetzung sowie für ihre persönlichen Lernformen gegeben werden. Schulen in privater und kirchlicher Trägerschaft hingegen müssen restlos abgeschafft werden. Auch die Abschaffung der Oberstufenreform und damit einhergehend die Erhöhung der Wahlmöglichkeiten bei der Fächerbelegung kommen der Berücksichtigung individueller Stärken und Schwächen eines_r jeden zugute.

Wir fordern partizipative Gestaltungsmöglichkeiten des Schulalltags. Die Mitentscheidungs- und Mitbestimmungsrechte der Schüler_innen und auch der Lehrer_innen sollen gestärkt werden. Als höchstes beschlussfassendes Gremium wäre ein Schulplenum als Vollversammlung der Schüler_innen- und Lehrer_innenschaft denkbar. Dieses sollte bei der Profilgebung der Schule, der Einstellung von Lehrkräften, bei bestimmten Veranstaltungen, der Schulhausgestaltung und bei der Wahl der Essensanbieter entscheiden. Indem die Schulautonomie deutlich gestärkt wird, sollen sich die Schüler_innen als mündige und eigenständig agierende Kinder und Jugendliche begreifen und lernen, Verantwortung für

sich und ihre Mitmenschen zu übernehmen. Darüber hinaus müssen die Rechte der Schüler_innenschaft in Vertretung durch den Schüler_innenrat ausgeweitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser sich mehr als nur einmal im Monat treffen sollte und dabei auch weitere Gestaltungsspielräume zugesprochen bekommt. Das beinhaltet unter anderem, dass künftige Schulleiter_innen sich dem Schüler_innenrat vorstellen müssen und dieser in der Entscheidungsfindung mit einbezogen werden muss. Weiterhin soll dieser auch über Rahmenbedingungen des Unterrichts entscheiden können. So kann beispielsweise durch ihn der Bedarf für neue Fächer angemeldet werden. Dafür bedarf es aber auch einer grundlegenden Finanzierung der moderneren Ausstattung durch öffentliche Hand.

Noten abschaffen

Wir wollen neue Bewertungsmethoden. Das Bewertungssystem nach Noten und Punkten erachten wir als zu rationalisiert, nicht aussagekräftig und nicht konstruktiv. Vielmehr wollen wir einen Anstoß zur kritischen Reflexion der Lehrweisen und zur ständigen Verbesserung der Unterrichtsqualität ermöglichen. Die Bewertung sollte für Schüler_innen in Form von Lernentwicklungsberichten und als Feedback zum Lernfortschritt erfolgen. Dementsprechend soll auch die Vergabe von Ausbildungsplätzen nicht durch Noten geschehen, die selten etwas über die Eignung in der jeweiligen Fachrichtung aussagen, sondern jede_r soll die gewünschte Ausbildung erhalten. Andernfalls müssen bei zu vielen Bewerber_innen auf zu wenige Plätze fachliche Eignungstests durchgeführt werden.

Mobilität

Nur ein kostenloses Schüler_innen-Ticket gewährleistet freie Zugänglichkeit der sächsischen Schulen. Neben dem kostenlosen Schulweg spielt auch die Erreichbarkeit eine wichtige Rolle. Wir fordern: kurze Wege für kurze Beine - und für alle anderen natürlich auch! Damit die Schulwege so kurz wie möglich bleiben, sprechen wir uns vehement gegen alle geplanten Schulschließungen aus, vor allem im ländlichen Raum. Der Weg zur Schule von über einer Stunde ist unzumutbar. Dieser Mangel kann nur durch regelmäßig fahrende Schul- und Linienbusse sowie einem weiteren Schulausbau beseitigt werden.

Lehrer_innenbildung

Das derzeitige Lehramtsstudium ist je nach Art der Schulform unterschiedlich gestrickt. Nach der letzten Umwandlung des Staatsexamens in ein modularisiertes Bachelor-/Mastersystem wurde kurzerhand auch dieses System wieder in ein modularisiertes Staatsexamen umgeformt. Die Problematiken seitens der Verwaltungen in den Universitäten liegen dabei schon in der Handhabung der Studierenden, die derzeit nach drei verschiedenen Abschlüssen studieren. Perspektivisch ist es zu forcieren, ein Lehramtsstudium derart auszugestalten, dass Wechsel zwischen Universitäten auch europaweit problemlos machbar sind. Einheitliche Bildungsstandards dürfen demnach nicht nur länder- oder bundesweit sondern müssen trotz aller berechtigten Kritik an der Bologna-Reform zumindest europäisch gedacht werden.

Neben oben benannten Weiterbildungen für Lehrer_innen im Beruf erachten wir es auch als essentiell, dass gerade Studierende in Hinblick auf Methodik und Didaktik, inklusive Bildung, Digitalisierung und Gender Kompetenzen entwickeln. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird gerade in der Entwicklung der Schüler_innen ermöglicht, dies sollte auch durch zukünftige Lehrer_innen vermittelt werden können.

Wir fordern:

- Komplette kostenfreie KiTa-Plätze sowie die Aufwertung des Erzieher_innenberufs
- Eine Schule für alle
- Inklusive Bildung und Abschaffung sogenannter Förderschulen

- Gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse in wohnortnahen Bildungszentren
- Bessere Betreuungsschlüssel in KiTas und Schulen
- Stärkere Beteiligung der Schüler_innen an der Erarbeitung der Lerninhalte, die Lehrpläne sollen zu Rahmenplänen abgespeckt werden
- Ersetzung der Noten durch alternative Bewertungskonzepte
- Kein Fachunterricht vor 9:00 Uhr
- Abschaffung der Anwesenheitspflicht
- Anwendung schüler_innenzentrierter Methoden, der Frontalunterricht soll auf ein Minimum reduziert werden
- Kostenloses Schüler_innen-Ticket
- Zusammenarbeit des Landes Sachsen mit der Bundeswehr in der Bildung beenden
- Umstrukturierung der Lehrer_innenbildung sowie Vereinfachung der Anerkennung von Leistungen und Abschlüssen

5. Drogenpolitik

Drogenpolitik-Rausch ohne Reue

Seit jeher haben Menschen nach Möglichkeiten gesucht, sich zu berauschen und ihr Bewusstsein zu verändern. Dies ist vollkommen legitim und es sollte unter das Recht der Selbstbestimmung über den eigenen Körper fallen. Entgegen der aktuellen Repressionspolitik, wollen wir Konsument_innen aus der Illegalität und in die Mündigkeit holen.

Strafverfolgung

Das Ausmaß an Verfolgung und Bestrafung durch die Behörden ist oft willkürlich. Durch die heutigen vielfältigen Möglichkeiten, immer neue Drogen herzustellen, ist eine Strafverfolgung nur selektiv und nie dauerhaft erfolgreich.

Außerdem reduziert die absurde Einteilung in gesellschaftlich akzeptierte Drogen, wie Alkohol und Tabak, und illegalisierte Substanzen, sowie "harte" und "weiche" Drogen, die Debatte auf gefährliches schwarzweißdenken. Solche Verkürzungen werden der großen Komplexität und Unterschiedlichkeit von Rauschmitteln nicht gerecht. Eine realistische und zielführendere Einteilung wäre die, in Reinheit und gesundheitliche Schädlichkeit.

Häufig werden außerdem nicht die großen Profiteure des Drogenhandels bestraft, sondern kleinere Dealer. Wo eine Person erwischt wird, nehmen zwei Neue ihren Platz ein. Das Geschäft wird nie ganz unterbunden. Dabei kostet die erfolglose Strafverfolgung Millionen, während Steuern, auf geregelt abgegebene Substanzen, Geld zurück in die Staatskasse brächten.

Schwarzmarkt

Die Beschaffung von Rauschmitteln auf dem Schwarzmarkt ist mit einer Reihe von Gefahren verbunden, vor denen Konsumenten geschützt werden sollten. Oft kommen sie beim Kauf in Kontakt mit gefährlicheren Drogen sowie kriminellen Strukturen. Kauf und Einnahme findet meist heimlich und im privaten statt. Dies führt dazu, dass kaum ein breiter Austausch über Erfahrungen möglich ist. Es besteht keine gesicherte Aufklärung über die genaue Menge, Zusammensetzung, Wirkung und Risiken. Der kommerzielle Verkauf von gestreckten Drogen kann allerdings nur durch Konkurrenz "besserer" Substanzen aus geprüfter Herstellung bekämpft werden.

Für manche Menschen wird Beschaffungskriminalität aufgrund der Abhängigkeit notwendig. Einige verkaufen Drogen, um sich aus misslichen sozialen Lagen zu befreien. Im schlimmsten Fall kommt so

auch der „kleine Grasdealer“, erst durch die Kontakte im Gefängnis, in Berührung mit organisierter Kriminalität. Das muss verhindert werden.

Jugendschutz

“Aber die Kinder! “... sollten frühzeitig über Wirkung und Risiken der verschiedenen Drogen aufgeklärt werden. Jugendliche davon abzuhalten, Regeln, wie Altersbeschränkungen zu brechen wird nie möglich sein. Am Beispiel der Abgabe von Tabakprodukten und Alkohol an junge Menschen, trotz Verbot, ist das belegbar. Deshalb wollen wir eine respektvolle Erziehungskultur auf Augenhöhe, die erklärt, statt zu verbieten. Trotzdem sollte im Zweifel immer Verkauf, nicht der Konsum sanktioniert werden.

Verantwortung der Gesellschaft

Die fehlende Aufklärung der breiten Gesellschaft führt zu einer Intoleranz, Konsumenten gegenüber, die schlichtweg fahrlässig ist. Dies führt zu Situationen, in denen Konsumenten sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind. Durch diese Mechanismen wird jenen, die eine solidarische Hilfe brauchen, diese verweigert. Missbrauch von Drogen kann auch ein Versuch sein, Probleme zu kompensieren. Auch damit sollte die Gesellschaft empathisch, aufmerksam und solidarisch umgehen. Grundsätzlich aber muss jedem Menschen eine gewisse Konsum-Mündigkeit, das Recht auf Rausch zugestanden werden. Doch selbstbestimmter Konsum hat da Grenzen, wo die Selbstbestimmung der Anderen gefährdet wird. Wie zum Beispiel beim Fahren in Rauschzuständen. Bezüglich Drogentests im Straßenverkehr, oder in der Strafverfolgung, gibt es aktuell viele unsinnige Regelungen, die teilweise zu Führerscheinentzug, noch Tage nach dem Konsum führen. Rückstände von weniger verbreiteten Drogen allerdings, werden durch aktuelle Tests oft nicht erkannt. Wir möchten, dass auf wissenschaftlicher Basis, sinnvolle Blut-Grenzwerte sowie Schnelltests für Fahrtüchtigkeit ermittelt werden. Diese dürfen nicht die körperliche Unversehrtheit einschränken. Niemand sollte zur Blutabnahme gezwungen werden.

Prävention und Rehabilitation

Es fehlen finanzielle Mittel für Plätze in Suchtkliniken und das Personal in der Suchtarbeit allgemein. Für ausreichende Betreuung und geeignete individuelle Therapiemethoden fehlt durch den Leistungsdruck die Zeit. Es muss gut bezahltes Personal zu fairen Arbeitsbedingungen eingestellt werden. Auch muss die Suchtprävention in Qualität und Quantität weiter ausgebaut werden, da bezüglich des breiten Themenfelds Rauschmittel und deren verantwortungsbewusstem Konsum, noch große Bildungslücken bestehen. Darüber hinaus wird ein großer Teil der Arbeit in der Drogenberatung, oder Konsument_innenbetreuung von Ehrenamtlichen geleistet. Diese müssen ebenfalls besser honoriert werden um eine prekäre Situation für Helfer_innen zu verhindern.

Manche Menschen sind durch eine genetisch oder psychische Veranlagung empfänglicher für eine Sucht. So ist auch eine gute Therapie nicht immer erfolgreich. Es muss die Möglichkeit bestehen, bezahlbar, sicher und gegen Rezept, bestimmte Substanzen in Apotheken zu erhalten.

Sicherer Konsum

Auf lange Sicht finden wir, dass der Weg, einen aufklärenden, verantwortungsvollen und sicheren Umgang mit Drogen zu ermöglichen, die langfristige Legalisierung aller Drogen sein muss. Substanzen müssen in geregelten Mengen in spezialisierten und staatlich lizenzierten Abgabestellen erhältlich sein. Nur so kann eine kompetente Beratung stattfinden. Denn der stille Großteil der Konsumenten verhält sich verantwortungsvoll und kann problemlos ein ganz normales Leben führen. Alle Menschen haben ein Recht auf Rausch, aber auch auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Drogen keine Gefahr, sondern eine Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellen.

Wir fordern:

- Schwarzmärkte austrocknen, Konsument_innen, Produzent_innen und Händler_innen entkriminalisieren
- aufklärende, repressionsfreie Präventionsarbeit finanziell stärken
- kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten für jede_n zum Umgang mit Substanzen
- Bildungseinrichtungen müssen sicheren und verantwortungsvollen Konsum thematisieren
- staatlich kontrollierte Herstellung und Vermarktung
- lizenzierte Abgabestellen für bewusstseinsverändernde Substanzen
- Beratungspflicht über die Wirkung, Risiken und Zusammensetzung von Substanzen
- Konsumräume mit Drug-Checking und sauberem Besteck
- Sucht- und Therapiemaßnahmen finanziell umfassend stärken
- individuelle medizinische Betreuung für physische und psychische Krankheiten im Zusammenhang mit Drogenkonsum
- Nutzbarmachung vieler bisher ausgeschlossener Substanzen für medizinische und therapeutische Zwecke
- sinnvolle Grenzwerte und Fahrtauglichkeitstests im Straßenverkehr
- Gute Ausfinanzierung von Präventionsarbeit
- langfristige Legalisierung aller Drogen

6. Armut

Die Armutsgefährdungsquote liegt in Sachsen bei mittlerweile 17,7 %. Die Sorge, in Armut zu leben, steigt und betrifft nicht nur Alleinstehende und Arbeitslose, sondern ist längst auch bei jungen Familien, Auszubildenden und geschiedenen Frauen angekommen. In Anbetracht dieser Entwicklung ist der Stigmatisierung armutsgefährdeter Menschen als Teil eines „asozialen Randproblems“ entgegenzuwirken und entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten. Damit muss auch die Entwicklung von Armutskonkurrenzen bekämpft, also die Diskriminierung unter sozial schwachen Menschen, die sich aus unterschiedlichen Gründen in dieser Lage befinden gestoppt werden. Anstatt ihre Notlagen gegeneinander auszuspielen, müssen sie Betroffene miteinander solidarisieren.

Gleichzeitig setzen wir uns für die Anpassung der Höhe von Sozialleistungen, der Abschaffung ihrer Sachbezogenheit, sowie ein gerechteres Sozialsystem ein. Viele bereits existierende Möglichkeiten zur Unterstützung, werden nicht wahrgenommen, weil sie nur wenig bekannt oder schwer zu beantragen sind. Darum fordern wir die Vereinfachung von Ämterbesuchen und die Herabsetzung bürokratischer Hürden. Armut bedeutet auch, von sozialer Teilhabe ausgeschlossen zu sein. Betroffene können sich Angebote in den Bereichen Sport und Kultur nicht leisten. Deshalb fordern wir Teilnahme einkommensschwacher Personen am Vereinsleben langfristig finanziell zu unterstützen und kostenfreie Kulturangebote auszubauen.

Armut entkriminalisieren!

Ist man erstmal von Armut betroffen, können die Folgen schnell existenzbedrohend werden. So ist man in der Mobilität erheblich eingeschränkt, weil ein eigenes Fahrzeug vorvornherein nicht zu finanzieren ist, aber auch die Nutzung des ÖPNV angesichts der immer weiter steigenden Ticketpreise nicht zu realisieren ist. Bestehende Sozialleistungen reichen nicht ansatzweise für eine Monatskarte aus. Schließlich bleibt nur das Fahren ohne Fahrschein, für das hohe Geldstrafen drohen. Logisch, dass diese dann erst recht nicht beglichen werden können und eine Haftstrafe droht. Für die Unterbringung in der Justizvollzugsanstalt gibt der Staat dann pro Tag häufig mehr als das Doppelte an finanziellen Mitteln aus, als die Monatskarte gekostet hätte. Diesem Irrsinn wollen wir ein Ende setzen

und fordern daher, dass das Fahren ohne Fahrschein nicht länger als „Schwarzfahren“ bestraft werden soll und Ersatzhaftstrafen abgeschafft werden.

Eine weitere Folge von Armut ist Wohnungslosigkeit, da vor allem in den Städten kaum bezahlbarer Wohnraum zu finden ist. Langfristig muss diese Problematik durch bessere Sozialleistungen und den sozialen Wohnungsbau bekämpft werden. Als Sofortmaßnahme fordern wir, die bestehenden Übernachtungsmöglichkeiten zu Rund-um-die-Uhr-Aufenthaltsräumen auszuweiten und die Versorgung und Beratung Betroffener zu verbessern.

Kinderarmut wirksam bekämpfen!

Jedes fünfte Kind wächst in Armut auf. Besonders betroffen sind Kinder in Chemnitz und Leipzig, aber auch vor dem Rest Sachsens macht diese Entwicklung keinen Halt. Wer direkt mit der Last der Armut auf den Schultern ins Leben startet wird schnell entmutigt. Die Chancen auf eine gute Bildung, Entwicklung und die Zukunft im Allgemeinen sind ernüchternd. Stattdessen sind Ausgrenzung, Scham und Angst an der Tagesordnung. Besonders bedroht sind Kinder Alleinerziehender und Kinder aus Familien mit drei oder mehr Kindern. Kinderarmut bekämpfen bedeutet also in erster Linie die Eltern zu entlasten. Auch in diesem Bereich müssen bestehende Sozialleistungen angepasst und bürokratische Hürden abgeschafft werden. Wir fordern ein kostenloses warmes Mittagessen für alle Kinder in Schulen und Kindertagesstätten!

Lehrkräfte müssen für das Thema Kinderarmut sensibilisiert werden. Gleichzeitig fordern wir mehr Sozialarbeiter_innen an den Schulen, die speziell auch bei dieser Thematik eingreifen können. Ganztagsangebote müssen weiter ausgebaut werden. Des Weiteren sollen Lehrmittel kostenfrei bleiben. Eine Entwicklung vom Leihexemplar zum eigenen Buch oder anderen Arbeitsmaterialien muss gewährleistet werden. Darüber hinaus dürfen sich die sächsischen Schulen dem technischen Fortschritt nicht weiter verwehren. Armutsgefährdete Familien sind in diesem Bereich meist entsprechend schlecht ausgestattet. Daher müssen wenigstens die Schulen ein modernes Arbeitsumfeld bereitstellen. Von der Nutzung zeitgemäßer PCs über das kostenfreie Drucken bis hin zum kostenfreien WLAN fordern wir eine Überarbeitung der technischen Ausstattung sächsischer Schulen und Ausbildungsstätten, sodass ärmere Kinder nicht länger benachteiligt werden und letztendlich alle Schüler_innen von der Ausstattung profitieren können.

Eine besondere Benachteiligung erfahren betroffene Schüler_innen bei Schulausflügen und Klassenfahrten. Deshalb sollen diese zukünftig grundsätzlich kostenfrei sein. Dazu müssen bedürftige Kinder dann beim Reisetaschengeld unterstützt werden.

Wir wollen keine bloße Symptombekämpfung und geben uns nicht mit Maßnahmen zufrieden, die Armut zwar abfedern aber langfristig doch erhalten. Wir müssen die Ursache beheben und die Verhältnisse grundlegend ändern, denn nur die Überwindung des Kapitalismus kann schlussendlich Armut beenden.

Wir fordern:

- Anpassung der Höhe von Sozialleistungen
- bessere Beratung Betroffener und Abschaffung bürokratischer Hürden
- Schwarzfahren, sowie Ersatzhaftstrafen abschaffen
- Unterstützung Wohnungsloser ausweiten
- Eltern entlasten, Schulen als Chance gestalten
- Prinzip „kostenfreie Lehrmittel“ wirksamer umsetzen

- bessere technische Ausstattung von Schulen
- kostenfreie Klassenfahrten und zusätzliche Unterstützung bedürftiger Kinder
- kostenlose Schuldnerberatung junger Schuldner_innen

7. Stadtentwicklung

Während die Einwohnerzahlen nahezu aller sächsischen Städte und Gemeinden rückläufig sind, erfahren Leipzig und Dresden seit einigen Jahren einen immer stärker werdenden Zuzugsboom. Infolgedessen schwindet der bezahlbare Wohnraum, die Mietpreise explodieren und einkommensschwache Menschen sowie subkulturelle Milieus werden verdrängt.

Keine Profite mit unserer Miete!

Wohnen ist ein Menschenrecht und dient der Daseinsvorsorge. Immer häufiger nimmt allerdings die Miete den Großteil des Einkommens ein, wodurch weniger Geld für andere Lebensbereiche zur Verfügung steht. Infolgedessen schwinden die Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe und Existenzängste beherrschen den Alltag. Die profitgetriebenen Spekulationen von Investor_innen beherrschen den Wohnungsmarkt. Dabei wird auch der Leerstand von Wohnraum rücksichtslos in Kauf genommen.

Um die Wohnungspolitik und damit auch die Mietpreise nicht dem freien Markt zu überlassen, müssen städtische Wohnungsgesellschaften ausreichend günstige Wohnungen in allen Stadtteilen gewährleisten. Damit das funktioniert, muss die Stadt aber auch über diese Wohnungen verfügen. Eine Privatisierung öffentlichen Wohneigentums lehnen wir daher ab. Im Gegenteil: Wir fordern die Vergenossenschaftlichung und Kollektivierung bestehenden Wohnraums und den Neubau städtischer Wohnungen, sowie die Sanierung älterer, preisgünstigerer Objekte. Um die Städte dabei zu unterstützen, müssen endlich die dafür vorhandenen Bundesgelder, die Sachsen für den sozialen Wohnungsbau erhält, an die Städte weitergegeben werden.

Um Mieterhöhungen für Wohnungen in privatwirtschaftlichem Besitz zu begrenzen, fordern wir, dass Sachsen die sogenannten Kappungsgrenzen von 15 % auf mindestens 10 % weiter senkt.

Gentrifick dich! Verdrängung aufhalten!

Seit lässt sich auch in den sächsischen Großstädten eine verheerende Entwicklung beobachten: Nur einkommensstarke Personen können es sich leisten, in den teuren zentrumsnahen Vierteln zu leben, während einkommensschwache Personen an den Stadtrand verdrängt werden. Wohnungen zu günstigen Mietpreisen sind schnell vergeben oder werden nach Häusersanierungen nicht mehr angeboten. Menschen können nicht mehr frei entscheiden, wo sie wohnen wollen.

Die Folgen der Gentrifizierung sind auch für kleine Geschäfte und soziale und kulturelle Treffpunkte spürbar, wodurch ganze Subkulturen vom Aussterben bedroht sind. Diese Entwicklung ist vor allem dann besonders massiv, wenn sie zu schnell vonstattengeht. Dann kommt es zu gravierenden Veränderungen in den Stadtvierteln.

Um überall die Vielfalt menschlicher Lebensformen zu erhalten sowie die freie Entfaltung individueller Lebensstrukturen zu gewährleisten, fordern wir, einen gesetzlichen prozentualen Mindestanteil von Sozialwohnungen in jedem Stadtteil. Weiterhin treten wir dafür ein, dass von Gentrifizierung betroffene Städte sogenannte Erhaltungssatzungen einführen. Diese städtebauliche Satzung erlaubt Städten besondere Vorgaben für die Entwicklung von Stadtvierteln durchzusetzen. So kann es beispielsweise einen besonderen Milieuschutz geben. Die Stadt hat dann das Recht, bei privatwirtschaftlichen Wohnungsbauvorhaben genaue Vorgaben für Wohnungsgröße und Ausstattung zu machen, um Luxussanierungen und damit einhergehende Mieterhöhungen zu verhindern.

Stadt bewohnen Stadt gestalten!

Das Recht auf Stadt umfasst mehr, als nur das Wohnen. Vom Grillen im Park bis zum Wandern im Stadtwald – städtische Grünanlagen bilden den perfekten Rückzugsort in die Natur und sind zugleich soziale und kulturelle Treffpunkte. Des Weiteren ist der Erhalt von Grünflächen auch für das Stadtklima

von enormer Bedeutung. Daher fordern wir den langfristigen Erhalt und Ausbau städtischer Wälder, Parks und Grünanlagen und die Wahrung des bestehenden Ökosystems.

Die Zentren sächsischer Städte versinken immer häufiger im Verkehrschaos. Vor allem das hohe Kfz-Aufkommen sorgt für Staus, verstopfte Straßen, erhebliche Lärm- und Feinstaubbelastung, wodurch auch Fahrradfahrer_innen und Fußgänger_innen im Straßenverkehr benachteiligt und sogar gefährdet sind. Wir setzen uns für dafür ein, dass der Ausbau von Fahrradwegen vorangeht und Konzepte für eine autofreie Innenstadt erarbeitet werden. Dabei müssen die Weiterentwicklung des städtischen ÖPNV und die Ausweitung der Fahrzeiten beachtet werden.

Das Leben in der Stadt geht auch mit dem Verweilen an öffentlichen Plätzen einher. In diesem Zusammenhang müssen die freie Entfaltung der Persönlichkeit und der Schutz der Privatsphäre gewährleistet

werden. Dahingehend fordern wir, dass der unverhältnismäßige Einsatz schwerbewaffneter Polizeistreifen und die Videoüberwachung im öffentlichen Raum aufhören und zurückgefahren werden.

Wir fordern:

- Sozialen Wohnungsbau, Rekommunalisierung von Wohnungsgenossenschaften
- Absenkung der Kappungsgrenzen auf min. 10 % für mögliche Mieterhöhungen
- Förderung der sozialen Durchmischung aller Stadtviertel
- Einführung von Erhaltungssatzungen für den Milieuschutz in Wohngebieten
- Stärkung von alternativen Clubs und soziokulturellen Initiativen
- Ausbau und Erhalt städtischer Grünflächen
- Weiterentwicklung der ÖPNV-Verbindungen, auch im Nachtverkehr
- Flächendeckende Radfahrspuren und -wege
- Stopp und Rückbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum

8. Ländlicher Raum

Das Recht auf Stadt soll gefälligst auch auf dem Land Einzug halten – Diese Floskel haben wir in den vergangenen Jahren häufig gebraucht, um unsere Forderungen zum ländlichen Raum auf den Punkt zu bringen. Und es stimmt ja auch. Auch und besonders in der Pampa wollen wir kurze Wege, Perspektive, einen ÖPNV der diesen Namen verdient, gute und nahe (Aus-)bildungsmöglichkeiten, Party und Kultur und und und. Die Freiheit, zu tun was wir wollen, wann wir es wollen.

Aber es ist ja nicht so, dass in der Stadt automatisch alles geil wäre und in der Provinz alles doof. Die ganzen Verdrängungsmechanismen die in der Stadt um sich greifen, der Mietenwahnsinn und der Wohnungsmangel, die Luftverschmutzung, der Lärm, der ständige Stau. Es gibt durchaus Gründe dafür, weshalb sich Menschen aktiv dafür entscheiden, den Großstädten den Rücken zu kehren. Unserer Meinung nach muss eine zukunfts-gewandte Provinzpolitik die Vorzüge der ländlichen Regionen in den Mittelpunkt stellen und gleichzeitig den Finger dahin legen, wo immense Nachholbedarfe liegen. Wir wollen, dass neue Dinge entstehen und nicht erst Kämpfe darum geführt werden müssen, dass Bestehendes nicht wegfällt.

Das Leben in der Provinz soll abgefahren sein – Nicht der letzte Bus um 15.20 Uhr

Ein ganz zentraler Punkt hierbei ist die Mobilität. Oft ist es nicht so, dass es in den Regionen keine Angebote gäbe – sie sind schlichtweg für jung und alt nicht erreichbar. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört es, immer und überall dahin (und wieder weg) zu kommen, wo man es eben möchte. Wir fordern den Ausbau der ÖPNV-Verbindungen und ein regelmäßiges Angebot des Linienverkehrs zu allen Tages- und Nachtzeiten, gern unterstützt durch individuelle Ruf-Angebote. Dass viele Orte in allen Regionen Sachsens schon nachmittags (Oder am Wochenende. Oder wenn Ferien sind.) nicht mehr erreichbar sind, ist ein absolutes Unding. Die Ausdünnung der Fahrpläne mit der Begründung, dass immer weniger Leute den Bus nutzen, was gleichzeitig als Rechtfertigung für steigende Fahrpreise genutzt wird, ist eine selbsterfüllende Prophezeiung und führt zu einem Teufelskreis, der schlicht und ergreifend durchbrochen werden muss.

Die flächendeckenden Schulschließungen, insbesondere im ländlichen Raum, müssen rückgängig gemacht werden. Busfahrzeiten von bis zu einer Stunde hin zur Schule sind für viele Schüler_innen in Sachsen Realität – ebenso, wie dass ihnen die Teilnahme an AGs, der Musikschule, dem Sportverein am Schulstandort oder ein simpler Hangout mit ihren Freund_innen dadurch verunmöglicht wird, dass sie danach nicht mehr nach Hause kommen. Ein längeres gemeinsames Lernen in einem Schulzentrum würde neben den vielen anderen Vorteilen dazu führen, dass die Kinder nach den ersten Jahren nicht die Grundschule um die Ecke verlassen müssten. Diese Schulzentren könnten dann auch von Fahrzeugen des Nahverkehrs effizienter und regelmäßiger angefahren werden, so dass ein individueller Hin- und Rückweg gewährleistet werden kann.

Wenn junge Menschen nicht erst ihre Region verlassen müssen, weil der Weg zu ihrer Studiums- oder Ausbildungsstätte so unerträglich lang ist, müssten nicht extra Anreize geschaffen werden, um sie wieder „zurückzuholen“. It's all about the Perspektive. Zum selbstbestimmten Leben gehört es, ungezwungen entscheiden zu können, wo man leben möchte und wo eben nicht. Und bei alledem muss natürlich auch auf dem Land die Barrierefreiheit mitgedacht werden.

Außerdem benötigt es Radwege von Dorf zu Dorf, überall. Wenn die Kidz vom Skaten, von der Bandprobe, vom chillen am See oder von Parties nicht anders nach Hause kommen, als in der Dunkelheit über Landstraßen zu fahren, sind Katastrophen vorprogrammiert. Auch Bikepunx haben

das Recht, sicher nach Hause radeln zu können. Und über Radwege freuen sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch die älteren Semester.

Lasst die jungen Leute doch mal machen

Auf dem Lande gibt's hervorragende Möglichkeiten, sich frei zu entfalten. Viele leerstehende Häuser, alte Fabriken, Brachflächen und insgesamt weniger Leute, denen man damit auf den Keks geht. Unkommerzielle Nutzung muss unkompliziert möglich sein, meinen wir. Aber so einfach ist das leider trotzdem nicht. Selbstgeschaffene Freiräume, ob als Haus- und Kunstprojekte, als selbstverwaltete Jugendzentren oder Freiräume, werden im besten Fall skeptisch beäugt, meist jedoch aggressiv mit gesetzlichen Hürden konfrontiert. In den seltensten Fällen erfahren die Aktiven Unterstützung oder gar Förderung von staatlicher Seite, um sich selbst und ihre Ideen verwirklichen zu können und damit alternative Lebensformen Gelegenheit zur Entfaltung zu bieten. Dabei wäre genau das so wichtig!

Jugendclubs müssen flächendeckend vorhanden sein. Neben verschiedenen Freizeitangeboten wie Bandproberäumen, Sportanlagen und kreativen Arbeitsbereichen gehört es jedoch auch dazu, Bildungsarbeit zu leisten sowie gegen menschenfeindliche Ideologien arbeiten. Gerade in Sachsen gibt es eine vergleichsweise hohe Zahl an selbstverwalteten Jugendzentren, die seit Jahren in der Provinz die Fahne hoch halten und großartige Arbeit leisten. Sie gilt es zu unterstützen und gleichartige Projekte in anderen Dörfern und Städten zu fördern. Denn derzeit ist es leider nicht absehbar, dass kommunale Kulturbetriebe ein Herz für Punk-, Hip-Hop- oder Hardcore-Shows entwickeln – Von ordentlicher elektronischer Musik (also alles was über Gestört aber Geil hinausgeht, no front) mal ganz zu schweigen.

Jugendliche müssen empowert werden, um mitgestalten zu können und ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Eine Möglichkeit hierzu ist die Schaffung einer Jugendquote in Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen. Mindestens 10 % der Mitglieder sollen das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben dürfen.

„National befreite Zonen“? No f*cking way!

In dünn besiedelten Gebieten ist das Verbreiten fremdenfeindlichen und allgemein unemanzipatorischen Gedankenguts einfacher als in urbanen Räumen, da gibt es nichts zu beschönigen. Jugendliche, die seit ihrer Kindheit mitunter Trost- und Perspektivlosigkeit sowie abgekapselte Dorfgemeinschaften erleben, sind unter Umständen empfänglicher für einfache Lösungen und rechte Ideologie, zumal sie selbst im Kindergarten oder in der Schule nicht oder kaum mit Migrant_innen in Kontakt kommen, um ihre Vorurteile abbauen zu können. Konzepte der „akzeptierenden Jugendsozialarbeit“, wie in Sachsen gerade in vergangenen Jahrzehnten gern angewandt, tun dazu ihr Übriges – sofern es denn überhaupt noch Jugendclubs gibt.

Was oft fehlt, sind Menschen die sichtbar dagegenhalten. Weil antifaschistisches Engagement dort, wo jede_r jede_n kennt, mit Gefahren für Leib und Leben verbunden ist und alternative Rückzugsräume fehlen. Weil die Neonazis es sich zur Strategie gemacht haben, ausgewählte Dörfer und Regionen zu besiedeln und dort für anders aussehende, denkende oder liebende ein Klima der Angst zu schaffen. Hier gilt es, geschlossen dagegenzuhalten und Solidarität praktisch werden zu lassen. Sprich: Nicht in den Connewitzer oder Neustädter Blasen zu versauern, sondern durchaus dahin gehen, wo es wehtut. Dorfantifas fragen wo der Schuh drückt, Unterstützung anbieten und vorallem auch dabei helfen,

vorhandenes Engagement sichtbar zu machen. Dorf-AJZs unterstützen, auch mal aufs Land zu ner Demo fahren damit da nicht immer die gleichen 30 Leute sind und bedenken, dass die Probleme in der Stadt und auf dem Land andere sind und demnach auch innerlinke Diskurse anders gehandhabt werden können oder anders weit fortgeschritten sind.

Zur Aufbrechung von Nazistrukturen, egal ob bereits verfestigt oder erst im Entstehen, bedarf es schlichtweg einer Stärkung der Entfaltung von alternativen Jugendkulturen. Zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Bürger_innenbündnisse müssen staatlich anerkannt und finanziell unterstützt werden. Rassistische Übergriffe gehören genauestens dokumentiert, bedrohte Menschen durch die örtliche Polizei geschützt. Das Ehrenamt generell gehört stärker gefördert – ohne bürokratische Hürden.

Daseinsvorsorge means more than just Strom und Wasser

Das 21. Jahrhundert muss nicht zuletzt auch in Form von Breitbandanschlüssen und Mobilfunkabdeckung endlich auf dem Land Einzug halten. Dass es in Sachsen auch heute noch viele Orte ohne Internetzugang gibt, ist so traurig wie wahr. Der Begriff der Daseinsvorsorge gehört deutlich ausgeweitet. So ist es durchaus denkbar, in so manchem Dorf bei fehlendem Angebot kommunale Bäckereien oder Tante-Emma-Läden zu fordern, da diese neben der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln auch eine soziale Funktion besitzen. Neue Modelle der Nachbar_innenschaftshilfe, sind auszuprobieren und zu unterstützen, gleiches gilt für Ideen wie Tauschmärkte oder neue Konzepte wie das des „multiplen Hauses“. Und wenn es an vielen Orten wie selbstverständlich kommunale Schauspieleinrichtungen gibt – weshalb fordern wir nicht die Einrichtung kommunaler Kinos? Solche kulturellen Orte sind nicht nur Unterhaltungsangebote, sondern bringen Menschen miteinander in Kontakt.

Die um sich greifenden Privatisierungen müssen aufhören und Rekommunalisierungen eingeleitet werden, Kommunen gehören ordentlich ausfinanziert, um von ihrem festgeschriebenen Selbstverwaltungsrecht auch tatsächlich Gebrauch machen zu können. Die Vielzahl an Eingemeindungen der vergangenen Jahre hat viele Menschen das Gefühl gegeben, die Bindung zu „ihrem“ Dorf zu verlieren und in erster Linie für weitere Wege zur Gemeindeverwaltung gesorgt. Dass eine Stadt wie Grimma über mittlerweile 69 Ortsteile verfügt und damit flächenmäßig die viertgrößte Stadt Sachsens ist, kann nicht Sinn der Übung gewesen sein. Wir fordern daher eine vom rein finanziellen Faktor unabhängige Prüfung, wo Eingemeindungen sinnvoll im Sinne einer Entbürokratisierung sind und wo sie Quatsch sind und zurückgenommen werden müssen

Bestrebungen der interkommunalen Kooperation, der Verwaltungsmodernisierung und des E-Government sind hingegen zu unterstützen und werden bereits vielerorts getestet. Es ist wahr, dass einige Regionen Sachsens am ausbluten sind. Für uns ist das Leisten von Sterbehilfe für einzelne Landstriche, wie es in der Diskussion von 2016 von mancher Seite gefordert wurde, keine Option. Den Ausblutungstendenzen muss in oben geschilderter Weise entgegengetreten werden, ohne Gebiete dabei aufzugeben. Denn so unwahrscheinlich es uns manchmal erscheinen mag: Ein jeder Fleck Dunkelsachsens kann eines Tages so schön sein, dass Menschen nichts lieber täten, als dort zu wohnen. Und zum Recht auf Mobilität gehört eben auch, dort bleiben zu können, wo man gerade ist.

Wir fordern

- Regelmäßige und flexible ÖPNV-Verbindungen an jedem Tag, auch abends und in der Nacht
- Einrichtung örtlicher Schulzentren
- Unterstützung alternativen Jugendzentren und Initiativen, Förderung der unkommerziellen Nutzung von Leerstand und Brachflächen
- Einführung einer Jugendquote für Stadt- und Gemeinderäte sowie Kreistage
- Unterstützung antifaschistischer Initiativen, Anerkennung zivilgesellschaftlicher Vereine und Bürger_innenbündnisse
- Umfangreiche öffentliche Daseinsvorsorge, was auch Lebensmittelläden und Kinos umfassen kann
- Kein Gebiet wird aufgegeben
- Schaffung von Bleibeanreizen – insbesondere für junge Frauen*

9. Verkehr

Mobilität für alle! Fahrscheinloser ÖPNV

Mobilität bedeutet Teilhabe. Schon heute können sich viele Menschen die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht mehr leisten und sind vom gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen. Gleichzeitig steigt der Ausstoß von CO₂ im Verkehrssektor seit Jahren kontinuierlich an. Ein Umstieg auf Bus und Bahn ist daher dringend nötig – und das für alle Menschen, barrierefrei, regelmäßig, vor der Haustür und ohne Fahrschein!

Die Ticketpreise für Bus und Bahn steigen jährlich um bis zu 10 % und sind für immer weniger Menschen bezahlbar. Deswegen brauchen wir ein verbraucherfreundlicheres Finanzierungssystem für den ÖPNV, das allen Menschen ermöglicht, kostengünstig mit Bus und Bahn zu fahren! Um auch Autofahrer_innen zum Umsteigen auf die umweltfreundlichere Alternative zu bewegen, müssen die Ticketpreise nicht nur drastisch reduziert, sondern abgeschafft werden! Denn allein schon der Kauf einer Fahrkarte schreckt viele, die bequem in ihr Auto steigen könnten, ab. Finanzieren könnte man das Ganze durch eine Pflichtabgabe der Bürger_innen und Tourist_innen für den Nahverkehr der Stadt. Da dies dann alle zahlen würden, wären die Kosten auf viel mehr Menschen verteilt und der finanzielle Beitrag der/des Einzelnen würde sich auf weniger belaufen als heute für eine Fahrkarte gezahlt werden muss. Natürlich müssen dabei Menschen mit niedrigen Einkommen besonders berücksichtigt und deren Beitrag entsprechend reduziert oder erlassen werden.

Um solche Systeme einführen und finanzieren zu können, müssen die Städte und Gemeinden das Recht erhalten, eine solche Abgabe erheben zu dürfen. Dies wird derzeit noch durch verschiedene Landesgesetze im Freistaat Sachsen verhindert. Außerdem muss bei der Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV auf die Zusammenarbeit der verschiedenen Verkehrsgesellschaften und Tarifregionen hingearbeitet werden, damit dieses System flächendeckend umgesetzt werden kann. Wir sind der Auffassung, dass die verschiedenen Tarifregionen und Verkehrsgesellschaften langfristig aufgelöst werden müssen und eine staatliche Verkehrsgesellschaft den fahrscheinlosen ÖPNV sachsenweit, langfristig aber auch überall organisiert. Als sofortigen Schritt fordern wir ein Tarifmoratorium, das die aktuellen Ticketpreise einfriert und so weitere Erhöhungen ausschließt. Das bedeutet in einem ersten Schritt auch, dass Bund und Land stärker in die Pflicht genommen werden müssen, Verantwortung für die stärkere Finanzierung der Verkehrsgesellschaften zu übernehmen.

Die derzeit immer noch stattfindende Kriminalisierung von Schwarzfahrer_innen verurteilen wir zutiefst und solidarisieren uns mit den Betroffenen. Meist ist es eben nicht die „Faulheit“, sich kein Ti-

cket zu kaufen, sondern die eigene Prekarität. Es sind somit diejenigen, die sowie schon durch Hürden wie Ticketpreise an gesellschaftlicher Teilhabe behindert werden und die somit mit zusätzlicher Strafen wie Bußgeld und bei mehrmaligem Erwischen sogar mit Freiheitsentzug konfrontiert werden. Daher fordern wir auch die Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV, um genau solcher Kriminalisierung entgegen zu treten.

Autos zurückdrängen

Um den Verkehrslärm und CO₂-Ausstoß zu senken und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, fordern wir die konsequente Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in Wohngebieten und dort auch auf Hauptstraßen. Die Straße ist nicht allein für Autofahrer_innen da, sondern ist ein zentraler Bestandteil eines Quartiers, in dem Menschen leben. Es muss möglich sein, bei offenem Fenster an einer Hauptstraße schlafen, Kinder ohne Bedenken zur Schule schicken zu können und als Radfahrer_in keine Angst haben zu müssen, wegen eines Überholmanövers zu verunglücken. Gleichzeitig fordern wir eigene Trassen für Busse und Bahnen, damit der ÖPNV an der Autolawine vorbeikommt, und eigene Radfahrspuren auf der Straße, um nicht mit Fußgänger_innen in Konflikt zu geraten und um von Autofahrer_innen besser wahrgenommen zu werden. Weiterhin wollen wir die Entwicklung von autoarmen Stadtteilen fördern und fordern regelmäßige autofreie Tage im Jahr ein. Gerade die Innenstädte müssen in einem ersten Schritt perspektivisch in autofreie Zonen transformiert werden.

Eine zusätzliche Alternative zur Verringerung des Schadstoffausstoßes, aber auch zur Reduktion von ruhendem Verkehr, was zu mehr Übersichtlichkeit von Straßen beitragen würde, bieten Carsharing-Angebote. Was in Großstädten schon über bspw. TeilAuto Normalität ist, muss auch auf weitere Regionen ausgeweitet werden. Der Freistaat muss dahingehend Anreize schaffen, dass Carsharing-Angebote auch in Kleinstädten und Dörfern als Alternative zum Besitz eines Autos angeboten sowie in den Großstädten insgesamt attraktiver gemacht werden. Weiterhin kann hier auch eine Strategie forciert werden, explizit Bikesharing-Angebote in bestehende Stadtstrukturen, wie zum Beispiel eine Einbindung im Angebot der örtlichen Verkehrsbetriebe. Um größere Besorgungen auch autofrei zu bewerkstelligen, sollen neben City-Bikes auch Lastenfahrräder zum Angebot von Bike-Sharing-Stationen gehören. Somit wird eine weitere Alternative zum Autofahren angeboten.

In einer (möglichst) autofreien Zukunft wird die hohe Anzahl an Parkplatzflächen, die es jetzt schon gibt, nicht mehr benötigt. Wir fordern daher eine Konzeptionalisierung zur Nutzung der dadurch entstehenden freien Flächen. Denkbar wären mit dem freien Platz Konzepte, mit denen der Knappheit von bezahlbarem Wohnraum und guter sozialer Durchmischung entgegen getreten werden könnte. Weitreichender jedoch und im Sinne einer umweltfreundlichen Stadt- und Regionalentwicklung könnte so unter anderem die Entstehung neuer Grünflächen unterstützt werden.

Infrastrukturen im ländlichen Raum ausbauen

Viele Bürger_innen müssen heutzutage noch das Auto nutzen, um damit in die Städte zu gelangen. Der Anreiz, auf alternative Mobilitätskonzepte wie Bus, Fahrrad oder Bahn umzusteigen, fehlt dabei vollständig. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass die Infrastruktur im ländlichen Raum dafür keine Optionen bietet. Viele Dörfer und auch Kleinstädte sind vom funktionierenden Schienennetz ausgeschlossen. Somit bleibt einerseits sowohl den jungen als auch älteren Menschen auf dem Land die Möglichkeit verwehrt in andere Städte zu gelangen, um bspw. kulturelle Angebote wahrzunehmen, andererseits ist es Menschen aus Großstädten aber auch nicht möglich, sinnvoll in den ländlichen Raum zu gelangen. Freie, individuelle Mobilität stellt für uns ein Grundrecht da. Deswegen müssen dafür grundlegende Änderungen in der Verkehrspolitik her. Bezogen auf den Zugverkehr setzen wir

uns dafür ein, dass das Schienennetz massiv ausgeweitet wird. Dies inkludiert auch die Forderung nach einer besseren Taktung und höheren Frequentierung der Abfahrtszeiten des Nah- und Fernverkehrs bis in die Nacht hinein. Die Realität sieht nämlich so aus, dass gerade S-Bahnen nur bis in den frühen Abend fahren und man sich so gezwungen sieht, relativ früh beispielsweise von Veranstaltungen die außerhalb liegen wieder abzureisen, um wieder nach Hause zu gelangen. Weiterhin kann durch das erweiterte Schienennetz auch der Güterverkehr vermehrt von der Straße auf die Schienen verlagert werden, was auch im Sinne einer Reduzierung der Nutzung von Autos und der damit einhergehenden CO₂-Emissionen dient.

Eine Anbindung aller sächsischen Dörfer an das Schienennetz stellt eine große Herausforderung dar. Oft gibt es jedoch auch still gelegte Gleisanlagen. Wir fordern deren Instandsetzung und Wiederinbetriebnahme, sowie eine gute Vernetzung und Ergänzung der bestehenden Strecken. Neben dem Bau und der Nutzung von Gleisen ist es auch notwendig das Buslinienetz massiv zu erweitern. In vielen Dörfern fahren sehr selten Busse in angrenzende Städte oder Dörfer. Meist ist es auch der Linienverkehr dadurch gekennzeichnet, dass die eine Buslinie auch nur zwei- bis dreimal am Tag fährt, während der Schulferien vielerorts gar nicht und man de facto „gefangen“ im eigenen Dorf ist. Dieser Missetand muss dringend behoben werden. Dafür müssen sowohl mehr Bushaltestellen geschaffen, als auch mehr Busse eingesetzt werden, um auch eine gute Taktung zu ermöglichen. Der ländliche Raum ist von der demografischen Entwicklung in Sachsen nicht ausgeschlossen, also auch im Prozess immer weiter zu altern, weswegen die Schaffung neuer Bushaltestellen mit überdachten Sitzmöglichkeiten auch hier zweckdienlich für mobilitätseingeschränkte Menschen ist.

Wir fordern außerdem, dass mehr beleuchtete Radwege und Radschnellstraßen sowohl in Großstädten als auch im ländlichen Raum geschaffen werden. Gerade aus umweltpolitischen Gründen ist das Fahrrad als Transportmittel eine willkommene Alternative zu schadstoffproduzierenden Automobilen. Zudem dient dies gerade im ländlichen Raum der Sicherheit von Radfahrer_innen, die sich auf längeren Landstraßen nicht mit Autofahrer_innen teilen müssen. In Kombination mit der Erweiterung des Buslinien- und Schienennetzes plädieren wir außerdem dafür, dass alle Fahrräder kostenfrei im Nah- und Fernverkehr mitgenommen werden können, sodass die Möglichkeit geboten werden kann, Orte in der Natur auch in Kombination der Transportmittel erreicht werden können.

Deutsche Bahn in staatliche Hand!

In anderen Ländern – wie bspw. Israel – sind Eisenbahngesellschaften bereits jetzt in staatlicher Hand. Es ist kein Hirngespinnst linker Ideen, dass durch Verstaatlichung Vorteile für alle errungen werden können. Zieht man hier auch wieder das Beispiel Israel hinzu, so ist zu konstatieren, dass gerade Ticketpreise für den Fernverkehr wesentlich erschwinglicher sind als dies in Deutschland der Fall ist. Somit kann der Staat der Verantwortung gegenüber den Menschen, ein sozial verträgliches Angebot für den Bahnverkehr zu unterbreiten, nachkommen. Die jetzt schon teils privatisierte Deutsche Bahn verfolgt aber nicht dieses Interesse, da sie eben aufgrund der privaten Anteilseigentümer_innen stets einer ökonomischen Profit- und Vermehrungslogik folgt, welche eben konträr zur sozialen Verantwortung steht. Ebenso wenig hinnehmbar ist, dass das Hauptaugenmerk der DB nicht auf Personenbeförderung liegt, sondern im Sinne von Rentabilität andere Bereiche im Logistikbereich besser und zuverlässiger abgedeckt werden.

Komplette staatliche Verantwortung für den Bahnverkehr kann im Gegensatz zu (teil-) privatisierten Unternehmen auch gewährleisten, dass dringende Modernisierungsanliegen konsequent verfolgt werden können. Dazu gehören für uns unter anderem die Förderung und Umsetzung von Elektromobilität

bei Eisenbahnen sowie die barrierefreie Ausgestaltung der Züge, um dem Ideal der inklusiven Gesellschaft nachzukommen und Mobilität als Grundrecht auch für alle Menschen realisieren zu können.

In Bezug auf Sachsen setzen wir uns zunächst dahingehend dafür ein, dass ein staatlich subventioniertes Sozialticket in ganz Sachsen für Menschen in Ausbildung – egal ob in der Schule, in der Ausbildung oder im Studium – sowie für einkommensschwache Menschen konzipiert wird. Sowohl aus bildungspolitischer, als auch aus kulturpolitischer Sicht kann damit sichergestellt werden, dass Menschen, die in prekären Situationen leben, Zugang zu kulturellen Angeboten – wie Museen, Bibliotheken, usw. – erhalten, aber auch der Pflege von Sozialkontakten keine mobilitätstechnischen Hürden im Weg stehen.

Wir fordern:

- Fahrscheinlosen ÖPNV in Städten und Gemeinden
- Autofreie Stadtteile
- Massiven Ausbau des Buslinien- und Schienennetzes im ländlichen Raum
- Ausbau der Carsharing- und Bikesharing-Angebote
- Errichtung neuer Radwege mit entsprechender Beleuchtung, sowie die Nachbesserung bestehender Wege
- Umnutzung von freiwerdenden Parkflächen
- Verstaatlichung der Deutschen Bahn
- Staatlich subventioniertes Sozialticket für Menschen in prekären Lebenslagen sowie für Menschen in Ausbildung

10. Inklusion

Inklusion statt Exklusion!

Inklusion bedeutet Teilhabe. Inklusion wird sehr oft im Zusammenhang mit Menschen mit Behinderung verwendet.

Inklusion heißt in diesem Bereich, dass es selbstverständlich ist, dass Menschen mit Behinderung ihr Leben mit Menschen ohne Behinderung zusammen verbringen.

Eine Sensibilisierung für Inklusion soll schon im Kindergarten losgehen. So werden frühzeitig Vorurteile bei allen Beteiligten abgebaut. Dabei sollte eine vermeintliche Behinderung keine Rolle mehr spielen!

Die UN-Behindertenrechtskonvention (hier stehen alle Rechte für Menschen mit Behinderungen drin) hebt dieses Recht noch einmal hervor! In ihr ist unter anderem geregelt, dass jeder Mensch ein Anrecht auf Teilhabe hat. Sei es in der Schule, im Beruf oder ganz einfach bei der Mitwirkung in einem Jugendverband in einer Partei.

Viel zu oft ist dies leider noch nicht der Fall! Menschen mit Behinderung werden noch oft separiert. Sie lernen in ihren „eigenen“ Schulen und arbeiten danach, in ihren „eigenen“ Werkstätten. So etwas kann und darf nicht unter Inklusion verstanden werden. Sofern ein solcher Trend nicht umgekehrt wird, begeben wir uns auf den Weg der fortschreitenden Exklusion!

Die Situation in Behindertenwerkstätten ist prekär und nicht hinnehmbar. Sei es, dass die Beschäftigten einen viel zu geringen Lohn bekommen (teilweise nur 150,00€ pro Monat) oder keinerlei Arbeit-

nehmerrechte haben. Unternehmen sparen sich Strafzahlungen (In Unternehmen ab 20 Mitarbeiter*innen müssen 5% davon eine Behinderung haben, wenn nicht müssen sie eine Strafe zahlen), indem sie in Werkstätten billig produzieren lassen. Die meisten Werkstattmitarbeiter*innen schaffen es nicht aus der Werkstatt auf den 1. Arbeitsmarkt.

Dass Menschen mit Behinderung auch reguläre Schulen besuchen, gibt es mittlerweile ziemlich häufig. Dies ist auch gut, jedoch noch verbesserungsbedürftig verbesserungswürdig!

Lehrer*innen müssen schon im Studium auf Inklusion eingestellt werden.

Es braucht mehr Sonderpädagog*innen, Therapeut*innen und Schulbegleiter*innen, die Schülern die Hilfe geben, die sie brauchen.

Diese brauchen wiederum selber eine gute Ausbildung, diese soll kostenlos und praxisorientiert sein. Auch sollen sie einen fairen Lohn für ihre Arbeit bekommen.

Jede*r Schüler*in sollte die Unterstützung bekommen, die sie/er braucht um einen guten Schulabschluss zu erreichen. Nachteilsausgleiche sollen endlich auch ihren eigentlichen Zweck erfüllen und individuell auf die Schüler_innen angepasst sein. Der Weg zu Nachteilsausgleichen muss einfacher werden, Gutachten müssen über eine längere Zeit gelten und einfacher zugänglich sein. Nachteilsausgleiche sollen in jedem Fall ausgeführt werden dürfen!

Menschen mit Behinderung werden viel zu oft auch durch außen behindert. Sehr oft sind Schulen, Innenstädte oder Arztpraxen nicht barrierefrei. Sie haben keine Aufzüge oder Rollstuhlrampen. In Städten sind Blindenleitsysteme sehr oft nur unzureichend und werden nicht selten zu gestellt, zum Beispiel mit Schildern. Die wenigsten Wohnungen sind barrierefrei.

Neugebaute Wohnungen müssen barrierefrei gebaut werden.

Auch ist Amtssprache immer noch recht häufig und nach wie vor für die meisten Menschen nicht verständlich.

So ist es nicht verwunderlich, dass immer mehr Menschen mit Behinderung sagen, dass sie nicht behindert sind, sondern werden!

95% der Menschen mit Behinderung haben übrigens ihre Behinderung erst im Laufe ihres Lebens bekommen. Meist durch einen Unfall oder Krankheit. Viele Behinderungen entstehen im Alter. Daher muss für Menschen mit neu auftretenden Behinderungen eine schnelle und unbürokratische Hilfe vorhanden sein, sei sie psychologisch, sozial finanziell, zum Beispiel durch eine barrierefreie Anpassung des Lebensumfeldes an die neue Situation.

Keine Diskriminierung mehr!

In Deutschland herrscht eine sehr große Intoleranz und Stigmatisierung gegenüber Menschen mit Behinderung und deren Belangen. Diese Diskriminierungsform heißt Abelismus.

Vor Schulen sammeln Eltern Unterschriften, dagegen das Kinder mit Behinderungen mit ihrem Kind in eine Klasse kommt, weil sie Angst haben, es würde ihr Kind zurückwerfen.

Heutzutage ist es immer noch so, dass Menschen mit Behinderungen durch sprachliche Äußerungen stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Diskriminierende, abelistische Sprache führt dazu, dass Behinderungen als etwas per se schlechte Eigenschaften wahrgenommen werden und somit Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen verstärkt werden.

Damit sind vor Allem Wörter gemeint, die sich auf Behinderungen beziehen und in negativen Kontexten verwendet werden. Sie sind in der Alltagssprache vieler Menschen fest verankert und suggerieren, dass Menschen mit Behinderungen weder ein „lebenswertes Leben“ haben, noch glücklich sein kön-

nen. Solchen Ansichten, die in der Gesellschaft weit verbreitet sind, muss entschieden entgegengetreten werden.

Menschen die eine psychische Behinderung haben gelten noch viel zu oft als, verrückt, irre oder gar als gefährlich! Auch dies sind Vorurteile, die bekämpft werden müssen.

Außerdem darf nie! vergessen werden, dass Menschen mit Behinderung im Nationalsozialismus, als „unwertes Leben“ galten. Sie wurden damals in Anstalten zwangseingewiesen. Über 300.000 Menschen mit Behinderung überlebten dies nicht! Sie wurden durch Injektionen getötet, verhungerten, ihre Medikamente wurden überdosiert, es wurden Experimente mit ihnen gemacht oder sie wurden vergast. Die Angehörigen erfuhren damals kaum, was wirklich passiert ist. Wir fordern daher eine weitere gedenk- und erinnerungspolitische Fokussierung auf diese Opfergruppe der Nazis und die fort-dauernde Unterstützung von Euthanasie-Gedenkstätten.

Her mit dem schönen und selbstbestimmten Leben!

Jeder Mensch mit Behinderung soll selbstbestimmt leben!

Menschen mit Behinderung sollen selber entscheiden, sofern dies möglich ist, wo sie wohnen (in einem Heim, einer inklusiven WG oder alleine). Es sollte nicht danach gegangen werden, was denn günstiger ist, für den Staat.

Auch sollen Paare zusammenleben können.

Menschen mit Behinderung sollen außerdem selber entscheiden können, ob sie wählen gehen oder nicht. Das Recht zu wählen ist ebenfalls in der UN-Behindertenrechtskonvention geregelt.

Wir fordern:

- Verbesserung und langfristig Abschaffung der Orte der Separation
- Barrierefreiheit in der Gesellschaft
- Diskriminierung von Menschen mit Behinderung stoppen
- Wohnsituation verbessern
- Wahlrecht für Alle
- Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung
- Arbeitsbedingungen im Inklusionsbereich verbessern
- Die UN-Behindertenrechtskonvention muss konsequent umgesetzt werden
- Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber bei unbesetzten Pflichtplätzen schwerbehinderter Arbeitnehmer
- Staatliche Förderung von Projekten und Unternehmen zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt
- Anstellung von Menschen mit Behinderung in öffentlichen Einrichtungen und staatlichen/kommunalen Unternehmen, vor allem in Fach- und Verwaltungsbereichen

11. LGBTIQ+

Out and Proud – Für eine Welt in der Frei und Offen Leben können

Liebe ist Privatsache.

Für uns heißt das: Jede_r muss selbst entscheiden können, wie und mit wem er oder sie glücklich werden will – egal, welches Geschlecht oder sexuelle Vorlieben der oder die Paterner_in. Keiner darf das Recht haben, da hineinzureden. Die Gleichbehandlung der Menschen darf keine Grenzen kennen.

Die Gesellschaft muss Menschen schützen und ihre Freiheit mit wem auch immer sie zusammen sein wollen verteidigen. Das gilt auch für die von ihnen gelebten Geschlechterrollen oder Ausrichtungen und dabei ist es völlig egal ob Schwul, Lesbisch, Bi, Trans-, Inter-, Pan-, A-Sexuell, Queer oder was auch immer.

Queer? Was verstehen wir darunter.

Mit Queer versuchen wir einen Begriff für alle die Menschen zu finden die von der gesellschaftlich dominierenden Heteronormativität abweichen. Natürlich ist es ein Oberbegriff der viele Facetten der Community zusammen bringt, dabei soll die Vielseitigkeit nicht verheimlicht sondern die Solidarität klar gestellt werden. Wir sehen den Begriff weniger assoziiert mit der Modernen Queertheorie, sondern viel mehr als Erinnerung an die gemeinsamen Kämpfe, die die Community schon hinter sich hat und als Aufruf auf dem weiteren Weg zusammen zu stehen.

Geschlecht ist nicht gleich Geschlecht

Wir fordern deshalb die Gleichstellung aller und eine Trennung zwischen der sexuellen Identität und dem biologischen Geschlecht. Damit werden biologische Unterschiede nicht geleugnet, sondern Aufklärungsarbeit geleistet. Konkret bedeutet das für uns zum einen den Schutz vor Diskriminierung und Angriffen, den Ausbau von Beratungsinitiativen und Schulbildung sowie die rechtliche Gleichstellung z.B. beim Adoptionsrecht für nicht heteronormative Partnerschaften

. Wir betrachten den Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen und Rechten aller Menschen als eine Querschnittsaufgabe, die in jedem politischen Konzept, bei jeder staatlichen Maßnahme und bei jedem Entwicklungsschritt zu berücksichtigen ist. Jedoch darf dabei nie ein Recht auf Kosten der schon schwer erkämpften Rechte einer andern Gruppe zu Stande kommen.

Akzeptanz aller Lebensentwürfe

Die Gleichstellung aller Lebensweisen bedeutet für uns aber nicht nur juristische Gleichberechtigung, sondern die faktische Gleichbehandlung und Gleichstellung aller Geschlechter in allen Lebensbereichen. Ziel dieser Gleichstellung soll eine Gleichbehandlung der Geschlechter sein, damit in Zukunft keine unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung auf Grund des Geschlechts oder der Identität geschehen kann. Bisher müssen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Queers, damit rechnen, benachteiligt, beschimpft oder von körperlicher Gewalt betroffen

zu werden. Die Gewalt gegen alle die aus der Heteronormativität ausbrechenden stieg in den letzten Jahren. Es muss die mindeste Aufgabe eines bürgerlichen Staates sein seine Bürger vor Übergriffen zu schützen, egal ob diese aufgrund von anderen Politischen Ansichten, wegen Religiösen Fanatikern oder von einer wahnhaften Ideologie getrieben Teilen der selbst erklärten Community erfolgen. In einigen Ländern der Erde droht Menschen die keine heteronormative Lebensrealität haben Neben Diskriminierung, Verfolgung und Todesstrafe, was für Betroffene zum Fluchtgrund wird. Wir wollen uns dafür einsetzen dafür einsetzen, dass diese Diskriminierung ein Ende hat. Wir fordern daher Aufnahme und den Schutz Schwuler, Lesbischer, Bisexueller und Queer Geflüchtet ohne Einschränkungen.

Überwindung der traditionellen Form der Ehe

Wir fordern die Abschaffung der traditionellen Institution „Ehe“. Zudem fordern wir die Abschaffung aller Vergünstigungen für die Ehe und stattdessen das Zeugnisverweigerungs- und Krankenhausbesuchsrecht für alle Liebenden - auch für jene, die nicht heiraten wollen.

Wir fordern:

- ein umfassendes europäisches Antidiskriminierungsgesetz das sich explizit gegen Verbrechen gegen Lesben, Schwule, Bisexuellen und Queers richtet und diese als Hassverbrechen anerkennt
- einen Aufhebung der Eheprivilegien
- ein Adoptionsrecht zum Wohl des Kindes, egal, wie und wenn die Eltern l(i)eben
- eine soziale Grundsicherung, die Alleinerziehende nicht an die Armutsgrenze drängt
- eine fächerübergreifende und diskriminierungsfreie Sexualpädagogik in der Schule und Sensibilisierung des Lehrpersonal
-
- Weiterbildungsprogramme für Polizei und Öffentlichendienst zu Sexualität und Geschlechtlichkeit
- Veränderung der Partykultur durch Bildung zu einer in der man sich sicher und wohl fühlt
- Aufhebung jeder Blutspenden Diskriminierung
- Einkommensgerechtigkeit zwischen allen Menschen egal welches Geschlecht oder Orientierung sie haben
- Ausbau der Forschung zu Geschlecht und Identität spezifischen Fragestellungen z.b. Regelmäßige Studie zu den Gewalterfahrungen von Schwulen, Lesben und Bisexuellen in Deutschland
- Geschlechterklischees durch Bildung kritisieren und überwinden
- ein Leben sicher und frei von jeder Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder Identität

12. Europa

Von der Union zur Republik – unsere Vision für Europa

Europa in der Krise?

Überall in Europa begegnen wir ähnlichen Problemen. EU und „Europa“ erscheinen häufig als ein vages und abstraktes Konstrukt. Die EU erleidet einen Vertrauensschwund und in vielen europäischen Staaten erstarken rechtskonservative und völkische Bewegungen, rechtspopulistische Parteien stellen die Regierungen. Wie kann das sein, dass Europäerinnen und Europäer scheinbar nichts aus der Geschichte lernen? Die rassistische Propaganda in den Dekaden nach dem Ersten Weltkrieg, der Mord an Millionen Menschen in Europa und die Vernichtungslager der Nazis haben nach 1945 dazu beigetragen, dass Menschen in Europa sich im Wunsch nach Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechten und Menschenwürde zusammenschlossen. Nie wieder sollte Europa ein Hort der Barbarei sein. Das kann als die Geburtsstunde der europäischen Idee betrachtet werden. Lange nach dem Zweiten Weltkrieg schien es so als sei Westeuropa eine privilegierte Wohlfühlzone, in der man sich von Diskriminierung und Ausbeutung distanzierte, in der rassistische Äußerungen sowie rechtsradikale Parteien verachtet wurden und das Asylrecht hohen Stellenwert genoss. In den letzten Jahrzehnten werden jedoch die Menschenrechte systematisch ausgehebelt, die Grenzen werden geschlossen und Politiker*innen nahezu aller Parteien übernehmen rechte und menschenverachtende Parolen. Die „Festung Europa“ wird immer weiter ausgebaut und die Militarisierung Europas schreitet voran. EU und Europa scheinen sich am Thema Migration und Flucht zu zerreiben. Das Bild von Europa als Hüterin der Menschenrechte ist mit den Tausenden von Menschen im Mittelmeer ertränkt worden.

Gleichzeitig bringen die verschiedenen ökonomischen und politischen Prinzipien der EU innerhalb Europas gravierende Unterschiede im Wohlstand und Lebensstandard hervor, was am Nord-Süd- bzw. West-Ost-Gefälle zu sehen ist. Die verschiedenen Krisen der EU sind längst nicht mehr nur auf ökonomische Fragen reduzierbar. Europa ist in den letzten Jahrzehnten auf „Euro-Zone“ geschrumpft, das Politische tritt hinter das Ökonomische zurück. Die heutige EU und ihre Institutionen sind intransparent, bürokratisch und genügen keinen demokratischen Ansprüchen: das Europäische Parlament entbehrt fundamentaler demokratischer Rechte und wird blockiert von nur indirekt legitimierten nationalstaatlichen Vertreter*innen in Form von EU Kommission und EU Rat, die faktisch die Regierung der EU darstellen. Die heutige EU kann keine demokratische Mitbestimmung oder soziale Gerechtigkeit herstellen und garantiert keine politische oder rechtliche Gleichstellung europäischer Bürger*innen.

Was also tun, raus aus der EU und zurück zum Nationalstaat? Wir sagen: Nein! Kein einzelner Nationalstaat kann es mit Problemen wie globale Armut, Übermacht der Konzerne, internationale „Steuervermeidung“ oder der immer größer werdenden Umweltkatastrophe allein aufnehmen. Daher wollen wir ein ökologisches, demokratisches, diskriminierungsfreies, geeintes, soziales und humanes Europa – eine Europäische Republik.

Die EU überwinden – viva la republika!

Unsere Vision ist nicht die Zerschlagung der EU, sondern ihre grundlegende Reform. Die gegenwärtige EU ist ein undemokratisches, intransparentes und höchst komplexes Konstrukt, was weit entfernt von den Lebensrealitäten vieler Menschen agiert. Langfristig wollen wir Europa wirtschaftlich, territorial und institutionell neugestalten, um gleichwertige Lebensverhältnisse für Alle zu schaffen. Wir wollen eine demokratische Europäische Republik, die echte Mitbestimmung ermöglicht und das Politische wieder in den Vordergrund rückt. Alle europäischen Bürger*innen werden in rechtlicher und politischer Hinsicht gleichgestellt. Denn die Voraussetzung für eine Republik ist die Freiheit und Gleichheit ihrer Bürger*innen. Die Republik Europa kennt keinen Ausschluss wegen Hautfarbe, Religion, Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung. Sie umfasst alle Menschen, die sich auf ihrem Territorium befinden. Sie lädt die Menschen anderer Länder ein, sich ihr anzuschließen. Sie kennt keine Abgrenzung, keine Mauern und keinen Stacheldraht. Das republikanische Selbstverständnis orientiert sich am Republikanismus der französischen Revolution: Teil der europäischen Republik kann werden, wer sich zu ihren Prinzipien bekennt.

Wir wollen ein handlungsfähiges Parlament mit vollumfänglichen parlamentarischen Rechten, was von allen Europäer*innen nach gleichem Wahlrecht und nach transnationalen Listen gewählt wird. Wir wollen eine gemeinsame soziale Sicherung für alle europäischen Bürger*innen, sowie ein einheitliches europäisches Steuerrecht, damit große Konzerne sich nicht mehr durch „Steuerhopping“ und Lohndumping an der Ausbeutung der Menschen in Europa bereichern können. Wir wollen einheitliche europäische Mindestlöhne, Renten und Arbeitslosenversicherungen, damit Menschen in Europa nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen die europäischen Regionen stärken und das zunehmende Auseinanderklaffen von Zentrum und Peripherie beenden. Denn es nützt niemandem etwas, wenn einige wenige Regionen immer reicher und attraktiver werden und gleichzeitig ganze Landstriche verarmen und in der Perspektivlosigkeit versinken. Wir wollen keine „Festung Europa“, die das Versprechen der Freiheit und Gleichheit mit den Füßen tritt und im Mittelmeer ertränkt. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und schönes Leben für Alle!

Unsere Vision ist kein utopisches Hirngespinnst. Viel utopischer wäre es zu hoffen, dass die gegenwärtige EU mit ihren strukturellen Mängeln, Zerfallstendenzen und zunehmenden Nationalismus, Rechtspopulismus und Autoritarismus weiter so bestehen kann. Unsere Vision ist ein Vorschlag und eine erstrebenswerte gesellschaftliche Vorstellung, die wir als Antwort auf die rückwärtsgewandten und menschenverachtenden Entwicklungen in Europa formulieren. Wahlrechtsgleichheit, direkte Betei-

ligung, Einbindung der Regionen und das Verbot der finanziellen Einflussnahme auf politische Entscheidungen sind weitere Grundpfeiler für die Schaffung einer wirklich europäischen Demokratie.

Sachsen in Europa

Aber was hat das alles mit Sachsen zu tun? Sachsen liegt im Länderdreieck und grenzt damit an Polen und Tschechien. Wo wenn nicht hier in Sachsen, wo seit Jahrhunderten ein reger Austausch und ein Zusammenleben mit den angrenzenden Kulturen und Regionen stattfindet, kann man Europa live erleben? Wir sind der Meinung, dass Sachsen keine geschlossene Gesellschaft sein darf. Wir wollen Austausch und Begegnung mit unseren europäischen Nachbarn. Dafür haben wir auch konkrete Vorschläge, die uns einige Schritte weiter auf dem Weg zu unserer Zielvorstellung für Europa bringen.

Wir fordern:

- Abschaffung von "neuen" und "alten" Grenzen in Europa
- Abbau der "Festung Europa", Rückbau der Schengen-Grenzwälle und Abschaffung von Frontex
- Politische und rechtliche Gleichstellung aller europäischen Bürger*innen
- Gleiches Wahlrecht in allen europäischen Staaten und transnationale Wahllisten
- Verbot der finanziellen Einflussnahme auf politische Entscheidungen auf europäischer Ebene
- Neuverhandlung der europäischen Verträge und Neustrukturierung von europäischen Institutionen
- Ein handlungsfähiges und vollumfänglich mit demokratischen Rechten ausgestattetes Europäisches Parlament
- Ein vereinheitlichtes europäisches Steuerrecht
- Vereinheitlichte Mindestlöhne, Renten und Arbeitslosenversicherungen in Europa
- Stärkung und (finanzielle) Förderung der Regionen
- Mehr und direkte Beteiligungsmöglichkeiten für alle europäischen Bürger*innen
- Förderung von transnationalen und grenzübergreifenden Projekten
- Transparenz in Bezug auf Fördermöglichkeiten für Projekte und Initiativen sowie Beratungseinrichtungen für Projektförderung
- Stärkung der Bildungszusammenarbeit mit unseren direkten europäischen Nachbarländern in Form von Austauschprojekten an Schulen und Hochschulen, staatlich subventionierte und für Schüler*innen und Studierende kostenfreie Bildungs- und Austauschreisen, Kooperationsmodule aller Fachrichtungen mit polnischen und tschechischen Hochschuleinrichtungen verbunden mit dem Besuch der Partnerhochschulen
- Transparenz in Bezug auf den Zugang zu europäischen Stipendienprogrammen
- Polnisch und Tschechisch als Fremdsprachen an sächsischen Schulen verstärkt anbieten
- Erleichterte Anerkennung und Gleichstellung von im Ausland erreichten Abschlüssen sowie von im Ausland absolvierte Prüfungsleistungen
- Stärkung der politischen Bildung und Verankerung von Europa im Unterricht
- Mehr demokratische Beteiligung und Mitsprache von jungen Menschen, z.B. im europäischen Jugendparlament
- Kostenfreie Bildungsreisen und Exkursionen in europäische Institutionen
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nach Polen und Tschechien
- Staatlich subventionierter und bezahlbarer ÖPNV überall in Europa
- Mehr Rechte für EU-Ausländer*innen, z.B. einen erleichterten Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt

- Langfristig eine wirtschaftliche, territoriale und institutionelle Neugestaltung Europas hin zur Europäischen Republik der Regionen

13. Laizismus

Laizismus - für die konsequente Trennung von Staat und Kirche

LEBEN WIE GOTT IN FRANKREICH

Religionsfreiheit bedeutet viel: die Freiheit, die eigene Religion frei wählen zu können, aber auch die Freiheit, genau das bleiben zu lassen oder sich für den Atheismus oder Agnostizismus zu entscheiden. Religionsfreiheit heißt aus unserer Sicht außerdem, dass die Religionen ihre Angelegenheiten frei regeln können, aber auch, dass der Staat selbst frei von Religion ist, diese nicht vorgibt oder eine bestimmte bevorzugt. Religionsfreiheit beinhaltet aus unserer Sicht also immer auch Laizismus. Das heißt, wir stehen für eine strikte Trennung von Staat und Religion. Das ist keine religions- oder kirchenfeindliche Position. Gläubige können, genauso wie Atheist_innen und Agnostiker_innen, Laizist*innen sein.

Die Trennung von Kirche und Religion ist in der Bundesrepublik, also auch in Sachsen, nicht einmal ansatzweise umgesetzt. Zum Glück lässt sich auch in Sachsen viel in dieser Hinsicht tun, da das Bundesland die Kirchensteuer erhebt, wesentliche Teile der Bildungspolitik verantwortet und über finanzielle Mittel verfügt. Frankreich ist seit der Französischen Revolution ein weitgehend laizistischer Staat, Sachsen bis heute nicht. Wir wollen Staat und Kirche deshalb auch in Sachsen endlich trennen und ein seit Jahrhunderten überlebtes Relikt, welches die enge Verbindung von Staat und Kirche darstellt, überwinden. Dabei stehen die Kirchen solchen Projekten mittlerweile nicht mehr geschlossen feindlich gegenüber, die Bremse sind in diesem Fall tatsächlich die meisten politischen Parteien.

Religionsunterricht in der Schule

Vonseiten des Staats organisierte Bildung sollte einerseits Einblicke in verschiedene Weltanschauungen und Glaubensmodelle ermöglichen, dabei jedoch andererseits selbst eine Position strikter Neutralität einnehmen. Der Staat darf vorstellen, nicht jedoch bewerben. Durch diese Neutralität stellen wir außerdem sicher, dass eine Gleichbehandlung verschiedener Glaubensrichtungen garantiert wird.

Wir wollen auch deshalb den konfessionellen Religionsunterricht abschaffen. Der Religionsunterricht soll durch ein konfessionsneutrales ethisch-philosophisches Fach für alle Schüler_innen ersetzt werden, in dem auch über die Religionen gesprochen und diskutiert werden kann. Das stellt zum einen tatsächlich sicher, dass ein echter Austausch zwischen den verschiedenen Gläubigen, aber auch mit Nichtgläubigen stattfindet. Zum anderen beendet es den massiven Einfluss der Kirchen auf die Personalauswahl bei den Lehrer_innen. Bisher können die Kirchen nach eigenem Gutdünken bestimmen, wer unterrichten darf und wer nicht. Dabei dürfen sich Kirchen erlauben, was andere Arbeitgeber_innen zu Recht nicht dürfen, auf Grund ihrer Sexualität ein Unterrichtsverbot erteilen. Jedoch soll auch Religionslosigkeit, Atheismus oder Agnostizismus in konfessionsneutralen Fächern behandelt werden. Schaut man in den derzeitigen Ethikunterricht, findet man hierzu zumeist nichts.

Religionswissenschaft statt Theologie

Ähnliches trifft auf das Fach Theologie zu. An den Universitäten ist mit der Religionswissenschaft bereits ein konfessionsneutraler Studiengang zum Thema vorhanden. Neben all den Problemen, die die Theologie zudem mit dem Religionsunterricht gemeinsam hat, ist die Theologie ihrem Sinn und Zweck nach vor allem die Ausbildung von Kirchenangestellten, weniger Wissenschaft. Der Staat finanziert hier also ganz direkt die Ausbildung von Personal für wohlhabende Kirchen. Wir sind der Auffassung,

diese sollten ihr Personal selbst ausbilden können, aber auch: selbst bezahlen. Schließlich können Gewerkschaften und Umweltverbände ihre Personalausbildung auch nicht einfach vom Staat finanzieren lassen.

Neutrale Mildtätigkeit bei Subventionen

Neben der Kirchensteuer, der Bezahlung von Angestellten der Kirchen und den Staatsleistungen werden viele Projekte der Kirchen vonseiten des Staats subventioniert. Außerdem sind vielerorts Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften Träger von eigentlich staatlichen und damit der Neutralität verpflichteten Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten. Das ist keineswegs eine großmütige „Wohltat“ der Kirchen, sondern wird finanziell fast komplett vom Staat getragen. Da an vielen Orten auf Grund der langjährigen Sonderstellung von Religionsgemeinschaften jedoch gar keine konfessionsneutralen Träger zur Verfügung stehen, möchten wir diese Dominanz schrittweise aufheben. Dass Einrichtungen zur Pflege, Fürsorge, aber auch Krankenhäuser vielfach in konfessionsgebundener Trägerschaft sind, ist insofern problematisch, dass Menschen nur Leistungen zugestanden werden, wenn diese dem karitativen Selbstverständnis der Einrichtung entsprechen.

Wir wollen, dass es grundsätzlich möglich bleibt, dass gute Projekte kirchlicher Träger oder der Kirchen selbst Unterstützung erhalten können. Allerdings wollen wir die überproportionale Bevorzugung der Kirchen beseitigen. Dazu schlagen wir die Verwendung eines Kriterienkatalogs vor, nach dem bei gleicher Eignung konfessionsneutrale Träger bevorzugt werden.

Keine Beeinflussung an öffentlichen Einrichtungen

Wir lehnen religiöse Symbole an Universitäten, in Schulen und anderen staatlichen Einrichtungen ab. Das Anbringen solcher Symbole ist ein Verwaltungsakt staatlicher Behörden, der die Neutralitätspflicht stark verletzt. Wir sind jedoch zugleich der Auffassung, dass Angestellte im öffentlichen Dienst, auch im Bildungssektor, religiöse Symbole wie ein Kopftuch oder Kreuz tragen dürfen. Der Staat besteht nicht nur aus seinen Organen und Gebäuden, sondern auch aus Menschen. Deren Individualität gänzlich einzustampfen, halten wir für gefährlich. Wenn jemand zum Beispiel ein Kopftuch, eine Kette mit Kreuz oder eine Kippa trägt, verletzt dies nicht die konfessionelle Neutralität einer Behörde oder einer Institution, da diese religiösen Symbole aus privaten Gründen getragen werden und nicht aufgrund einer Anordnung staatlicherseits.

Kirchensteuer und Staatsleistungen

In vielen Ländern wäre es undenkbar, dass Religionsgemeinschaften und Kirchen direkt vom Staat finanziert werden oder, wie bei der Kirchensteuer, der Staat sich als Dienstleister der Kirchen aufstellt und deren Einnahmen einzieht. Die direkte Finanzierung der Kirchen ergibt sich aus Staatsleistungen, die seit dem sogenannten Reichsdeputationshauptschluss von 1803 an die Kirchen gezahlt werden. Ursprünglich sollten diese Zahlungen Entschädigungsleistungen sein, nachdem kirchliches Eigentum, vor allem Grund und Boden, säkularisiert worden war. Im Sinne der Trennung von Kirche und Staat wollen wir, dass der Staat weder direkt noch indirekt die Kirchen finanziert. Zur Frage der Staatsleistungen gibt es mittlerweile aus den Kirchen selbst ebenfalls Signale, dass man diese einstellen könnte. Nicht zuletzt ist es seit der Weimarer Verfassung von 1919 ein Verfassungsauftrag, diese Zahlungen einzustellen. Jedoch wurde bisher nie ernsthaft versucht, diesen Auftrag zu erfüllen.

Gefangene auf Erden: Kirchenaustritt erleichtern

In der Bundesrepublik kann man erst im Alter von 14 Jahren aus der Kirche austreten, da man erst zu diesem Zeitpunkt offiziell religionsmündig ist. Andererseits kann man bereits mit der Geburt Mitglied der Kirche werden, ohne gefragt zu werden. Wer in jedem Alter Mitglied einer Religionsgemeinschaft werden kann, muss logischerweise auch austreten können, wann sie oder er möchte. Außerdem fin-

den wir die an ein Alter gebundene Religionsmündigkeit völlig willkürlich. Wir wollen außerdem, wie es bereits in Berlin umgesetzt ist, die in Sachsen erhobene Verwaltungsgebühr abschaffen.

Kein Streikrecht? Ich glaub, ich spinne!

Wir wollen, dass die Kirchen sich an die gleichen arbeitsrechtlichen Bedingungen halten müssen, wie andere Arbeitgeber_innen auch. Derzeit können die Kirchen Menschen die Einstellung verweigern oder diese kündigen, wenn sie nicht nach christlichen Moralvorstellungen leben, also etwa nicht heterosexuell leben oder geschieden sind. Kirchliche Angestellte dürfen außerdem nicht streiken.

Feiertage und Tanzverbot

Feiertage sind freie Tage und für die meisten Menschen deshalb schöne Tage. Ein großer Teil der freien, aber auch der nicht freien Feiertage haben einen christlich-religiösen Ursprung. In Sachsen sind das neun von elf Feiertagen. Für viele Menschen spielt der christliche Bezug keine Rolle mehr, für gläubige Christen hingegen schon. Wir wollen, dass die Menschen diese Tage verbringen können, wie sie es möchten. So wie niemand am 24. Dezember dazu verpflichtet werden kann, einen Tannenbaum aufzustellen oder Dinge zu verschenken, darf es Menschen nicht verboten sein, an Feiertagen nach ihrer Façon selig oder glücklich zu werden. Die Anzahl der Feiertage variiert zwischen den Bundesländern. Bayern hat – wer hätte das gedacht – beispielsweise mehr Feiertage, als Sachsen. Wir fordern eine zahlenmäßige Angleichung der Feiertage in den Bundesländern sowie eine Hybridlösung bei der Ausgestaltung der Feiertage. Es soll demnach weiterhin die Möglichkeit bestehen, religiöse Feiertage zu verbringen. Jedoch sollen diese dem Glauben nach frei gewählt werden und nicht explizit christlich sein. Wir fordern gleichzeitig einige religiöse Feiertage durch säkulare zu ersetzen. Das führt dazu, dass Gläubige weiterhin ihrem Glauben an bestimmten Tagen nachkommen können, wichtige säkulare Ereignisse, wie beispielsweise der 8. Mai jedoch ebenfalls als Feiertag stattfinden können. Eine völlige Individualisierung und damit Partikularisierung von Feiertagen, also dass jede_r frei wählt, wann Feiertag ist und wann nicht lehnen wir ab, da so die Zeit, die Feiertage zum Beispiel für kollektives Erinnern oder kollektives miteinander Zeit verbringen herbeiführen, nicht mehr gegeben ist, wenn alle ihr eigenes Ding machen. Tanzverbote, die es in Sachsen an insgesamt vier Tagen gibt, betrachten wir als einen Anachronismus. Niemandem darf das Beten, aber auch niemandem das Tanzen untersagt werden.

Wir fordern:

- Abschaffung des Buß- und Bettags, des Reformationstags und Himmelfahrtstags als gesetzliche Feiertage und Einführung säkularer gesetzlicher Feiertage, z. B. des 08. Mai als Tag der Befreiung, des 8. März als Internationaler Frauentag und des 10. Dezember als Tag der Menschenrechte
- Abschaffung des Tanzverbots
- Ende der Kirchenfinanzierung durch den Staat. Das heißt unter anderem: Erhöhung der Verwaltungsgebühren für die Einziehung der Kirchensteuer sowie der Kappungsgrenze
- Perspektivisch: Gänzliche Einstellung der Staatsleistungen an die Kirchen
- Finanzierung der Ausbildung und Beschäftigung ihrer Angestellten durch die Kirche selbst
- Kündigung des Staatsvertrags mit den Neuverhandlung bis zu den nötigen Veränderungen auf Bundesebene
- Kostenlose Austrittsberechtigung für jedes Kirchenmitglied
- Kirchenmitglied kann man nur auf eigenen Wunsch werden und nicht durch Entscheidung anderer wie bei der Taufe
- Gleiches Arbeitsrecht, Streikrecht und Diskriminierungsschutz für Kirchenangestellte

- Einstellung jeder staatlichen Unterstützung für religiöse Projekte, wenn diese bestimmte Vorgaben nicht erfüllen
- Abschaffung einer an ein Alter gebundenen Religionsmündigkeit
- Abschaffung des Studiums der Theologie
- Abschaffung von Religionsbeauftragten

14. Innere Sicherheit

Polizei – (k)ein_e Freund_in und Helfer_in?

Dass die Polizei ein hohes Ansehen in großen Teilen der Bevölkerung genießt sagt mehr über das Obrigkeitsdenken der Bevölkerung als über das tadellose Verhalten der Polizei aus.

Ihre interne Struktur ist stark hierarchisiert, neue Anwärter_innen werden auf den vorherrschenden Korpsgeist eingeschworen und augenscheinlich primär bei linken Demonstrat_innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Armen und Menschen, die optisch nicht ins bürgerlich-hegemoniale Weltbild passen auf ein an Carl Schmitt erinnerndes Freund-Feind Denken eingeschworen.

Die Polizei sollte primär dafür da sein, die konstitutionell verbrieften Grundrechte aller Menschen zu schützen, sei es das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Entfaltung der Persönlichkeit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder die Freiheitsrechte.

Haut mir also jemand eine runter, klaut mein Fahrrad oder zwingt mich dazu, Dinge zu tun, die ich nicht möchte liegt es an der Polizei, dies zu unterbinden. Was passiert aber, wenn es die Polizei selbst ist, die mich mit Pfefferspray angreift, mir in einer nächtlichen Razzia meinen Laptop oder mein Dope stiehlt oder mich dazu zwingt, stundenlang unfreiwillig im Polizeikessel zu verbringen?

Im besten Fall kommt man nur mit dem im wahrsten Sinne des Wortes blauen Auge davon, im schlechteren Fall wird man zur Täter_in stilisiert und bekommt noch eine Anzeige reingedrückt. Anzeigen kann ich das Ganze dann – und hier zeigt sich die ungewollte Komik – bei den Kolleg_innen der Täter_innen. Meist ist dies jedoch sowieso nur eine Anzeige gegen unbekannt, zur Strafverfolgung kommt es häufig erst gar nicht. Wir fordern daher eine unabhängige und durch Exekutivrechte handlungsfähige Kontrollinstanz, die übergriffigen Verhalten der Polizei ermitteln und Sanktionen verhängen kann!

Während im Versammlungsrecht ziemlich genau geregelt ist, mit welcher Art der Gesichtsbekleidung man auf Demos rumzulaufen hat, ist der größte gewaltbereite und verummte Schwarze Block regelmäßig die Bereitschaftspolizei. In der Berichterstattung der Polizei ist davon selten die Rede. Leider wird auch die häufig hochemotionalisierte Social-Media-Arbeit der Polizei immer wieder mit serösem Journalismus verwechselt, während seriöser Recherche-Journalismus immer wieder von der Polizei behindert oder unterbunden wird, was, wie der G20-Gipfel in Hamburg zeigt, auch systematische Züge annehmen kann. Wir fordern also eine Kennzeichnungspflicht für Polizist_innen, objektive Berichterstattung und eine Gewährleistung unabhängiger Berichterstattung.

Auch ist es nicht hinnehmbar, dass sich die Polizei bewusst oder unbewusst zum verlängerten Arm von besorgten Wutbürger_innen und dem komischen, vielbeschworenen und sich in Deutschland regelmäßig rassistisch ausnehmenden „subjektiven Sicherheitsempfinden“ macht. Bereits in der Ausbildung muss verstärkt gegen rechtes Gedankengut vorgegangen werden und es bedarf regelmäßiger interner Überprüfungen und Schulungen des Demokratieverständnisses – auch zum Wohle der Polizist_innen, die sich strukturellem Rassismus, Sexismus und rechtem Gedankengut innerhalb der Polizei entgegenstellen. Gegen Racial Profiling und archaisches Rumgemackere der Polizei, dann klappt das auch mit dem Freund_in und Helfer_in-Image!

Mehr Durchsuchungsbefugnisse, Maschinengewehre, Handgranaten, das systematische, verdachtsunabhängige Erfassen von Kommunikationsdaten, geheime Kontrollbereiche, Gesichtserkennungssoftware im öffentlichen Raum und Überwachung von Journalist_innen sind nur einige Auszüge aus dem geplanten sächsischen Polizeigesetz, das pünktlich zum Wahlkampfjahr 2019 dem hysterischen Sicherheitsgeheiß der AfD Rechnung tragen soll. Sachsen steht damit nicht alleine, in ganz Deutschland lässt sich eine zunehmende Militarisierung und Befugnisserweiterung der Polizei erkennen, die im Zuge der 2018 in Kraft getretenen EU-Datenschutzverordnung durchgesetzt werden. Wir sehen darin vor allem einen Angriff auf unsere Grundrechte und stellen uns klar gegen neue Polizeiaufgabengesetze, die die ebenjenen rechtfertigen!

Verfassung schützen – Verfassungsschutz abschaffen!

Nicht nur, aber gerade bei der lange Zeit unaufgeklärten rechten Terror- und Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zeigt sich, dass der Verfassungsschutz als Institution versagt. Von merkwürdigen Hufeisen- und Extremismustheorien, durch die sich der Verfassungsschutz in einigen Bundesländern nicht einmal dafür zu dumm ist, ganze Landesverbände der linksjugend [‘solid] zu beobachten ganz zu schweigen.

Rechts- und „Linksextremismus“ sind eben keine zwei Ränder einer angeblich gemäßigten Mitte, die es so in Deutschland nicht gibt und nie gegeben hat. Linksradikale kämpfen in vielen Fällen für eine emanzipatorische und egalitäre Freiheit aller Menschen, ungeachtet der Herkunft, des Genders, dem Einkommen oder der sexuellen Orientierung, während diese potentielle Freiheit Rechtsradikalen gänzlich verhasst ist. Damit haben sie deutlich mehr mit dem bürgerlich-rechten Spektrum gemein als mit linken Aktivist_innen und Initiativen. Der Verfassungsschutz dient dem Schutz einer bürgerlich-konservativen Gesellschaft, die es zu überwinden gilt. Einen echten Schutz der in der Verfassung verbrieften Grundrechte bietet er dabei nicht an. Im Gegenteil: mehrfach wurde dabei öffentlich, dass terroristische Strukturen durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und von ihnen engagierte V-Leute erst aufgebaut und handlungsfähig gemacht wurden. ~~Gleichzeitig~~ Der Verfassungsschutz behindert oder verhindert er die effektive Bekämpfung rechten Gedankengutes und rechter Gewalt. Der NSU hätte seinen Terror ohne ein staatlich alimentiertes Netzwerk aus teilweise dem Verfassungsschutz unterstellten Mittäter_innen nicht in der Form und über die Zeit aufrechterhalten können. Dass im Nachgang der Aufdeckung der NSU-Verbrechen die Aufarbeitung durch Aktenvernichtung durch den Verfassungsschutz teilweise verunmöglicht, vor allem aber massiv behindert worden ist, ist eine Farce!

Der Verfassungsschutz ist nicht reformierbar und gehört abgeschafft! Ein gesamtgesellschaftliches Zurückdrängen rechtsradikalen Gedankengutes und ebensolcher Gewalt funktioniert nur durch mündige Bürger_innen, die sich dem rechten Mob im Kleinen und Großen entgegenstellen. Statt Unsummen in den Verfassungsschutz zu stecken muss der Staat in die Pflicht genommen werden, lokalen, landes- und bundesweiten sowie inter- und transnationalen Akteur_innen, die sich gegen Rassismus, Sexismus, Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Unterstützung zukommen zu lassen.

Entknastung – echte Resozialisierung statt Isolation

Entknastung bezeichnet den Rückbau von Gefängnissen in der Gesellschaft und beruht auf der Forderung, die Selbstverständlichkeit und Angemessenheit der Haft als Mittel der Bestrafung zu hinterfragen.

Trotz aller Bemühungen von Resozialisierung sind die Rückfallquoten alarmierend. Das Konzept der Resozialisierung im Gefängnis wird weit verfehlt. Es mangelt an geschultem Personal, das sich den Problemen der Inhaftierten annehmen kann. Mehr noch, beruht das gesamte System des Knast auf

Gewalt, Hierarchie und Unterwerfung. Wie sollen mündige und gewaltfreie Menschen geformt werden, wenn sie täglich im Gefängnis entmündigt werden und Gewalt erleben? Wie soll der Wert menschlicher Existenz gelehrt werden, wenn man tagtäglich Schikane ausgesetzt ist und für seine Arbeit weder Wertschätzung noch angemessene monetäre Entlohnung erhält?

Auch zeigt ein Blick auf die Population in Gefängnissen, dass vor allem Armut und Marginalisierung dazu führen, im Gefängnis zu sitzen. Natürlich treibt Armut nicht zwangsläufig in die Kriminalität, jedoch ist es für arme Menschen ungleich schwerer, einer Haftstrafe zu entgehen – seien es horrenden Anwaltskosten oder der Zwang der Ersatzfreiheitsstrafe wenn man sich das Begleichen von Rechnungen nicht leisten kann – es muss also sich also zwingend die Interdependenzen zwischen Armut und Knast vor Augen gerufen werden.

Es ist klar, dass es Verbrechen gibt, die eine Sanktion erfordern. Ob das Gefängnis aber das richtige Mittel dafür ist, gehört breit diskutiert, wofür die gesellschaftlich äußerst konsensuale Notwendigkeit in Frage gestellt werden muss. Haftstrafen für so konstruierte Verbrechen wie Schwarzfahren oder Verletzung der Aufenthaltspflicht von Geflüchteten und Geduldeten gehören abgeschafft. Solange es noch Gefängnisse gibt, müssen Rechte wie die Berufs- und Ausbildungsfreiheit, die gewerkschaftliche Organisation und das Recht auf körperliche Unversehrtheit gewährt werden. Und in letzter Konsequenz muss die Utopie der Entknastung Wirklichkeit werden!

Kann dir doch egal sein, wo ich rumrenne

Ein Einkauf im Supermarkt – festgehalten auf Video. Eine Fahrt im Bus – festgehalten auf Video. Ein gemütliches Sit-In auf dem Marktplatz – festgehalten auf Video.

Es erschreckt, wie sehr die Freiheit, sich ohne Überwachung von A nach B zu bewegen zugunsten angeblich sonst nicht gewährleistender Sicherheit ausgehebelt wird. Dabei ist die in sogenannten „Problembezirken“ teilweise schon flächendeckende Kameraüberwachung nur die Spitze des Eisbergs. Möglichkeiten, Bürger_innen zu überwachen gibt es zuhauf und werden durch den technischen Fortschritt immer mannigfaltiger. Sei es der in der Erprobung befindliche Gesichtserkennungsscanner am Berliner Südkreuz oder immer neue Versuche der Vorratsdatenspeicherung, die Überwachung wird für Polizei und Behörden immer einfacher.

Wir stellen uns dabei ganz klar gegen die bürgerliche Argumentation, dass es Menschen, die sich nichts zuschulden kommen lassen doch egal sein könnte, überwacht zu werden. Weder Roland Wöllner noch Horst Seehofer geht es etwas an, wo du oder – wie geschehen – Fans der BSG Chemie Leipzig hingehen. Wir fordern einen massiven Abbau von Überwachungstechnik im öffentlichen Raum, eine Einstellung der Überwachung von linken Aktivist_innen oder Vereinigungen und eine Löschung aller ohne Einwilligung gespeicherten personenbezogenen Daten – egal ob von Behörde oder Unternehmen! Menschen sind keine Objekte im Staat. Es widerspricht der Menschenwürde, und es ist nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, dass der Staat sich herausnimmt, Menschen zwangsweise in ihrer Persönlichkeit zu erfassen und zu katalogisieren.

Gegen Idiotie!

Dass wir keine Lust auf Neonazis aller Couleur haben, lässt sich dank des Antifa-Kapitels bereits erahnen. Dass diese auch immer wieder das Thema innere Sicherheit tangieren zeigt in jüngerer Vergangenheit nicht nur der Polizistenmord des Reichsbürgers Adrian Ursache, sondern auch das vermehrte Veranstalten kommerzieller Neonazifestivals unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit wie in Ostritz oder Thamar.

Um mit der immer weiter steigenden Zahl von Menschen, die die Bundesrepublik und ihre Gesetze nicht anerkennen, sondern sich auf Grenzen von anno dunnemals (wahlweise mit Böhmen, Preußen,

Elsass-Lothringen oder allem zusammen im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nationen) und die Haager Landkriegsordnung berufen und felsenfest überzeugt sind, Deutschland sei von den Alliierten besetzt umzugehen bedarf es einer umfassenden Beschäftigung der Innenpolitik mit dem Thema. Dass es sich nicht bei allen um harmlose verkauzte Querulant_innen handelt zeigt unter anderem die erschreckende Regelmäßigkeit von Waffenfunden und NS-Devotionalien bei Reichsbürger_innen, Angriffen auf Polizist_innen und der exekutiven Selbstermächtigung in Form des „Deutschen Polizeihilfswerks“ im Kreis Meißen. Wir brauchen neben stärkerer politischer Bildung und der Entmystifizierung der Reichsbürger_innenideologie auch eine Gesellschaft, die Reichsbürger_innen als das bezeichnet was sie sind: Ewigvorgestrigte Klemmnazis.

Themar und Ostritz haben eindrucksvoll gezeigt, dass es auch in der tiefsten ostdeutschen Provinz Kommunalpolitiker_innen und Kommunen gibt, die keine Lust darauf haben, sich von Neonazis, die kommerzielle Festivals ausrichten vorführen zu lassen. Übereifrige Richter_innen aber machten dem Verbot der Ausrichtung eines solchen Festivals unter dem Deckmantel einer politischen Versammlung einen Strich durch die Rechnung – und zwangen somit Leuten, die absolut keinen Bock auf Neonazis hatten die Anwesenheit von tausenden besoffener und gewaltbereiter Neonazis auf. Gleichzeitig sind viele Behörden groß in der Kriminalisierung und Benachteiligung linken Protests, wie die immer wieder erfolgte Priorisierung von PEGIDA-Protesten in Dresden, der Kriminalisierung von Sitzblockaden bei LEGIDA oder der G20 Proteste in Hamburg. Wir fordern ein angewandtes Versammlungsrecht, das Versammlungen schützt und nicht im Vorhinein kriminalisiert – und das kommerzielle Neonazifestivals nicht unter dem Deckmantel der Versammlung und all ihrer Vorteile erlaubt!

Wir fordern:

- Keine Nazis in Polizeiuniformen! Mehr demokratische Bildung für Polizist_innen
- Korpsgeist brechen – für eine unabhängige und handlungsfähige Meldestelle bei repressiver Gewalt!
- „Nummer 161 hat mich geschlagen“ – für eine Kennzeichnungspflicht von Polizist_innen
- Eine objektive Berichterstattung über polizeiliches Handeln
- Menschen aller Ethnien machen Quatsch – Verbot von Racial Profiling!
- Für ein Verbot von Pfefferspray und anderen chemischen Kampfstoffen!
- Objektiv kommt besser – für eine Abkehr vom blödsinnigen Berufen auf „subjektive Sicherheit“
- Gegen jedes neue, schärfere Polizeiaufgabengesetz!
- Verfassung schützen – Verfassungsschutz abschaffen!
- Gegen Ersatzfreiheitsstrafen, gegen Gewalt im Knast, gegen Schikane, Bevormundung, Zwangsarbeit und Entrechtung – in letzter Konsequenz Knäste abschaffen!
- Freiheit stirbt mit Sicherheit – gegen Überwachung des öffentlichen Raums in allen Formen!
- Meine Daten, meine Entscheidung – Verbot der unfreiwilligen Speicherung personenbezogener Daten durch Behörde, Unternehmen und andere!
- Reichsbürger_innen das Wasser abgraben – ideologisch und praktisch!
- Gegen die Kriminalisierung und Verunmöglichung linken Protests!
- Keine kommerziellen Neonazifestivals unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit!

15. Gesundheitspolitik

Krankenkassen

Gesund zu sein ist mehr, als die bloße Abwesenheit von Krankheit. Gesundheit bedeutet Selbstbestimmung, Gesundheitspolitik muss feministisch und sozial sein. Damit trägt der Staat eine große Verantwortung bei der Verwaltung des Gesundheitssektors und der Verteilung von entsprechenden Ressourcen.

Aktuell herrscht in Deutschland die gern zitierte Zwei-Klassen-Medizin. Versicherte mit höherem Einkommen können sich in einer Privatversicherung versichern, damit entgehen den gesetzlichen Krankenversicherungen, die nach dem Solidaritätsprinzip agieren, wichtige Mitgliedsbeiträge. Zudem tragen aktuell Arbeitnehmer*innen einen deutlich höheren Anteil am eigentlich paritätisch finanzierten Mitgliedsbeitrag.

Wir fordern daher die Abschaffung von Privatversicherungen und die Einführung einer solidarischen Krankenversicherung, in der auch Menschen ohne festen Wohnsitz oder ohne gesicherten Aufenthaltsstatus versichert sind. Es gilt, das paritätische Einzahlungssystem wieder herzustellen.

Chronisch erkrankte Menschen sind auf verschreibungspflichtige Medikamente angewiesen. Auf viele Medikamente werden Zuzahlungen erhoben, die von den Versicherten selbst getragen werden müssen. Damit liegt nicht nur die Last der Krankheit, sondern auch die finanzielle Last auf den Schultern der Patient*innen. Selbst Brillen, Kontaktlinsen und Verhütungsmittel müssen häufig selbst getragen werden. Vollkommen unverständlich ist demgegenüber, dass Hokusfokus mit reinem Placebo-Effekt wie Homöopathie durch Krankenkassen übernommen wird. Krankenkassenleistungen müssen sinnvoller und relevant gestaltet werden.

Krankenhäuser

Wir fordern das Ende der fortschreitenden Privatisierung von Kliniken und Apotheken. Privatisierung verursacht letztlich Profitorientierung, wodurch mehr Kliniken geschlossen werden. Dies führt unweigerlich zur schlechteren Versorgung der Patient*innen. Gesundheitseinrichtungen gehören in die öffentliche Hand. Zugleich brauchen wir mehr qualifiziertes Personal in Kliniken und in Pflegeheimen. Zu wenig und unzureichend ausgebildetes Personal macht krank - sowohl Patient*innen als auch das Personal selbst. Die Arbeitswochenstunden in Kliniken und Pflegeheimen sollten bei gleicher Bezahlung dringend gekürzt werden! Überstunden gehören in Kliniken und Pflegeheimen häufig „zum guten Ton“, dabei besteht neben der Verantwortung für Menschenleben zusätzliche Belastung durch Bürokratisierung. Gesundheit ist keine Ware - entziehen wir die Gesundheitsversorgung der kapitalistischen Verwertungslogik!

Der Berufsstand der Hebamme bzw. des Entbindungspflegers ist akut gefährdet. Wir zeigen uns solidarisch und fordern die Deckelung der enorm hohen Haftpflichtversicherung (aktuell etwa 7000 €). Eine flächendeckende Versorgung von Entbindungsstationen mit entsprechendem Personal muss endlich gewährleistet werden.

Wir setzen uns für eine bessere Bezahlung und stärkere Unterstützung von allen Gesundheits- und Heilberufen ein. Dazu gehören auch Logopäd*innen, Ergotherapeuti*innen und Physiotherapeuti*innen, deren Ausbildung gebührenfrei sein muss.

Ambulanter Sektor

Es gibt (k)ein krankes Hinterland. Landärzt*innenpraxen sterben aus, Allgemeinmediziner*innen suchen vergeblich nach Nachwuchs, Fachärzt*innen sind 50 km entfernt und bieten Termine erst in 6 Monaten an.

Wir brauchen endlich auch im ambulanten Gesundheitssektor flexible Arbeitsmodelle mit mehr Teilzeit, mehr Gemeinschaftspraxen, mehr medizinischen Versorgungszentren, um die Arbeit in der Pampa attraktiv zu machen.

Zudem müssen Wartezeiten auf einen Termin bei Fachärzt*innen dringend verkürzt werden, vor allem im Bereich der Psychiatrie und Psychotherapie ist dies lebenswichtig. Dies lässt sich zum einen durch Nachwuchsförderung als auch durch Terminvergabe nach Dringlichkeit realisieren.

Außerdem muss nicht jedes Pflaster vom Facharzt aufgeklebt werden. Wir fordern mehr Kompetenzen für Gesundheits- und Krankenpfleger*innen in den Praxen. Auch die Förderung von Telemedizin, also Konsultation einer Ärztin via Videotelefonie, kann eine sinnvolle Ergänzung sein, sodass Hausbesuche durch Gesundheits- und Krankenpfleger*innen absolviert werden können.

Schwangerschaftsabbrüche

Der Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft ist in Deutschland rechtswidrig und wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr bestraft. Nur unter bestimmten Voraussetzungen sind Schwangerschaftsabbrüche für die Frau und die zuständigen Ärzt*innen straffrei, diese sind im Paragraph 218 im Strafgesetzbuch aufgelistet. Dazu zählt beispielsweise, dass die Betroffene ein Beratungsgespräch in einer anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle wahrnehmen muss. Mitunter kann es vor allem in ländlichen Gebieten schwierig sein, einen Termin für eine Konfliktberatung zu bekommen, außerdem berichten viele Betroffene von psychischem Druck während des Gespräches, da die Beratenden gesetzlich verpflichtet sind, den Schutz des ungeborenen Lebens hervorzuheben. Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch aus welchem Grund auch immer wünschen, befinden sich bereits in einer psychischen Ausnahmesituation und bedürfen anstelle von Stigmatisierung ein wirkliches ergebnisoffenes Beratungsgespräch. Auf der anderen Seite ist es Ärzt*innen gesetzlich verboten, einen Schwangerschaftsabbruch als Teil einer medizinischen Leistung beispielsweise auf ihrer Website anzubieten. Auch fachliche Informationen wie die allgemeine Durchführung eines solchen Abbruchs dürfen nicht preisgegeben werden – angeblich handele es sich dabei um „Werbung“. Wir fordern, dass Frauen selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden dürfen und uneingeschränkt Zugang zu medizinischen Informationen erhalten.

Deshalb: weg mit Paragraph 218 und 219!

Wir fordern

- Klassenkampf statt Kassenkampf: Gesetzliche Krankenversicherung für alle!
- Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente abschaffen
- Kein Hokuspokus mit meinen Beiträgen: Homöopathie darf keine Kassenleistung sein
- Privatisierung von Apotheken und Krankenhäusern stoppen
- Mehr Personal im Gesundheitssektor. Jetzt!
- Rettet die Entbindungspflege!
- Gesund in der Pampa - Ausbau der ambulanten Gesundheitsversorgung
- „Lebensschütz“ mich am Arsch – weg mit §219a!

16. Digitalisierung und Datenschutz

Big brother is watching you

Internet und Smartphones haben Einzug in den Alltag nahezu der gesamten Bevölkerung gehalten, was dazu führt, dass sich öffentliches Leben zunehmend darin abspielt. Dazu gehören politische Debatten in sozialen Netzwerken, Mobi-Aufrufe zu Demos, Instant Messaging Dienste und Kulturschaffende, die ihre Inhalte einfach und schnell verbreiten können. Das Internet ist aber auch zu einem Raum der staatlichen Überwachung geworden, denn durch seine Benutzung ist es so einfach wie noch nie zu vor für Behörden, die Bevölkerung auszuspähen.

Ein Beispiel dafür ist der sogenannte Bundestrojaner, der es den Kriminalämtern und der Polizei ermöglicht, den gesamten Inhalt der Massenspeichermedien auf den infizierten Rechnern auszulesen, um die gesammelten Informationen strafrechtlich zu verwerten.

Nicht zu vergessen ist auch das immer häufiger zum Einsatz kommende Mittel der Funkzellenabfrage, mit dem die Verbindungsdaten aller Menschen, die sich zum Zeitpunkt der Abfrage in der jeweiligen Funkzelle mit ihrem Mobiltelefon befinden, gespeichert und ausgewertet werden. Diese Mittel kommt häufig bei Demonstrationen zum Einsatz, um vermeintliche Beteiligte an Straftaten zu identifizieren. Dass dabei auch hunderttausende Verbindungsdaten von Bürger*innen mit gespeichert und ausgewertet werden, die nicht im Begriff sind, eine Straftat zu begehen, wird von den Behörden billigend in Kauf genommen.

Darüber, dass Geheim- und Nachrichtendienste unsere Internetaktivitäten, wie versendete Emails, geführte Telefongespräche, Aktivitäten in sozialen Netzwerken und unsere Suchanfragen ohne öffentliche Kontrolle massenhaft speichern und analysieren, wurde vor den Enthüllungen Edward Snowdens nur gemutmaßt, ist nun aber belegt. Die Mitwisserschaft und tatkräftige Hilfe des BND beim Ausspähen durch die NSA ist hierbei in besonderer Weise hervorzuheben. Auch die immer neuen Vorstöße zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung, mit der Internetanbieter verpflichtet würden, alle Verbindungsdaten der Nutzer*innen zu speichern, sind in diesem Zuge nicht außer Acht zu lassen.

Nicht nur, dass derartige staatliche Überwachungsmaßnahmen und die daraus resultierende Speicherung sehr intimer Informationen das Sicherheitsrisiko kriminellen Missbrauchs mit sich bringen. Sie schaden darüber hinaus auch einer liberalen Gesellschaft, indem sie das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und Privatsphäre massiv einschränken und es dem Staat und seinen Behörden so prinzipiell ermöglichen, persönliche Profile von uns Bürger*innen zu erstellen. Wir fordern daher ein Verbot, dass den staatlichen Einsatz von Spionagesoftware jeglicher Art unterbindet. Darüber hinaus lehnen wir die Einführung der Vorratsdatenspeicherung und den Einsatz von Funkzellenabfragen im Zuge politischer Veranstaltungen grundlegend ab. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Befugnisse des parlamentarischen Kontrollgremiums, dessen Aufgabe es ist, die deutschen Geheim- und Nachrichtendienste zu kontrollieren, ausgebaut werden, um so eine umfassende und demokratische Kontrolle jener zu ermöglichen.

Für eine liberale Demokratie ist es unabdingbar, dass sich Bürger*innen zu Themen informieren, über Themen diskutieren und sich zu Protesten organisieren können, ohne dabei das Gefühl zu bekommen, überwacht zu werden. Dies gilt insbesondere auch für den digitalen Raum.

"Ich hab doch nichts zu verbergen!"

Mit einem Account in einem sozialen Netzwerk oder einem Email-Dienst, beim Online-Shopping oder auch bei der Benutzung von Instant Messaging Diensten geben wir intime Informationen über uns preis. Dazu gehören unsere Adresse, unser Bewegungsprofil, unser Beziehungsnetz und Informationen über unsere politischen Aktivitäten. Wenn wir im Internet wieder einmal die AGB eines sozialen Netzwerkes oder die einer Suchmaschine akzeptieren, ohne vorher auch nur einen Blick darauf geworfen zu haben, haben wir wieder ein Stück mehr den Blick dafür verloren, wer unsere Daten speichert, analysiert und an wen sie weitergegeben werden. Zwar sind Unternehmen, die personenbezogene Daten erheben, mit der im Mai 2018 endgültig in Kraft getretenen Datenschutzgrundverordnung dazu verpflichtet, Auskunft über den Umfang, die Speicherung, die Verwendung und die Weitergabe der Daten

an Dritte zu geben. Auch haben Nutzer*innen nun das Recht diesbezüglich Widerspruch einzulegen. Die Dimension des massenhaften Erfassens und der Analyse der eigenen personenbezogenen Daten ist jedoch bei Weitem nicht allen Nutzer*innen bewusst. Außerdem ist eine Nutzung der jeweiligen Dienste ohne Zustimmung der AGB meist auch gar nicht möglich. Deshalb sind wir dafür, dass die nutzerseitigen Möglichkeiten, selbst bestimmen zu können, was mit den eigenen Daten geschieht, ausgebaut werden.

Die Zusammenführung von Datensätzen ermöglicht eine noch umfassendere Profilbildung der Internetnutzer*innen. Kauft zum Beispiel ein Social Media Konzern (Facebook) einen Instant Messaging Dienst (WhatsApp), so bekommt er die Möglichkeit, die Datensätze zusammenzuführen und kann so ein noch besseres Profil von seinen Nutzer*innen erstellen. Deshalb fordern wir, dass weder Unternehmen noch staatliche Institutionen, die Zugriff auf mehrere Datenbanken mit personenbezogenen Informationen haben, diese zusammenführen dürfen, um so einer noch stärkeren und genaueren Profilierung entgegenzuwirken. Des Weiteren fordern wir Aufklärungsarbeit, bezüglich der Verwendung von Cookies, sodass Internetnutzer*innen die Dimension des websiteübergreifenden Trackings verstehen und selbstständig dagegen agieren können. Wir finden zudem, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in das Grundgesetz aufgenommen werden muss.

Die NSA-Affäre hat gezeigt, dass Geheim- und Nachrichtendienste Zugriff unsere gesamte Kommunikation im Internet haben. Nun kann aber der Kommunikationsfluss von Behörden jedoch nur mitgelesen und ausgewertet werden, wenn er nicht verschlüsselt wird. Sind die ausgetauschten Informationen beispielsweise mit dem RSA-Kryptosystem¹ verschlüsselt worden, so ist es nahezu unmöglich die übertragenen Informationen mitzulesen. Verschlüsselung ist also ein zentrales Element der informationellen Selbstbestimmung, unter der das Recht verstanden wird, selbst über die Preisgabe und den Gebrauch der eigenen personenbezogenen Daten zu bestimmen. Wir setzen uns deshalb für eine umfassende Bildungsarbeit ein, die Internetnutzer*innen zeigt, wie sie Verschlüsselungsmethoden in ihren digitalen Alltag effektiv integrieren können. Denn mal ganz im Ernst: so schwer ist es wirklich nicht.

Mit dem Recht auf digitale Selbstbestimmung kommt auch das Recht im Internet anonym zu bleiben. Deshalb fordern wir, dass Betreibern von Diensten, die die Identität im Internet verhüllen, wie Tor² es tut, keine strafrechtliche Verfolgung für den durch diese Dienste entstehenden Internetverkehr droht. Dienste wie Tor bieten effektiven Schutz der eigenen Identität, auf den gerade Menschen, die in Diktaturen leben und/oder verfolgt werden, sehr stark angewiesen sind. Das Bereitstellen und Betreiben derartiger Dienste ist also gelebte Solidarität und muss in jedem Fall frei von staatlichen Repressionen sein.

Billiger Cyber aus der Dose und dazu etwas Kabelsalat

Gerade für junge Menschen, die mit digitaler Telekommunikation aufwachsen, sind das Internet und soziale Netzwerke Freiräume, indem sie sich kreativ entfalten, sich mit ihren Freunden vernetzen, sich selbstständig weiterbilden oder einfach nur ihre Freizeit verbringen können. Deshalb muss die Förderung der Medienkompetenz und das technische Verständnis der von jungen Menschen benutzten Technologien integraler Bestandteil der Lehrplaninhalte an Schulen sein.

Derzeitige Lehrpläne sind auf den Umgang mit kommerzieller Software, die für den Berufsalltag nützlich sein könnte, sowie teilweise auf Fertigkeiten wie das Programmieren und den Umgang mit Datenbanken beschränkt. Es fehlt in den Schulen ein umfassender Blick auf die Technologien, die Schüler*innen tagtäglich benutzen. Dieser ist aber notwendig, damit sie selbstständig in der Lage sind, die gesellschaftlichen Auswirkungen, die diese Technologien mit sich bringen, abzuschätzen und den Einfluss, den diese auf sie haben, zu reflektieren. Es gibt nahezu keinen Bereich in dem Computer nicht

¹ <http://gleft.de/2q7>

² <https://www.torproject.org>

bereits Einzug gehalten haben. Deshalb dürfen digitale Technologien nicht losgelöst von Gesellschaft und Politik und auf einer ausschließlich technischen Ebene betrachtet werden, sondern müssen fächerübergreifend diskutiert werden.

Weil es dafür nicht reicht, in jedes Klassenzimmer eine digitale Tafel zu stellen und dabei die Lehrer*innen mit der neuen Technologie und deren Integration in den Schulunterricht allein zu lassen, müssen die Ausbildung der angehenden Lehrkräfte entsprechend angepasst, sowie die Fortbildungsmöglichkeiten für bestehende Lehrkräfte ausgebaut werden. Gerade weil sich Technologien im Internet mit hohem Tempo entwickeln, ist eine entsprechende Lehrer*innenbildung für eine zeitgemäße Schulbildung unbedingt notwendig.

Außerdem darf die bessere technische Ausstattung der Schulen, gerade was die Breitbandanbindung im ländlichen Raum und die Ausrüstung mit modernen Geräten anbelangt, nicht vernachlässigt werden. Dass bei der Ausstattung keine kommerzielle, sondern open source Software zum Einsatz kommen muss, ist für uns selbstverständlich.

Das Schulprojekt "Chaos macht Schule"³ ist in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel für die Vermittlung von Medienkompetenz und sollte gefördert werden.

Für ein Internet, indem wir gut und gerne leben

Über das Internet organisieren Menschen Proteste, vernetzen sich, kommunizieren miteinander, Wissenschaftler*innen teilen gewonnene Erkenntnisse und Künstler*innen verbreiten ihre Inhalte, die wiederum von Nutzer*innen genossen werden. Es ist also zu einem Raum geworden, der in sozialer, wissenschaftlicher und kultureller Hinsicht bereichert.

Ein fehlender Zugang zum Internet, z.B. aufgrund von fehlenden Breitbandverbindungen, schließt Menschen von der kulturellen und politischen Teilhabe aus. Weil, wie der Bundesgerichtshof urteilte, der Zugang zum Internet ein Grundrecht ist, muss der Breitbandausbau vor allem in ländlichen, noch unerschlossenen Gebieten massiv beschleunigt werden, auch wenn der Ausbau für die Netzbetreiber nicht profitabel ist.

Werden mit öffentlichen Geldern Studien finanziert oder Daten erhoben, die die Allgemeinheit betreffen, wie zum Beispiel Umweltdaten, Karten, Satellitenbilder oder meteorologische Daten sollten diese frei zur Verfügung stehen strukturiert und maschinenlesbar sein, damit eine Weiterverarbeitung der Daten möglich ist.

Wir fordern:

- Verbot staatlicher Überwachungssoftware
- Ausweitung der Kompetenzen des parlamentarischen Kontrollgremiums
- Profiling im Netz verhindern
- Aufklärungsarbeit bzgl. Datenschutz und Internetsicherheit
- rechtlichen Schutz für die Betreiber*innen von Tor Exit Nodes
- Förderung der Lehrkräfte in Bezug auf digitale Technologien
- ausschließliche Nutzung von Open Source Software an Schulen
- bessere technische Ausstattung der Schulen
- Beschleunigung des Breitbandausbaus
- Etablierung von Open Data in Behörden

17. Umweltpolitik

³ <https://www.ccc.de/schule>

Genauso wie die Menschen leidet auch die Umwelt unter der kapitalistischen Verwertung. Die Forderung nach einem schönen Leben für Alle kann nur Realität werden, wenn wir die Zusammenhänge zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Zustand der Umwelt aufdecken. Die Folgen dieser Form des Wirtschaftens gefährden uns Alle, die Profite kommen jedoch nur wenigen zu Gute. Heute schon spüren wir die Folgen der Umweltzerstörung. Global betrachtet treffen die Folgen von Klimawandel und Biodiversitätsverlust vor allem Menschen ohne finanzielles Kapital. Es sind jene die aufgrund der sozialen Verhältnisse in denen sie Leben von einer intakten Biosphäre abhängen. Der globale Süden ist somit stärker betroffen als der Norden, Frauen stärker als Männer und Arme stärker als Reiche. Die Frage nach dem Schutz der Umwelt ist dadurch eine Verteilungsfrage. Wir wollen dies nicht länger akzeptieren und stehen für eine Umweltpolitik, die zeigt, dass der menschengemachte Klimawandel, der schonungslose Abbau von Ressourcen, der Rückgang der biologischen Vielfalt und eine umweltschädliche Produktionsweise nicht alternativlos sind. Gesundheit und Nachhaltigkeit sind für uns weder Luxus noch Privileg, sie sind eine Notwendigkeit.

Landwirtschaft

Die nicht nachhaltige Landwirtschaft in Deutschland gefährdet Mensch und Natur. Sie ist Hauptverursacher von Nitratbelastungen im Grundwasser und fast die Hälfte des gesamten Feinstaubes in Deutschland geht auf die Landwirtschaft zurück. Durch Intensiv-Wirtschaft und Habitatzerschneidung ist sie außerdem ein wesentlicher Grund für das Artensterben.

Wir fordern deshalb die konsequente Einhaltung der Richtwerte für Stickstoffeinträgen. Gegen das Artensterben setzen wir auf eine Reduktion von Pestiziden und fordern nachweislich gesundheits- und umweltschädliche Pestizide zu ersetzen. Die Neuzulassung von für Bestäuber toxischen Pestiziden lehnen wir ab. Des weiteren stellen wir uns gegen eine Subventionspolitik für die Landwirtschaft und setzen uns für konsequente Sanktionierung von gesundheits- und umweltschädlichen Methoden ein. Ökologische und gesunde Produkte sind keine Frage des Geldbeutels: Wir wollen ökologische Produkte für Alle! Es kann nicht in unserem Interesse sein, wenn Produkte mit ökologischen Standards nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zur Verfügung stehen und diese mit konventionellen Produkten konkurrieren. Ökologische Standards müssen vielmehr auch Einzug in die Produktion konventioneller Lebensmittel finden, damit Menschen und Natur effektiv geschützt werden können. Das alternative Konzept der solidarischen Landwirtschaft unterstützen wir und wollen dieses aktiv bewerben und finanziell unterstützen.

Die Landwirtschaft lebt heute von Subventionen, diese werden jedoch häufig direkt an die Landeigentümer_innen durchgegeben und kommen den Landwirt_innen somit nur selten zugute. Gegen die horrenden Preise für landwirtschaftliches Land und die Akkumulation von Land in Großbetrieben fordern wir deshalb die Rekommunalisierung und bevorzugte Verpachtung an Jungbäuer_innen. Für uns gilt: Eigentum verpflichtet. Wer landwirtschaftliches Land besitzt sollte verpflichtet sein dieses entweder in den Naturschutz oder in die landwirtschaftliche Produktion einzubringen. Die Spekulation mit Ackerland muss beendet werden.

Gentechnik lehnen wir nicht grundsätzlich ab, jedoch stellt ihre kommerzielle Verwendung in der Landwirtschaft für uns keine Option dar. Sie kann für die landwirtschaftliche Produktion unter schwierigen Umweltbedingungen sinnvoll sein, die Lösung von Lebensmittelknappheiten sehen wir jedoch in der Verteilung des globalen Reichtums.

Energie

Der Klimawandel ist eine der Hauptaufgaben unserer Zeit. Wir fordern deshalb einen schnellen und konsequenten Kohleausstieg bis 2025! Jeder Mensch in der industrialisierten Gesellschaft benötigt Strom. Damit Strom nicht zum Gegenstand von Spekulation und Profitmaximierung wird fordern wir die Rückführung des Energiesektors und des Versorgungsnetzes in die öffentliche Hand. Strom muss

sauber sein und darf weder Umwelt noch Menschen schaden. Auch, wenn der Kohleausstieg bereits beschlossen ist, fordern wir seine konsequente Umsetzung, die nicht zu Lasten der Verbraucher_innen gehen darf. Für die Renaturierungskosten ehemaliger Kohlegebiete wollen wir die Verursacher_innen zur Kasse bitten. Da die Energiewende uns Alle betrifft, fordern wir weiter die EEG-Umlage endlich auch auf Konzerne anzuwenden, welche als große Stromverbraucher_innen bisher nicht belastet werden.

Des Weiteren gilt es in den Regionen in denen der Kohleabbau bisher eine wichtige wirtschaftliche Rolle gespielt hat Alternativen zu schaffen und den Strukturwandel zu unterstützen. Hier fordern wir den Ausbau erneuerbarer Energien, die Sanktionierung dreckiger Energiequellen und die finanzielle Beteiligung der Bürger_innen vor Ort. Um die Menschen von den Vorteilen alternativer Energien zu überzeugen, muss der Staat Aufklärungsarbeit und finanzielle Unterstützung leisten. Wind, Solar, Geothermie und die Verstromung von biologischen Abfällen sind für uns gute Alternativen zum Kohlestrom. Strom aus eigens dafür angebauten Energiepflanzen lehnen wir hingegen ab, da diese unökologisch sind und zu einer Intensivierung der Landwirtschaft führen. Wertvolles Ackerland soll nicht für die Produktion von Biokraftstoff verwendet werden („Voller Tank und leerer Teller“). Die Subventionierung dieser nicht nachhaltigen und umweltschädlichen Praxis durch das EEG-Gesetz muss beendet werden. Ein großes Problem der erneuerbaren Energie ist die inkonstante Verfügbarkeit und die Schwierigkeiten bei der Speicherung. Um die Durchsetzung der Energiewende zu beschleunigen brauchen wir mehr Forschung und Modelprojekte zur Speicherung von erneuerbaren Energien. Wir setzen uns daher für ein Wasserstoffzentrum in Sachsen als Energiespeicher ein.

Abfall

Die Verwertung von Plastik heißt häufig Verbrennung. Diese Praxis wollen wir verbieten! Auch wenn das Verbot von Plastik bisher mit Einschränkungen verbunden ist und für uns keine Option darstellt, fordern wir die Reduktion des Plastikmülls z.B. durch eine höhere Entsorgungsgebühr für Kunststoffe als die für Bioabfall anfallende Gebühr. Plastik soll außerdem nur dort genutzt werden, wo es sinnvoll und bislang alternativlos ist. Damit Sinnlosigkeiten, wie beispielsweise das Einschweißen von Obst und Gemüse nicht mehr möglich sind, fordern wir eine Verschärfung der Verpackungsrichtlinien. Weiterhin schlagen wir vor, dass die Gebühren für die Abfallentsorgung, also für wiederverwertbare Stoffe wie Papier, Plaste, Glas, Bioabfall und Elektrokleingeräte, völlig kostenfrei gestaltet wird. Plastik wollen wir vor allem dort angreifen wo er entsteht, deshalb fordern wir eine Steuer bereits bei der Produktion von Plastik.

Gegen den Verzicht oder das Verbot von Plastik wollen wir sinnvolle alternative Verpackungsmaterialien und Stoffkreislaufkonzepte setzen. Diese Alternativen sollen biologisch abbaubar sein und in der Produktion keine oder weniger giftige Chemikalien und Materialien verbrauchen als die Plastikproduktion. Wo die Produktion von vollständig biologisch abbaubaren Materialien nicht möglich ist, setzen wir auf Kreislaufsysteme, wobei die Produkte so zu designen sind, dass möglichst alle Ressourcen wiedergewonnen werden können. Wir setzen uns deshalb für verstärkte Förderung der Erforschung alternativer Verpackungsmaterialien und intelligenten Produktdesigns ein.

Naturschutz

Durch die Intensivierung von konventioneller Land- und Forstwirtschaft sind 66% aller in Europa zu findenden Habitate in ihrer Existenz gefährdet. Allein in Deutschland sind 51-75% aller Säugetierarten ausgestorben, in Europa sind 42% aller Tier- und Pflanzenarten in den letzten zehn Jahren in ihren Populationsgrößen geschrumpft und 82% aller Fische im Mittelmeer gelten als überfischt. Dieser Verlust an biologischer Vielfalt hat dramatische Folgen für die Luftreinigung, die Wasserfilterfunktion, aber auch die Bereitstellung von Lebensmitteln durch die Natur.

Wir fordern diese Funktionen der Natur qualitativ und quantitativ in Planungsprojekte zu integrieren und Naturressourcen besser zu schützen. Dem Schutz vor wirtschaftlichen Interessen kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Nichtregierungsorganisationen sollen dabei ein Klagerecht gegen die Zerstörung von Lebensräumen erhalten. Dafür bedarf es einer konsequenten Einhaltung von Richtlinien in Naturschutzgebieten und Nationalparks. Durch die Einrichtung von Naturschutzgebieten auf Zeit kann der spontanen Veränderung biologischer System Rechnung getragen werden. Darüber hinaus gilt es Naturschutz nicht nur in Deutschland zu betreiben, sondern weltweit. Für dieses Ziel fordern wir die Einhaltung von Umweltstandards durch deutsche Firmen nicht nur im Inland, sondern weltweit.

Uns ist bewusst, dass es nicht ausreicht Natur nur räumlich beschränkt zu schützen, deshalb setzen wir uns für die stärkere Integration und Gewichtung des Naturschutzes in Landwirtschafts-, Energie-, aber auch Bildungspolitik ein. In Städten soll die grüne Infrastruktur, wie z.B. Parkanlagen, aber auch Fassadenbegrünungen, gefördert werden, um mehr Menschen Zugang zu Naturressourcen zu ermöglichen und der Natur innerstädtisch einen Rückzugsraum zu bieten.

Die Jagd lehnen wir zwar nicht grundsätzlich ab, fordern jedoch dass diese dem Schutz von Natur und Mensch dienen muss. Eine Jagd aus kommerziellen oder Gründen des Sportes lehnen wir ab.

Wir fordern:

- Stärkere Vermeidung und Verwertung von Abfällen durch eine Abgabe für Plasteverpackungen
- Verschärfung der Richtlinien für Plastikverpackungen
- Förderung von ökologischen Alternativen zu Plastik
- Abschaffung von Gebühren für Entsorgung von getrenntem Abfall
- Rückführung des Energiesektors in öffentliche Hand
- Abschaffung des Emissionshandels
- Beteiligung der lokalen Bevölkerung an Planung, Umsetzung und Gewinnen aus erneuerbaren Energien
- Keine Kosten für die Gesellschaft durch Braunkohle- und Atomausstieg
- Ökologische Standards für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse
- Keine Gentechnik in der Landwirtschaft
- Vergabe von Ackerland bevorzugt an Jungbäuer_innen
- Rekommunalisierung von Ackerland
- Keine Förderung von Energiepflanzen für Biokraftstoffe
- Möglichkeit von Naturschutzgebieten auf Zeit
- Zwingende Berücksichtigung von Naturleistungen in Planungsprozessen
- Ökologische Standards auch im Ausland

18. Zukunft der Arbeit

Rien faire comme une bête...

„...auf dem Wasser liegen und friedlich in den Himmel schauen, [...] könnte an Stelle von Prozess, Tun, Erfüllen treten“. Wenn wir euch nun nur noch erklären, dass diese komischen Wörter da oben französisch sind, von Theodor W. Adorno stammen und schlicht zum fröhlichen Nichtstun auffordern, könnte gemeint werden, es sei alles gesagt. Klingt ja immerhin total sympathisch – einfach nix machen, wozu ich keine Lust habe, nicht mehr arbeiten – mache ich, läuft! Leider geht es so einfach dann doch nicht.

Die Verhältnisse sind es, die uns dazu zwingen, eben doch einer Arbeit nachgehen zu müssen. Aber Momentchen mal – was ist Arbeit eigentlich? Viele würden sagen, dass das total wichtig wäre, was

würden wir schließlich sonst den ganzen Tag lang treiben? Andere würden sagen, dass sie einfach nur ziemlich nervig ist. - Es haben wohl beide Seiten gleichermaßen recht. Es kommt nämlich auf den Begriff an. Leider, leider leben wir immer noch im Kapitalismus und Arbeit im Kapitalismus heißt in aller Regel Lohnarbeit.

Kapitalismus? Aber uns geht's doch gut?

Was das heißt, hat Karl Marx ziemlich treffend analysiert. So hat ein Gegenstand, ein Ventilator zum Beispiel, den ein_e Arbeiter_in herstellt, nehmen wir im Beispiel mal Helga, keinen tatsächlichen nützlichen Gebrauchswert für Helga. Sie stellt den Ventilator her, nicht weil sie ihn gerade braucht, ihr die Herstellung besonders viel Spaß bereitet oder das die Erfüllung ihres Lebens ist. Sie stellt ihn her, weil sie auf den Lohn dieser Arbeit angewiesen ist, schlicht um zu überleben. Mit dem Ventilator und dem, was danach mit ihm passiert, hat sie im Grunde überhaupt nichts zu tun. Sie entfremdet sich vom Produkt und auch von anderen Arbeiter_innen, mit denen sie in Konkurrenz tritt, da sie daran gemessen wird, wie viel Arbeitskraft sie im Vergleich zu anderen aufbringt.

Der Kapitalismus funktioniert eigentlich total einfach. Ihm geht es um die Kapitalakkumulation, also die Anhäufung von Kapital, dafür benötigt er Waren, welche hergestellt werden müssen. Helga selbst hat eine Ware zu bieten: Ihre eigene Arbeitskraft. Und da sie ihre Miete zahlen muss, im Supermarkt einkaufen gehen muss und sich ab und zu auch mal etwas gönnen will, verkauft sie ihre Arbeitskraft, tritt in dieses kapitalistische Produktionsprinzip ein und wird Teil dessen. Der Lohn, den sie bekommt, reicht in der Regel nur, für die eigene Subsistenz und, um den Akku wieder aufzuladen, damit sie am nächsten Tag wieder Ventilatoren herstellen kann, also Lohnarbeiten gehen kann. Soziale oder ökologische Verträglichkeit sind dem Kapitalismus relativ egal, solange die Kapitalakkumulation nicht gefährdet scheint.

Arbeit als Zwangsverhältnis

Lohnarbeit ist gewissermaßen also ein Zwangsverhältnis, aus dem auszubrechen nur schwer möglich ist. Nur wenigen ist es vorbehalten, Dinge zu tun, die sie wirklich machen möchten und die ihnen Spaß bereiten. - Dann allerdings auch im System der kapitalistischen Lohnarbeit. Schaut man darauf, wie sich Arbeit entwickelt hat, so sieht man, dass sich doch auf den ersten Blick einiges gewandelt hat. Es haben sich Gewerkschaften gebildet, es gibt Urlaub, die Löhne werden ab und zu etwas angehoben, die Arbeiter_innen haben bessere Arbeitsbedingungen und sind versichert. Schön und gut. Alle Anpassungen bisher waren jedoch einfach nur welche, die die kapitalistische Funktionslogik etwas erträglicher erscheinen ließen und lediglich an der Oberfläche kratzen. So eine Art Placebo. Man kann es sich zwar einreden, aber wirklich besser wird's nicht. Dadurch wird diese Produktionslogik nur immer weiter reproduziert, Helga regt sich nicht über ihre Arbeit auf, schließlich hat sie jetzt einen Urlaubstag mehr. Dabei bringt Arbeit heute total neue negative Aspekte mit sich. Die Stechuhr hängt zwar nicht mehr im Betrieb, dennoch ist sie nicht verschwunden. Arbeiter_innen müssen flexibel sein, rund um die Uhr erreichbar, müssen Überstunden machen, damit das Projekt noch fertig wird, obwohl das Kind zuhause den 10. Geburtstag feiert. Sowohl psychischer, als auch physischer Stress nimmt zu. Wirft man einen kurzen Blick auf die Wortherkunft des Wortes „Arbeit“ so stößt man spannenderweise darauf, dass das Wort „arbeit“ im Althochdeutschen, nichts anderes als Mühsal, Not und Bedrängnis hieß. Joa - gut tausend Jahre später kann man feststellen: Stimmt!

Ziel aus Sicht einer progressiven und emanzipatorischen Linken, welche für ein selbstbestimmtes Leben kämpft, muss es also sein, den Menschen aus diesem Zwangsverhältnis zu heben.

Schluss mit dem Abfeiern von Arbeit!

Dass Arbeit quer durch die Gesellschaft und die politische Landschaft als etwas total Tolles beladen ist, merkt man jedes Jahr spätestens zum Tag der Arbeit, dem 1.Mai. In nahezu jedem Ort gibt es Ge-

werkschaftsdemos. Endlich mal richtig nice die Arbeit abfeiern! Arbeit erscheint als das wesentliche, sinnstiftende, ja konstitutive Element des Menschen im 21. Jahrhundert. Es bleibt jedoch nichts als ein ausbeuterisches Zwangsverhältnis, das uns Zeit für die schönen Dinge im Leben nimmt. Beispielsweise einfach mal auf dem Wasser liegen und in den Himmel zu blicken.

Das Abfeiern und Fanatisieren von Arbeit ist im Übrigen auch nicht ganz ungefährlich. Diejenigen, die der Arbeit am meisten Lob gepriesen haben waren nicht selten die größten und gefährlichsten Trottel und nicht vor allem Antisemiten. Martin Luther, Vordenker des »protestantischen Arbeitsethos« und Autor von „Von den Juden und ihren Lügen“. Henry Ford, mit seinem Pamphlet „Der internationale Jude“, für den es „nichts Abscheulicheres [...] als ein müßiges Leben“ gab. Und nicht zuletzt Adolf Hitler, der in „Mein Kampf“ den „Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird“ verkündete. Wie ernst er das gemeint hatte, konnte man später über den Toren des Vernichtungslagers Auschwitz lesen: „Arbeit macht frei“.

Arbeitsfanatismus und Antisemitismus sind oft nicht weit voneinander entfernt. „Ehrliche, schaffende Arbeit“ sieht sich durch die Personifikation „des bösen, raffenden Geldes“, also den Juden, um den gerechten Lohn gebracht. Gerade in einer politischen Linken entsteht aus einer antikapitalistischen Argumentation heraus oftmals eine antisemitische oder wenigstens mit antisemitischen Bildern unteretzte.

Wir fordern eine grundlegende Kritik am Kapitalismus und dessen Logik. Jedoch darf Kapitalismuskritik nicht an einzelne geknüpft sein. Wir alle sind Teil der Produktionslogik, nicht nur einige wenige.

Digitalisierung der Arbeit

Industrie 4.0, Arbeit 4.0 – solche Begriffe hört man immer häufiger. Dahinter steckt die Digitalisierung der Arbeit. Maschinen erledigen Dinge, die sonst Menschen erledigen. Arbeit wird flexibel, von quasi überall kann gearbeitet werden. Derartige Prozesse bergen emanzipatorisches Potenzial, insofern dass die Arbeiter_innen nicht mehr alles selbst machen müssen und eigentlich mehr Zeit zu haben scheinen. Leider ist der Arbeitsfetisch so in den Köpfen präsent, dass dies nicht dazu führt, dass die Menschen eine Chance darin sehen, sich in den produktiven Müßiggang zu befreien, sondern Angst davor entwickeln, bald ohne Arbeit dazustehen, da ihre angebotene Arbeitskraft auch von der Maschine, die keinen Urlaub braucht, keine Gehaltserhöhung fordert und vielleicht sogar noch schneller und präziser arbeitet, ersetzt wird. Digitalisierung und Arbeit 4.0 überwinden Lohnarbeit und deren Folgen nicht, sie gehorchen der gleichen Logik und schaffen nur neue Anreize, welche letztlich zur kapitalistischen Reproduktion führen. Die Arbeit geht durch Digitalisierung nicht aus, es werden nur immerneue bizarre Jobs geschaffen. Ein progressives, linkes Zukunftsmodell der Arbeit soll keines der Lohnarbeit 4.0, 5.0, 10.0 sein, sondern soll vor allem ein Abrücken vom Abhängigkeitsverhältnis Lohnarbeit und ein Recht auf Faulheit, welchem die Möglichkeit zur Faulheit innewohnt, darstellen. Dafür sehen wir in der Digitalisierung Chancen, die ein neues Verständnis von Arbeit anstoßen können. In anbetracht all dessen erscheint uns auch das festhalten am Irrsinn der 40-Stunden-Woche, immerhin einem Relikt aus dem 19. Jahrhundert, absurd. Wir haben keine Angst vor Fortschritt, sondern müssen ihn für linke, emanzipatorische Projekte nutzen. Es reicht jedoch nicht nur darum, die nötigen Maschinen zu besitzen, sondern auch darum, zu fragen, wem diese dann letztlich gehören und zu welchem und wessen Zweck sie eingesetzt werden.

Nur am Meckern! Was ist denn euer Bild von Arbeit?

Für uns ist Arbeit nicht gleich Lohnarbeit. Arbeit ist genauso gut Wäsche waschen, Kiddis beim Sportverein trainieren, seinen Garten pflegen, politische Arbeit and so on. Nur weil durch diese kein Kapital produziert wird, heißt das nicht, dass diese Formen unwichtiger sind – im Gegenteil. Sie nutzen eine_r selbst, um sich selbst zu verwirklichen. Sie nutzen anderen, weil sie für das soziale, gesellschaftliche

Wohl hinarbeiten. Wiederrum heißt das nicht, dass diejenigen, die weiterhin Ventilatoren herstellen wollen das nicht nun nicht mehr sollen. Nö! Jede_r wie sie*er will und Lust hat. Gleichbedeutend sollen die, die Lust haben überhaupt nichts zu machen, auch das tun dürfen. Für ein Recht auf Faulheit! Für das alles bedarf es aber ein gesellschaftliches Umdenken in der Gesellschaft. Weg vom Mythos der Lohnarbeit, hin zu einem selbstbestimmten Tag.

BGE als Transformationsprojekt

Dieses Umdenken, weg von Lohnarbeit kommt nunmal nicht von heute auf morgen. Die linksjugend [‘solid] Sachsen fordert die Einführung eines solidarisch finanzierten Bedingungslosen Grundeinkommens (in Folge: BGE). Das heißt, dass alle Menschen einen existenzsichernden Grundbetrag ausgezahlt bekommen, sich also Miete, was zur Daseinsvorsorge gehört, plus ein wenig Geld, für „sich mal gönnen“. – Luxus für alle sozusagen. Das führt dazu, dass sie sich nicht mehr in den Zwang der Lohnarbeit begeben müssen, sondern abgesichert sind. Also auch Zeit für andere Sachen haben, für die sie vorher keine hatten. Eben Garten Pflegen, Kiddis trainieren, politische Arbeit machen, rundum: Sinnvolle gesellschaftliche Arbeit verrichten. Alle, die sich oben drauf noch etwas verdienen wollen, sollen das tun. Nun kommt aus vielen Richtungen oftmals Kritik. Die einen sagen, damit lebe man aber noch nicht im Kommunismus. Joa, stimmt. Dennoch sehen wir im BGE eine Möglichkeit, welche einen Transformationsprozess heraus aus einer kapitalistischen Gesellschaft und Produktion anleiten kann. Menschen denken über den Begriff der Arbeit nach und haben vor allem auch die Chance dazu, da der Lohnarbeit zu entfliehen und Zeit für anderes haben. Außerdem kann ein BGE eine urlinke Forderung, nämlich der nach Umverteilung, mitdenken. Eine solidarische Finanzierungsmöglichkeit ist, dass Vielverdiener_innen mehr Steuern zahlen, welche in die Finanzierung des BGE fließen. Daher fordern wir auch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Anhebung des Spitzensteuersatzes. Sachsen soll sich überall da, wo es bundespolitisch Einfluss nehmen kann, besonders im Bundesrat, für ein solidarisches Bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Bis es so weit ist fordern wir die Angleichung der Löhne von West- nach Ostdeutschland und von Männern und Frauen*. Jeweils sind die Lohnunterschiede noch riesig. Auch Tagelöhner, Leiharbeiter_innen, welche zum Teil bis zu 40% weniger Geld bekommen, sowie Menschen, die in sogenannten Behindertenwerkstätten arbeiten verdienen den gleichen Lohn, wie alle anderen auch. Außerdem müssen die Löhne auf angehoben werden, sodass die Existenzsicherung auch im Rentenalter noch gegeben ist.

Vorhandene Arbeit fair teilen

Wir fordern außerdem die Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit durch die Einführung von zwangsfreien Teilzeitmodellen mit entsprechendem Lohnausgleich, solange es keinen anderen Ausgleich, z. B. Grundeinkommen, gibt. Wünschenswert wäre hier die Schaffung eines öffentlich geförderter Beschäftigungssektors jenseits neoliberaler Marktideologie, damit auch nicht profitorientierte Tätigkeiten im kulturellen, sozialen und ökologischen Bereich angemessen entlohnt werden. Wir fordern das Grundrecht auf freie Wahl der Ausbildung und des Berufs. Auch Menschen mit sogenannter Behinderung müssen Chancen auf dem freien Arbeitsmarkt haben.

Mitmischen in Wirtschaft du Arbeitswelt

Die Demokratisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt ist unabdingbar. Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel- und Bedingungen soll nicht in der Hand einzelner liegen, sondern kollektiv übernommen und gestaltet werden. Konkret fordern wir die Umsetzung und den weiteren Ausbau der Möglichkeiten betrieblicher Mitbestimmung.

Mit der Quote gegen die patriarchale Macht des Marktes

Nach wie vor finden sich in den oberen Etagen vieler Unternehmen kaum *Frauen. Diese enorme Unterrepräsentanz wird sich durch freundliche Übereinkünfte und Versprechen seitens der Herren in den Chefetagen nicht einlösen lassen. Wir fordern daher eine verbindliche *Frauenquote in Höhe von mindestens 50 % für Führungspositionen, Aufsichtsräte und Betriebsratsvorsitzende in mittleren und großen Unternehmen. Wie immer bei allen anderen Quoten, soll auch diese keine Seite diskriminieren, sondern lediglich die andere notwendigerweise legitimieren.

Druck machen durch Mindeststandards

Viele dieser Forderungen lassen sich gesetzlich im Land nicht beschließen. Aber das Land Sachsen ist einer der größten Auftraggeber für Unternehmen und kann daher all diese Positionen als Mindeststandards bei der Auftragsvergabe beschließen. Kein Unternehmen, das diese Mindeststandards nicht erfüllt, kann dann öffentliche Aufträge erhalten. Zu diesen Mindeststandards gehören Regelungen, die Lohn, Genderaspekte, ökologische Fragen und betriebliche Mitbestimmung betreffen.

Schutz vor Ausnutzung

Geltende Schutzvorschriften, wie zum Beispiel das Jugendarbeitsschutzgesetz, wollen wir erhalten und ausbauen und deren Einhaltung strengerer staatlicher Kontrolle unterstellen. Dazu gehört auch eine konsequente Bestrafung der Verstöße, z. B. in der freien Wirtschaft. Auf dem Ausbildungsmarkt sollten sich ausschließlich staatlich-demokratische Ausbildungsträger anbieten dürfen. Profitorientierte Ausbildungsträger lehnen wir ab. Die Wirtschaft sollte nicht aus ihrer Pflicht zur Ausbildung entlassen werden, aber öffentliche Einrichtungen sind hier wesentlich stärker als bisher zur Ausbildung zu verpflichten. Nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung wollen wir durch eine ausbildungsgerechte und am besten unbefristete Übernahme die Möglichkeit zum Einstieg ins Berufsleben erhalten.

Wir fordern:

Abstrakt:

- Das Ende der Lohnarbeit – Ein Ende dem Arbeitszwang
- Schluss mit der personifizierten Kapitalismuskritik – auch du bist Kapitalismus

Konkret:

- Einführung eines existenzsichernden, solidarischen Bedingungslosen Grundeinkommens
- Weg von der 40-Stunden-Woche
- Progressive Besteuerung aller privaten Einkommensarten und Erhöhung der Spitzensteuersätze, Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Einführung von zwangsfreien Teilzeitmodellen mit entsprechendem Lohnausgleich
- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- Grundrecht freie Wahl von Ausbildung und Beruf
- Mindeststandards in Sachsen, so dass der Freistaat überall dort, wo er seine Finger im Spiel hat, versucht, das faktisch durchzusetzen, was er rein gesetzlich alleine nicht durchsetzen kann: Regelungen, die Lohn, Genderaspekte, ökologische Fragen und betriebliche Mitbestimmung betreffen

19. (Linke) Freiräume und Kultur

SEIFENOPER UND OPER NICHT GEGENEINANDER AUSSPIELEN

Kultur äußert sich auf vielfältige Art und Weise. Ob in Wissenschaft, Bildung, Kunst oder dem eigenen Kiez – überall agieren Menschen als Träger_innen, Produzent_innen und Empfänger_innen kultureller Inhalte. Über Kultur verteilt sich auch gesellschaftliche Teilhabe und Macht: Nahezu in jedem gesellschaftlichen Bereich kommt die kulturelle Distinktion („Abgrenzungsbedürfnis“) zum Tragen, sei es in Sprache, Kleidung oder einfach nur im Auftreten. Über das frühzeitige Erlernen und souveräne Beherrschen kultureller Muster und Stereotypen erkaufte man sich in der heutigen Gesellschaft häufig den Zugang zur „besseren Gesellschaft“. Dabei ist dieser Zugang extrem ungleich verteilt. Wir wollen eine Kulturpolitik, die in erster Linie Menschen dazu befähigt, sich aktiv einzubringen.

Jenseits des Kanons – der „Leitkultur“ den Rücken kehren

Kultur bedeutet immer auch das Bewahren und Verstehen bereits erreichter und da gewesener Höhen. Goethe, Schiller, Brahms und Bach werden dabei zum Inbegriff dessen, was an Kulturleistungen erbracht wurde und woran sich der menschliche Geist entwickeln soll. Darum werden sie immer wieder aufgeführt und Jahr für Jahr in hunderten Schulklassen behandelt. Durch diesen rein konservierenden und konservativen Zugang verlieren jedoch selbst die größten Werke ihre Lebendigkeit und Bedeutung – die doch immer von der/dem Einzelne_n für sich neu entdeckt werden müssten.

Im Sinne einer emanzipatorischen Kulturpolitik gilt es aus unserer Sicht vor allem, ein Bewusstsein für die eigene aktive Rolle im kulturellen Prozess zu schaffen. Selbst Theater spielen, in einer Band schrammeln oder Hip-Hop-Tracks aufnehmen sind genauso kulturell wertvoll wie der Cello-Unterricht der Professor_innen-Tochter. Den Zugang zu jeder dieser Formen kultureller Teilhabe so barrierefrei wie möglich zu organisieren ist Aufgabe einer staatlichen Kulturpolitik. Das betrifft sowohl das Angebot in Stadt und Land etwa von entsprechenden Jugendzentren oder staatlich geschaffenen bzw. geförderten freien Bildungsträgern als auch den - möglichst kostenfreien - Zugang zu Unterricht, Proberäumen, Ateliers, Werkstätten und allem, was sonst noch für die aktive Teilhabe notwendig ist. Selbst aktiv zu erleben und zu lernen, was kulturelle Arbeit und Produktion bedeutet, ist der beste Garant, den Kanon der „klassischen“ Kultur zu verstehen.

Gerade gegen die immer wieder neu aufkeimende Diskussion um eine angebliche „deutsche Leitkultur“, die aus unveränderbaren Regeln, Normen, Rollen- und Wertvorstellungen bestehen soll, wehren wir uns vehement. Kultur ist kein statisches und hermetisch abgegrenztes Gebilde. Kultur wird viel mehr durch uns gestaltet und ist daher transformationsfähig und veränderbar. Der Begriff "Leitkultur" und seine heutige Verwendung zielen einfach nur darauf ab, eine auf Nationalität begrenzte, angeblich homogene Gemeinschaft hervor zu beschwören. Der Sinn hinter dieser Verwendung ist so einfach wie gefährlich, nämlich alles vermeintlich Fremde und Nichtdazugehörige abzuwerten und zu stigmatisieren.

Für eine Gedenkkultur jenseits des Opfermythos

Auch Gedenkkultur ist Kultur und insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit mit dem Nationalsozialismus fordern wir eine umfassende Aufarbeitung der NS-Zeit in Kommunen und auf Landesebene. Wir kritisieren, dass die Sächsische Gedenkstättenstiftung vor allem in Persona des damals von der CDU bevorzugten Geschäftsführers einseitig die Erinnerung an das von der SED begangene Unrecht präferiert und die nationalsozialistischen Verbrechen an der Menschheit damit in den Hintergrund rückt. Es ist ein Unding, dass das Engagement der NS-Opferverbände und des Zentralrats der Juden nicht wertgeschätzt wird und dass das erinnerungspolitische Versagen der sächsische CDU sich in einer nach wie vor extrem ungleichen Verteilung der Projektfördermittel äußert: nämlich 15 zu 85 Prozent zugunsten der Erinnerung an die DDR und die SED. Auch wir sehen die Wichtigkeit, über das Unrecht zur Zeit der DDR aufzuklären, dennoch liegt derzeit der Fokus der Staatsregierung vermehrt nur auf dem Feld und vernachlässigt dabei die Grausamkeiten des NS-Regimes. Das zeigt sich auch in der sächsischen Erinnerungskultur: Schuld und Verantwortung wer-

den einer vermeintlich nur kleinen Gruppe von nationalsozialistischen Sadist_innen zugeschrieben, während die restliche Bevölkerung entweder als hilflose Rädchen in einem Getriebe, reine Befehlsempfänger_innen oder gar als „unschuldige“ Opfer dargestellt werden, was sich in der Auseinandersetzung um die Zerstörung Dresdens und den „Terror“ der Alliierten äußert. Während dessen scheint die NS-Zeit für viele junge Menschen zunehmend abstrakter zu werden, indem kaum noch Analogien zwischen den Verfolgungsprozessen von damals und heutigen Missständen in der Gesellschaft, wie Antisemitismus und Hass gegenüber Minderheiten, nachvollzogen werden können. Wir wehren uns entschieden gegen jeglichen Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus. Insbesondere vor dem Hintergrund des derzeitigen Erstarkens rechter Parteien und Bewegungen, die allen, die in ihr Weltbild nicht passen, mit Hass begegnen, muss die Erinnerung an die Barbarei der NS-Zeit in den Fokus rücken. Hierzu soll es kostenfreien Zugang zu Informationen, Bildungseinrichtungen, Museen und Archiven geben, die die Verfolgung und Vernichtung von Jüd_innen, Sinti und Roma, Homosexuellen, Widerstandskämpfer_innen und allen weiteren Opfern des NS-Regimes thematisieren. Nichtsdestotrotz sehen wir auch den Bedarf, eine konsequente Aufklärung über antisemitische Strukturen und Muster innerhalb der DDR zu betreiben und zu befördern. Es ist ein Irrglauben zu vermuten, dass nur weil sich die DDR selbst als „antifaschistisch“ bezeichnete – und somit faschistisches Gedankengut vom Staat öffentlich diskreditiert wurde –, es damals keinen Antisemitismus gab. Nur durch eine stringente Aufarbeitung der Geschichte in Hinblick auf Antisemitismus bis in die Gegenwart hinein kann gewährleistet werden, dass auch zukünftige Generationen von dieser Bereitstellung von Informationen profitieren können. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass jüdisches Leben und jüdische Kultur wieder stärker gefördert wird. Von rechten Parteien und Organisationen ins Leben gerufene Projekte und Veranstaltungen, die menschenverachtende Ideologien verbreiten, dürfen keine staatlichen Fördergelder erhalten und müssen mit entsprechender Ächtung begegnet werden.

Kultur ist Grundversorgung

Gegenwärtig unterliegen Kultureinrichtungen vielen finanziellen Beschränkungen – durch die Kürzungspolitik der sächsischen CDU wurden kulturelle Angebote, insbesondere im ländlichen Raum, stetig abgebaut sowie der Kulturanteil am Gesamthaushalt im Land und in vielen Kommunen gesenkt. Dadurch stehen viele kulturelle und künstlerische Projekte unter ökonomischem Legitimationsdruck oder können gar nicht realisiert werden. Damit der Zugang zu Kultureinrichtungen für wirklich alle gewährt ist, braucht es die Abschaffung von Beschränkungen. Dies betrifft materielle Barrieren wie hohe Eintrittspreise ebenso wie die inhaltlich-programmatische Ausrichtung des Angebots. Damit meinen wir zum einen den kostenlosen Zugang zu Theatern, Museen, Kinos und anderen Einrichtungen und zum anderen Platz für junge, moderne Kulturschaffende, gerade wenn es etwa nur eine Spielstätte im Landkreis gibt. Viel zu oft dominieren die Interessen und Vorlieben eines älteren, finanzkräftigeren Publikums die Spielpläne der Häuser, da dieses über Abonnements und Fördervereine materiellen Druck ausüben kann. Dort, wo sich bereits eine freie Szene entwickelt hat, fordern wir eine deutliche Aufstockung der Fördermittel für diese alternativen, oft extrem prekären Formen innerhalb der Etats. Dabei betrachten wir diese Frage durchaus nicht als „Entweder-Oder“, sondern als Chance zur Bereicherung durch Reibung. So wie von einem jungen Publikum verlangt werden kann, sich an Aufführungen der Wiener Klassik oder Schillers zu entwickeln, so können wir auch von einem älteren Publikum verlangen, sich an den jüngeren, radikaleren Kulturschaffenden zu entwickeln: gemeinsam und kontrovers – jedoch nicht im Verteilungskampf um die schiere Existenz!

Damit auch alle, die keine dicke Briefftasche haben, die gleiche Teilhabe an Kultur- und Bildungsangeboten haben, fordern wir ein staatlich subventioniertes „Kulturticket“, welches es allen Menschen ermöglicht, kostenfreien Zugang zu Kinos, Theatern, Museen usw. zu erhalten. Kultur und Bildung dürfen kein Privileg einer kleinen wohlhabenden Elite sondern müssen ein Recht sein, das für alle gleichermaßen gelten soll. In den Regionen und Kommunen, in denen die CDU die kulturelle Grundversor-

gung in den letzten Jahrzehnten weggekürzt und abgebaut hat, sollen als kurzfristige Lösung mobile Kulturangebote wie z.B. Fahrbibliotheken und Museen auf Rädern eingesetzt und gefördert werden. Sie sollen regelmäßig der Bevölkerung dieser Regionen die kulturelle Teilhabe kostenfrei ermöglichen. Da das jedoch nur als eine Notlösung zu verstehen ist, fordern wir langfristig die Wiederherstellung und Sicherstellung des kulturellen Angebots in allen Regionen und Kommunen.

Um eine permanente Präsenz aller Kulturangebote in der Gegend zu gewährleisten, müssen entsprechende Strukturen dafür geschaffen werden, die dies auch leisten können. Alle Bürger_innen sollten jederzeit die Möglichkeit besitzen, sich zu kulturellen Angeboten in ihrer Umgebung informieren zu können. Dafür ist es wichtig, dass diese jeweils individuell auf die Kommune zugeschnitten aufbereitet werden. Gerade in Zusammenhang mit der fortwährenden Digitalisierung sehen wir hier bspw. Potenzial für eine Kultur-App, die genau dies leisten und auch jüngere Leute verstärkt erreichen kann. Die Bürger_innen sollen darüber hinaus die Möglichkeit besitzen, selbst Einträge innerhalb der App vornehmen zu können, sodass ihr kulturelles und künstlerisches Schaffen auch öffentlich zugänglich wird und damit Verbreitung findet. Die Programmierung einer solchen App sollte daher öffentlich durch das Land finanziert werden.

Jugendkulturen anerkennen!

Anhänger von Jugendkulturen wie Streetart, Graffiti oder Skateboarding brauchen feste, sprich: selbstverständliche, öffentliche und freie Räume, in denen sie sich ohne Repression ihrer Leidenschaft und Kunst hingeben können. Die Kriminalisierung dieser Jugendkulturen als Vandalismus, Störung oder Unordnung weisen wir entschieden zurück. Besonders Graffiti muss endlich als Kunstform und Jugendkultur anerkannt werden und entsprechende Freiräume bekommen. Wir fordern deshalb die flächendeckende Errichtung von legalen Graffiti-Wänden!

Kommunale Club- und Partykoordinationsstellen!

Wir setzen uns für eine lebendige Underground- und Partyszene ein, die nicht niedergestimmt oder kriminalisiert werden darf. Wir fordern deshalb die Einführung von kommunalen Club- und Partykoordinationsstellen, die sich sowohl um die Belange der bekannten Clubs als auch um die Unterstützung einer nichtkommerziellen Partyszene kümmern. Alle Häuser und Fabriken – egal ob alt oder neu – wollen wir nutzbar machen und ihnen Leben einhauchen – jenseits der Verbarrikadierlogik. Menschen, die vor sich hinverfallende Häuser und Räume für sich und andere nutzbar machen und kulturell aufwerten, sollen nicht für ihr Engagement kriminalisiert werden. Anwohner_innen sollen in die Bebauungspläne einbezogen werden. Zudem fordern wir von den Kommunen den unbürokratischen Zugang zu öffentlichen Flächen und Plätzen für Partys, Open-Airs oder Grillabende – und zwar überall dann und dort, wo keine Anwohner_innen durch massiven Lärm zu Schaden kommen.

Wir fordern:

- Erhalt und massiven Ausbau von soziokulturellen Zentren und Kultur- und Bildungsangeboten besonders im ländlichen Raum
- Mobile Kultur- und Bildungsangebote in Form von fahrenden Bibliotheken und Museen auf Rädern
- Alternativen Kulturretat in den Gemeinden für junge und freie Theater, Clubs, Kinos usw. mit unbürokratischem Antragsprozedere
- Erhöhung des Kulturanteils in Gesamthaushalten
- Entkriminalisierung und Akzeptanz von Jugendsubkulturen, z. B. Nutzung von leerstehenden Gebäuden
- Besetzungen zu Zwecken alternativer, selbstorganisierter Jugendkulturarbeit
- Kostenlosen Zugang zu Einrichtungen wie Museen und Theatern für Kinder und Jugendliche

- Flächendeckende Errichtung von legalen Graffitiflächen
- Kommunale Club- und Partykoordinierungsstellen
- Kostenlos verfügbare Freiflächen für nicht kommerzielle Kulturveranstaltungen vom Konzert übers Freilufttheater bis zur Open-Air-Party
- Einen niedrigschwelligen Zugang zu Information über Kultur und Bildung in der Umgebung bspw. über Förderung einer Kultur-App
- Keine Förderung oder Unterstützung von rechten (Kultur)Projekten
- Eine vielseitige Erinnerungskultur, die über die Verbrechen der NS-Zeit aufklärt und dafür sorgt, dass das Bewusstsein für menschenverachtendes Gedankengut bei allen Altersgruppen wieder in den Vordergrund gerückt wird
- Keine Verharmlosung der Nazi-Barbarei und entsprechende Förderung und Unterstützung von NS-Opferverbänden und des Zentralrats der Juden
- Eine Beratungsstelle für Opfer von neonazistischer und rechter Gewalt und Aufklärung über die Gefahren des Aufstiegs der gesellschaftlichen Rechten

20. Tierrechte

Das Gebiet der Tierrechte umfasst viele verschiedene Facetten, da verschiedene Tiere in unserer Gesellschaft verschiedene Funktionen erfüllen. Dass es vollkommen normal ist, Katzen zu streicheln und Schweine zu essen oder sich Kanarienvögel zu halten und gleichzeitig natürlich nicht auf die Weihnachtsgans verzichten zu müssen, wird uns von klein auf mitgegeben und kaum hinterfragt. Unser Umgang mit Tieren ist in keinster Weise rational, sondern kulturell bedingt. Während der Verzehr von Hunden bspw. in Korea und Vietnam ganz normal ist, ist das Anbieten von Hundefleisch in Deutschland verboten und der Gedanke daran vollkommen tabuisiert, sie werden meist als Familienmitglieder angesehen. Noch zwischen 1904 und 1924 wurden über 42.000 Hunde allein in Chemnitz, München und Breslau zum Verzehr geschlachtet. Weder über öffentlichkeitswirksame Mahnwachen, noch über Onlinepetitionen ist in diesen Fällen etwas bekannt. Andererseits werden beispielsweise Hausrinder in Indien religiös verehrt, während sie in unseren Breiten millionenfach zur Fleisch- und Milchgewinnung eingepfercht werden.

Die Kategorisierung von Tieren als essbar, nicht essbar, Haustier, Ungeziefer, Raubtier oder Unterhaltungstier ist zentrales Merkmal eines unsichtbaren Glaubenssystems, das als *Karnismus* bezeichnet wird. Wir wollen den Umgang mit Tieren hingegen rational beleuchten und auf dieser Basis Forderungen stellen. Wir betrachten Tiere als intelligente, fühlende und in erster Linie leidensfähige Lebewesen, die einen angemessenen Umgang verdienen. Das auf Traditionen beruhende Ausbeutungsverhältnis zwischen Tier und Mensch gehört auf den Prüfstand gestellt.

Massenbierhaltung statt Massentierhaltung

Wer Tiere als leidensfähige Lebewesen begreift, kann angesichts ihrer Haltungsbedingungen nur kotzen. Allein in Deutschland werden jährlich 58 Millionen Schweine, 630 Millionen Hühner und 3,2 Millionen Rinder geschlachtet - 99 % der Schweine, 97 % der Hühner sowie 95 % der Rinder existieren dabei in sogenannter „Intensivtierhaltung“. Damit dieses System funktioniert, werden an den Tieren fortwährend Verstümmelungen praktiziert, die legal und in der Regel ohne Betäubung geschehen: Schweine werden kastriert, die Eckzähne abgeschliffen, die Ringelschwänze abgeschnitten. Hühnern werden die Schnäbel gekürzt, Kälbern die Hornansätze weggeätzt. Eine Legehennen, von denen 95 % in Intensivtierhaltung leben, hat Zeit ihres Lebens den Platz von einem DIN-A4-Blatt zur Verfügung. Über

vier Millionen Milchkühe leben in Deutschland, die zur Aufrechterhaltung der Produktion fortlaufend künstlich befruchtet werden und direkt danach ihr Kind entrissen bekommen, bis sie nach circa fünf Jahren auf der Schlachtbank landen. Auch wenn 9 von 10 in Deutschland verzehrten Fischen aus dem Ausland stammen, sind die dort oftmals praktizierten Vorgänge in Fischerei und Aquakultur nicht weniger kritikabel.

Sicherlich sind, wie oft angeführt, die Zustände in Bio-Betrieben mancherlei Hinsicht besser – Doch Diskussionen über deren tatsächliche Relevanz verbieten sich bei einem Marktanteil von nicht einmal 2 % Biofleisch von selbst und verkommen zum Feigenblatt der Uneinsichtigkeit, dass das Ziel emanzipatorischer Tierpolitik sein muss, dass kein Tier mehr für verzichtbare menschliche Bedürfnisse leidet oder stirbt. Und dass der Verzehr tierischer Produkte durchaus verzichtbar ist, beweisen über eine Million Veganer_innen in Deutschland tagtäglich.

Eine vegane Lebensweise ergibt in vielerlei Hinsicht Sinn und ist daher zu supporten: Die neben dem Energiesektor größte Quelle schädlicher Treibhausgase ist die Massentierhaltung, zudem ist die Fleischproduktion beileibe nicht ressourcenschonend – für die Produktion eines Kilos Rindfleisch werden über 15.000 Liter Wasser benötigt. In Südamerika wird in großem Stile der Regenwald abgeholzt, um dort Futtermittel anzubauen. Circa 90 % der weltweiten Sojaproduktion werden beispielsweise als Viehfutter benutzt, wobei, je nach Tierart, außerdem rund 90 % der Kalorien verschwendet werden – ein unfassbares Prinzip angesichts des grassierenden Hungers in weiten Teilen der Welt. Entgegen vieler Vorurteile schätzt die weltweit größte Organisation für Nahrungs- und Ernährungsfachleute, die Academy of Nutrition and Dietetics, übrigens eine gut geplante vegane Ernährung als für alle Lebensphasen geeignet an. Aber natürlich geht es um mehr als Essen.

Die Pelze denen, die drin wohnen

Leder ist entgegen dem weit verbreiteten Glauben keineswegs nur ein Abfallprodukt, vielmehr tötet die Industrie jährlich über eine Milliarde Tiere. Dass das Tragen von Pelz scheiße ist, haben in Deutschland schon weitaus mehr Leute verstanden (obwohl es genau genommen auch nichts Anderes ist als Leder mit Haaren). Dennoch werden jährlich Produkte gekauft, deren Produktion die millionenfache Tötung von Nerzen und anderen Tieren erfordert. 90 % der in Deutschland verkauften Angorawolle und der Großteil aller Pelze kommt aus China – Einem Land, in dem keine Tierschutzgesetzgebung existiert und die Haltungsbedingungen entsprechend ekelhaft sind. Noch dazu werden die Tiere im Normalfall aus Kostengründen bei lebendigem Leib gehäutet – was im Übrigen jährlich auch auf 2 Millionen Katzen und hunderttausende Hunde zutrifft. In angeblichen Kunstpelzprodukten wurden in den vergangenen Jahren mitunter Haare von Hunden und Katzen gefunden – hier gilt es, die Kennzeichnungspflichten erheblich auszuweiten und zu überprüfen.

Um derartige Zustände vorzufinden, müssen wir den Blick jedoch gar nicht bis nach China schweifen lassen. In Frankreich beispielsweise werden jährlich 70 Millionen Kaninchen für die Pelzgewinnung getötet. Für uns ist klar, dass niemand außer den Tieren selbst das Recht haben sollte, ihre Haut zu tragen. Eine Erforderlichkeit für das Gegenteil existiert schlichtweg nicht, Alternativen existieren genug. Die logische Konsequenz ist daher die Forderung nach einem Haltungsverbot für Leder- und Pelztiere sowie ein Handelsverbot für die entsprechenden Produkte, verbunden mit verschärften Kennzeichnungspflichten für Kunstprodukte.

Tierversuche? Make up your mind!

Grundsätzlich ist das Testen von kosmetischen Produkten und Inhaltsstoffen an Tieren in Deutschland seit 1998 verboten, der Handel mit Produkten, die im Ausland an Tieren getestet wurden, wurde durch die EU-Kosmetikrichtlinie aus dem Jahr 2009 noch zusätzlich verschärft. Die Richtlinie beinhaltet allerdings einige Lücken und Ausnahmen, was dazu führt, dass einige Firmen noch immer ihre Inhaltsstoffe in grausamen Verfahren an Tieren testen. Doch auch in anderen Wirtschaftszweigen wie der Tabakindustrie kommen Tierversuche zum Einsatz. Hier werden Ratten mitunter dazu gezwungen, bis zu drei Jahre lang täglich bis zu sechs Stunden am Stück Zigarettenrauch zu inhalieren auch das ist in Deutschland verboten, die entsprechenden Produkte jedoch trotzdem hier verkäuflich.

Auch in der Medizinentwicklung und Grundlagenforschung werden Tierversuche durchgeführt, obwohl alternative Systeme vorhanden sind und diese somit ersetzbar wären. Gründe hierfür sind oft nicht bessere Ergebnisse, welche die Tierversuche liefern, sondern rein ökonomische. Wir fordern, dass die 3-R-Regel (Reduce, Refine, Replace), also das Reduzieren, das Verbessern und das Ersetzen von Tierversuchen endlich konsequent umgesetzt wird. Ersetzbare Tierversuche sind zu verbieten! Außerdem müssen bessere alternative Systeme entwickelt und ihre Verwendung verpflichtend durchgesetzt werden. Tierversuche sollen darüber hinaus nur dann möglich sein, wenn sie der Grundlagenforschung oder dem Wohl der Allgemeinheit, wie z.B. der Entwicklung neuer Medikamente, dienen. Damit jeder Mensch frei entscheiden kann, ob er auf solche zurückgreift oder nicht, müssen diese transparent gekennzeichnet sein.

Wer konsumieren soll, muss auch Bescheid wissen können

The kidz want Kennzeichnung! Das fängt bei Nahrungsmitteln an: Lab, das aus den Mägen nur weniger Wochen alter Kälber gewonnen wird, ist ein Zusatzstoff der zur Herstellung von Käse benutzt wird und nicht kennzeichnungspflichtig ist – Da die Tiere dafür geschlachtet werden müssen, ist damit beinahe jeder Käse nicht einmal vegetarisch, ohne dass dies ohne Hintergrundwissen ersichtlich wäre. Auch Getränke wie Wein und Obstsaft, die durch Gelatine gefiltert wurden und damit auch nicht vegetarisch sind, müssen nicht entsprechend gekennzeichnet werden. Einige Aromen, die in ansonsten veganen Produkten vorkommen sind tierischen Ursprungs, ohne dass dies aus den Zutatenlisten hervorgehen würde. Wir fordern eine deutliche Erkennbarkeit, wann Produkte tierleidfrei sind und wann nicht!

Die Inhaltsstoffe von Arzneimitteln und Kosmetikprodukten sind oftmals schwer verständlich – auch hier sind einfachere Darstellungen zu Informationen über tierische Inhaltsstoffe dringend erforderlich. Tierversuche müssen auf den entsprechenden Produkten gut sichtbar deutlich gemacht werden, um den Verbraucher_innen die Vorgänge transparent zu machen – auch wenn er „nur“ der Großkonzern im Hintergrund war.

Insgesamt sehen wir die Notwendigkeit, auch über Steuern regulierend zu wirken. Es kann beispielsweise nicht sein, dass die nachweislich umweltschädliche Kuhmilch mit 7 % Mehrwertsteuer belegt ist, während die viel ressourcenschonenderen pflanzlichen Alternativen als angebliche Luxusprodukte mit 19 % besteuert werden. Angesichts der enormen schädlichen Auswirkungen sind tierische Produkte ausnahmslos mit dem höchsten Mehrwertsteuersatz zu belegen, während dieser für pflanzliche Alternativen gesenkt werden sollte. Agrarsubventionen an Landwirt_innen, die mit Tierhaltung ihr Geld verdienen, sind zu untersagen.

Tierrecht ist mehr als das Seitansteak auf deinem Teller

In Zoos werden Tiere ihr Leben lang eingesperrt – oft in viel zu kleinen Gehegen, ohne natürliche Reize und zumeist tausende Kilometer von ihrem eigentlichen Lebensraum entfernt. Dies dient oft der Bepaßung von Menschen und dem Generieren von Profiten. Das geht auch anders, zum Beispiel

indem die Ausgestaltung der Gehege sich an den Ansprüchen der Tiere anstatt an denen der Besucher_innen orientiert. Durch die Bekämpfung des illegalen Tierhandels, als Arche bedrohter Arten oder durch Naturschutzprojekte im Zoo und vor Ort können Zoos einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz leisten. Des weiteren können Zoos wichtige Forschungsstationen und Orte von Umweltbildung sein. Diese Funktionen gilt es gegenüber dem Zoo als Unterhaltungsort zu stärken, beispielsweise indem das Arteninventar an Naturschutzziele ausgerichtet wird. Klar ist für uns auch, dass Naturschutz und Tierrechte nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, deshalb fordern wir: „So viel Zoo, wie nötig. So wenig Zoo, wie möglich“ und setzen uns für deren bestmögliche, naturnahe Gestaltung ein. Tiere haben ferner in Zirkussen absolut nichts verloren, auch Ponykarussells sind schleunigst zu verbieten.

Auch die Hobbyjagd gehört ausnahmslos verboten. Und auch wenn es eigentlich kein großes Thema sein sollte: Natürlich halten wir den Abschuss von Wölfen für Quatsch.

Die profitgesteuerte Zucht besonders ‚schöner‘ oder ‚exotischer‘ Haustiere führte in der Vergangenheit zu diversen qualvollen Verformungen, während in deutschen Tierheimen jährlich rund 300.000 Tiere ein neues Zuhause suchen. Auch die Tierzucht ist daher zu untersagen.

Die kommunale Hundesteuer als Lenkungsmittel halten wir für falsch (genauso wie die Einteilung von Hunden als gefährlich und ungefährlich nach Rasselisten), vielmehr sollte eine Art Hundeführerschein für die Halter_innen eingeführt werden. Müllkörbe, insbesondere in Parks, sind standardmäßig mit Tüten zu versehen.

Das Feld der Tierrechte ließe sich noch beliebig weiter bespielen. Eine Debatte zum Sinn oder Unsinn des § 90 a BGB, der besagt, dass Tiere zwar keine Sachen sind, dem Grunde nach aber rechtlich wie solche zu behandeln sind, ist sicherlich spannend.

Uns ist wichtig zu betonen, dass bei aller Wichtigkeit der Tierrechte der Zweck bei der Werbung für die Anliegen nicht die Mittel heiligen darf. So halten wir Vergleiche der Massentierhaltung mit der Shoa für unerträglich. Gleichfalls grenzen wir uns entschieden von diversen sexistischen Kampagnen ab, wie beispielsweise von PETA öfters praktiziert.

All das ändert aber nichts daran, dass wir für eine Welt kämpfen, in der Tiere wie Lebewesen und nicht wie Produkte behandelt werden. Until every cage is empty!

Wir fordern:

- Verbot von Massentierhaltung und Aquakultur
- Verbot von Pelztierhaltung und -handel, intensive Kontrolle von Kunstpelz mit ausführlicher Kennzeichnung (selbiges gilt für Lederprodukte)
- Verbot ersetzbaren Tierversuchen, deutliche und ausführliche Kennzeichnung aller Produkte die damit irgendwie in Verbindung stehen
- Höchste Mehrwertsteuersätze für tierische Produkte, entsprechende Herabsetzung für pflanzliche Alternativen; keine Subventionen für Landwirt_innen die ihr Geld mit Tierhaltung verdienen
- Klare Kennzeichnung ausnahmslos aller tierischen Inhaltstoffe in Lebensmitteln
- Verantwortungsvoller Zoo: Authentische Lebensräume und Rückzugsorte für Tiere, Artenschutz, Forschung, Umweltbildung und nachhaltiges Umweltmanagement
- Verbot von Tieren in Zirkussen
- Verbot der Hobbyjagd
- Hundeführerschein statt Hundesteuer

21. Antirassismus und Migration

Migration ist kein Verbrechen

Migration ist kein neues Phänomen. Migration fand schon immer und überall statt. Kulturen und Gesellschaften sind nicht einfach aus dem Nichts erwachsen, sondern durch Austausch und Begegnung mit anderen Menschen. Vermischung von Kulturen und Kulturtransfer stehen in der europäischen Geschichte für Fortschritt und Progress. Eine vermeintlich homogene und aus sich heraus erwachsene „europäische“ oder „abendländische“ Kultur gibt es nicht. Im Grunde sind alle Kulturen Hybride und aus der Mischung vieler Kulturen entstanden: Wir rechnen mit arabischen Zahlen und greifen in der Medizin und Astronomie auf antikes Wissen aus dem Nahen Osten und Asien zurück. Jede Erzählung über Homogenität von Gesellschaften und Kulturen ist damit eine politische Erfindung, um Menschen auszuschließen und seinen vermeintlich rechtmäßigen Besitz mit niemanden teilen zu wollen.

Wenn Menschen aufgrund ihrer äußeren Merkmale bestimmte Eigenschaften zugeschrieben und sie zu minderwertigen Menschen erklärt und ausgeschlossen werden, dann ist das Rassismus. Rassismus organisiert negative Stimmungen und Gefühle gegenüber den „Anderen“ und arbeitet mit Stereotypen und Vorurteilen, indem er unter anderem versucht einen Zusammenhang zwischen dem Wesen und dem Erscheinen eines Menschen herzustellen. Durch stereotype und verkürzte Auslegungen werden ganze Menschengruppen auf vermeintliche „Wesenseigenschaften“ reduziert, die so dargestellt werden, als seien sie „in die Natur“ dieser Menschen eingeschrieben. Die „eigenen“ Kultur und Gesellschaft erfahren eine Aufwertung durch die Herabwürdigung von Menschen anderer Hintergründe. Damit wird ein Gegensatz zwischen „Wir“ und „Sie“ formuliert, der häufig mit einer implizierten Forderung nach der „Reinhaltung“ der Gesellschaft einhergeht.

Rassismus hat also eine komplexe Struktur und viele Erscheinungsformen, die flexibel und transformationsfähig genug sind, um sich immer wieder auf neue Weise zu reproduzieren. So verändert und erneuert sich Rassismus insoweit, dass nicht immer die gleichen Gruppen und Personen auf die gleiche Weise unterworfen und diskriminiert werden. So schrieb der Rassismus des 18. Jahrhunderts den Menschen in Europa Zivilisation und Überlegenheit zu und ging mit der Abwertung aller anderen Kulturen und Gesellschaften als „primitiv“ einher. Im 20. Jahrhundert dominierte ein biologistischer Rassismus, der sich während der NS-Herrschaft mit Antisemitismus und Vernichtungspolitik vermischte und katastrophale Folgen für Millionen von Menschen hatte. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zeichnet sich Rassismus durch den Aspekt des Kulturalismus aus: Kulturen werden als starre, unveränderliche, hermetisch voneinander abgegrenzte Gebilde dargestellt, während Vermischung von Kulturen mit Verfall gleichgesetzt wird. Aktuell erleben wir viele Rassismen zugleich. Neben nach wie vor vorhandenen Stereotypen in Bezug auf Menschen aus Afrika und Osteuropa, hat der kulturalistische und antimuslimische Rassismus gegenwärtig Konjunktur.

Rassistische, völkische, nationalkonservative und neonazistische Akteur_innen versuchen den Menschen einfache Lösungen für komplizierte Probleme anzubieten, indem sie Sündenböcke ausmachen: seien es Geflüchtete und Migrant_innen oder Andersdenkende und Menschen, die in ihr monokulturelles und pseudochristliches, exklusives Weltbild nicht passen. Sie verbreiten Hass und sprechen den Betroffenen das Menschsein ab, was an der Verwendung der Begriffe „Vieh“ oder „Parasiten“ deutlich wird. Dabei wird die Situation häufig überdramatisiert. Auch wenn gegenwärtig die „Festung Europa“ immer weiter ausgebaut wird und mittlerweile viel weniger Menschen nach Europa kommen, inszeniert z.B. die CSU eine sich am Thema Migration und Flucht entzündende Regierungskrise; die völkische und rassistische AfD wird bei der letzten Bundestagswahl 2017 die stärkste Kraft in Sachsen – einem Bundesland, wo lediglich unter 6,5% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben (Wobei der Anteil von Muslima und Muslimen darunter noch geringer ist). Unterstützung für Migrant_innen und Geflüchtete sowie Rettung von Menschen in Seenot wird kriminalisiert. Die Hemmschwelle für Gewalt ist in Sachsen gesunken. Tätliche Angriffe auf Menschen sowie Anschläge

auf Unterkünfte erreichten in den Jahren 2015 und 2016 ihren Höhepunkt und haben sich im Vergleich zu den Vorjahren fast verdoppelt. Angesichts dieser Zustände sagen wir ganz klar: Wir stehen für eine antirassistische Praxis und gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder sexuellen Orientierung. Jeder und jedem – egal woher sie kommen oder wie sie aussehen – soll die gleiche und bedingungslose soziale und demokratische Teilhabe garantiert werden.

Gegen staatlichen und alltäglichen Rassismus

Für Menschen, die sich dauerhaft in Deutschland niederlassen wollen, sind hohe Hürden aufgestellt. Erinnert sei an die Einbürgerungstests, die vermutlich auch die meisten Staatsbürger_innen nicht bestehen würden, in denen die Betroffenen nachweisen müssen, dass sie in die deutsche Wertegemeinschaft passen und – auch weltanschaulich – eine „weiße Weste“ haben. Erinnert sei an die Notwendigkeit, ihren Unterhalt zu sichern, obwohl für viele Migrant_innen ein sogenannter nachrangiger Arbeitsmarktzugang existiert. Das bedeutet, dass sie sich einer bürokratischen Prozedur unterziehen müssen, in deren Rahmen die Arbeitsagentur prüft, ob geeignete Deutsche für den anvisierten Job zur Verfügung stehen, die dann bevorzugt eingestellt werden.

Menschen werden pauschal vermeintliche Eigenschaften und Verhaltensweisen zugeordnet. Wir lehnen solche Pauschalisierungen kategorisch ab, da dadurch eine Einteilung in vermeintliche Menschenrassen erfolgt. In unserer Politik soll jeder Mensch individuell behandelt werden. Zusätzlich zu den handfesten, institutionell gesetzten Grenzen, die ganz klar als „rassistisch“ und menschenverachtend bezeichnet werden müssen, finden sich Migrant_innen in Deutschland einer feindlichen gesellschaftlichen Stimmung ausgesetzt. Studien und Umfragen belegen immer wieder, dass insbesondere Rassismus in der deutschen Gesellschaft tief verankert ist. Staatlicher und Alltagsrassismus bilden eine sich gegenseitig bedingende Einheit, die Menschen nicht deutscher Herkunft das Leben schwer macht. Selbst so alltägliche Dinge wie der Einkauf im nächsten Supermarkt, ein Besuch bei Verwandten, ein Ausflug mit der Bahn oder ein Fußballspiel auf dem Platz gegenüber können in fremdenfeindlicher Atmosphäre schnell zum Verhängnis für Migrant_innen werden.

Gegen die „Festung Europa“

Das Asylrecht im weitesten Sinne dient dem Zweck, den Menschen ein Bleiberecht zu verschaffen, die aus erzwungenen Gründen ihren Herkunftsort verlassen müssen, weil ihnen dort eine Gefahr droht und/oder ein menschenwürdiges Leben nicht möglich ist. Das Grundrecht auf Asyl ist eine der wichtigsten Errungenschaften und Lehren aus dem Nationalsozialismus. Seit Jahrzehnten wird dieses Grundrecht nach und nach ausgehebelt. Die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl erfolgte im Jahr 1993, bei welcher die Drittstaatenregelung eingeführt wurde. Wer seitdem über einen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreiste, dem wurde das Grundrecht auf Asyl nicht mehr gewährt. Deutschland profitierte dabei Jahrzehnte von seiner geografischen Lage, da eine Einreise nach Deutschland nahezu immer über einen Drittstaat erfolgen muss. Die Länder des südlichen Europas wurden dabei in Fragen der Asylpolitik lange Zeit allein gelassen. Auch nach dem offensichtlichen Scheitern der Drittstaatenregelung gibt es keine europäische Einigung oder eine gemeinsame europäische Strategie in Bezug auf Geflüchtete. Grund dafür ist unter anderem auch, dass einzelne Mitgliedsstaaten sich ihrer Verantwortung für Geflüchtete verweigern und Lösungen auf europäischer Ebene blockieren. Die Abschottungspolitik der EU führt zu humanitären Krisen am Rande Europas. Gleichzeitig exportieren europäische Länder wie Deutschland und Frankreich nach wie vor Waffen und militärische Ausrüstung in Krisenregionen und Länder, die von Kriegen in ihren Nachbarschaften profitieren. Die EU-Außengrenze wird immer weiter in den Süden verlagert, autoritäre und repressive Regimes sowie Diktatoren werden von der EU bezahlt, damit sie ihre Bevölkerung von der Flucht nach Europa abhalten, notfalls mit Gewalt. Nachdem Tausende von Menschen im Mittelmeer ihr Leben verloren haben, wird nun die Sahara zum nächsten Massengrab, da Geflüchtete gezwungen sind immer gefähr-

lichere Routen nach Europa zu nehmen. Vor den Toren Europas entstehen neue Sklavenmärkte wie in Libyen. Speziell Schengen mit seinem lebensgefährlichen Grenzregime und den immensen Datenbanken sowie Frontex, die polizeiliche Eingreiftruppe, die im Mittelmeer gegen Einwanderer_innen aktiv ist, sind nur zwei Begriffe, die die abgeschottete „Festung Europa“ veranschaulichen. Migration wird einerseits durch tödliche Grenzanlagen behindert, andererseits durch Ausnahmeregelungen gefördert. Beides geschieht aus jeweils kapitalistischem Interesse, um wahlweise „Schmarotzer“ fernzuhalten oder den Zuzug jener Menschen zu ermöglichen, die zu einem Wachstum der Wirtschaftskraft beitragen sollen.

Die Ursachen von Flucht, vor allem aus den Ländern des globalen Südens, sind meist in wirtschaftlicher Not und repressiven Regimes zu finden. Beides ist nicht zuletzt dadurch beeinflusst, dass der Politik der Länder des globalen Nordens eine rigorose Ausbeutung in Kolonialzeiten vorausging, die sich jetzt in einer neoliberalen Weltwirtschaftspolitik fortsetzt. Durch auf einseitigen Profit ausgelegte Freihandelsabkommen werden die Märkte in z.B. vielen afrikanischen Staaten mit subventionierten und billigen Produkten aus Europa überschwemmt, so dass lokale Produzent_innen keine Chance haben. Gleichzeitig wird in Zukunft die Zahl der sogenannten Klimaflüchtlinge, also Menschen die vor den dramatischen Auswirkungen des Klimawandels und der damit einhergehenden globalen Umweltkatastrophe fliehen, noch weiter zunehmen.

Deutschland ist ein Einwanderungsland

Die gesellschaftliche Realität zeigt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Und das nicht erst seit gestern. Seit Jahrzehnten kommen Menschen nach Deutschland: als Gastarbeiter_innen, die das deutsche „Wirtschaftswunder“ ermöglichten, als Fachkräfte, internationale Studierende, Spätaussiedler_innen, Geflüchtete oder einfach Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben. Wir orientieren uns am Leitbild einer demokratischen, humanen und sozialen Einwanderungsgesellschaft. Wir wollen ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, bei dem alle hier Geborenen Staatsbürger_innen sind. Weiterhin wollen wir den Optionszwang, also die Pflicht, sich bei mehreren Staatsbürgerschaften für eine entscheiden zu müssen, abschaffen und mehrfache Staatsbürgerschaften prinzipiell ermöglichen. Menschen, die seit Jahren in Deutschland sozial angebunden sind und hier ihren Lebensmittelpunkt haben, sollen leichter eingebürgert werden können.

Wir wollen keine Auslese von Menschen nach ökonomischer Verwertbarkeit. Für uns stehen die Bedürfnisse der Menschen und somit die individuellen Ursachen für Migration im Vordergrund, nicht die ökonomischen Zwänge des deutschen Arbeitsmarktes. Nicht nur besonders gut qualifizierte Menschen sollen die Möglichkeit haben, nach Deutschland einzureisen. Alle Menschen haben ein Recht auf Bewegungsfreiheit, weswegen wir entschlossen gegen Stacheldrahtzäune, Mauern und Grenzen sind. Wir treten ein für legale Flucht- und Einreisewege und für offene Grenzen für alle Menschen.

Menschenwürdige Bedingungen herstellen

Jene, die es trotz der hohen Hürden geschafft haben, leben in Deutschland unter mehr als unwürdigen Bedingungen. Die sogenannte Residenzpflicht macht es für Asylbewerber_innen auch in Sachsen unmöglich, sich außerhalb eines definierten Landkreises zu bewegen und nimmt ihnen somit essentielle Grund- und Freiheitsrechte. Für die Zeit von bis zu drei Jahren darf ihnen mit Hilfe einer „Wohnsitzauflage“ vorgeschrieben werden, dass sie ihren Wohnsitz nicht mehr nach Belieben wechseln dürfen. Nach dem jahrelangen Kampf der Betroffenen und Unterstützer_innen für dezentrale Unterbringung in Wohnungen werden Menschen wieder verstärkt in Sammelunterkünften untergebracht. Die Unterbringung in zentralen Asylbewerber_innenheimen verhindert jedoch ein selbstbestimmtes Leben der Geflüchteten und ermöglicht effiziente Kontrollen und den schnellen Vollzug von Abschiebungen. Diesem Zweck dienen auch die sogenannten Ankerzentren, die Asylverfahren im Schnelldurchlauf und schnelle Abschiebungen sicherstellen sollen. Zynischerweise bleibt Asylsuchenden der

Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Bildungsangeboten verwehrt, die doch aber einer potentiellen Erwerbstätigkeit zuträglich wären. Zu guter Letzt bleibt ihnen die demokratische Teilhabe an Wahlen, Initiativen oder Vereinen usw. fast gänzlich versagt.

Wir fordern, dass Asylverfahren in jedem Einzelfall als faire und seriöse Verfahren ausgestaltet werden und dass den Antragsteller*innen für das Verfahren und für die Anhörung ein*e Dolmetscher*in sowie Rechtsbeistand zur Seite gestellt werden. Wegen der sprachlichen Barrieren muss außerdem sichergestellt werden, dass die Asylsuchenden in einer von ihnen gesprochenen Sprache über ihre Rechte und Möglichkeiten aufgeklärt werden. Die Verteilung der Asylsuchenden soll danach erfolgen, wo sie bereits über soziale Kontakte wie Familie, Freund_innen und Bekannte verfügen. Wir fordern außerdem, dass Asylsuchende das Recht auf eine freie Wohnsitzwahl erhalten und bei der Wohnungssuche unterstützt werden. Wir treten entschieden gegen Schnellverfahren in Ankerzentren und auf Flughäfen ein. Wir fordern die Abschaffung des Konzepts der „sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten“ und die sofortige und vollumfängliche Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl.

Dem antiziganistischen Vormarsch entgegentreten

Seit einigen Jahren breitet sich in Europa der Antiziganismus, der Hass auf Sinti und Roma, zunehmend aus. Schwerpunkte sind dabei keineswegs nur Ungarn und Tschechien, sondern beispielsweise Duisburg und auch Ostsachsen. Immer wieder kommt es dabei zu tätlichen Übergriffen auf Sinti und Roma. Verstärkt findet dabei eine Vernetzung tschechischer und sächsischer Nazis statt, die vor allem im Grenzgebiet gemeinsam regelrecht auf Menschenjagd gehen. Im EU-Mitgliedsstaat Ungarn ist die Situation für Sinti und Roma besonders schlimm, ohne dass die Europäische Union Sanktionsmöglichkeiten gegen Ungarn nutzt. Wir wollen, dass die Europäische Union endlich entsprechend gegen Ungarn vorgeht und Sanktionen verhängt und auch in der Bundesrepublik und anderen Staaten der Schutz für Sinti und Roma erhöht wird.

Wir fordern:

- Offene Grenzen und Bleiberecht für alle
- Herstellung menschenrechtlicher Mindeststandards bei der Einwanderung
- Wirtschafts- und Handelspolitik, die konsequent auf die Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Hauptursachen für Flucht setzt
- Sofortigen Stopp von Waffenlieferungen und Lieferungen mit militärischer Ausrüstung und Technik in Kriegsgebiete sowie in Länder die in Krisenherde verwickelt sind
- Keine Abkommen mit Ländern, die Menschenrechte verletzen
- Keine Abschiebung von Minderjährigen
- Rückbau der Schengen-Grenzwälle und Abschaffung von Frontex
- Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl in Artikel 16 des Grundgesetzes sowie Rechtsbeistand für alle Asylsuchenden
- Anerkennung geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung, von Kriegsdienstverweigerung und Desertion sowie von Umweltkatastrophen als Asylgrund
- Anerkennung der Verletzung grundlegender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte als Asylgrund
- Abschaffung aller Regelungen, die Migrant_innen diskriminieren: Asylbewerberleistungsgesetz, Residenzpflicht, Wohnheimunterbringung, nachrangiger Arbeitsmarktzugang usw.
- Gleichrangige demokratische, gesellschaftliche und politische Teilhabemöglichkeiten für Migrant_innen und Asylsuchende
- Kostenlosen und qualitativ anspruchsvollen Deutschunterricht für alle Interessierten
- Konsequente Ächtung von Rassismus in allen gesellschaftlichen Bereichen
- Verkürzung der Wartezeit für Ermessenseinbürgerungen

- erleichterte Anerkennung von Bildungsabschlüssen
- erleichterter Zugang zum Arbeits- und Bildungsmarkt

22. Hochschulpolitik

Eine Hochschule für alle

Hochschulen sind heute kein kultureller und kritischer Ort mehr in der Gesellschaft. Überall treffen wir auf Bildungsökonomisierung, verstärktes Dienstleistungsdenken und die Einschränkung unrentabler Wissenschaftszweige. Um dem entgegenzuwirken, streben wir nach einer Demokratisierung der Hochschulen und der Wissenschaft.

Hochschulen gehören in die Hand von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeiter_innen. Die Aufgabe des Staats darf dabei nur die bedarfsorientierte Finanzierung der wissenschaftlichen Autonomie sein. Nur eine ausreichende Hochschulfinanzierung garantiert eine Drittmittelunabhängigkeit und damit die Gewährleistung der Wirtschaftsunabhängigkeit der Hochschulen sowie den Erhalt der Sozial- und Geisteswissenschaften als selbstkritische Instanz in der Gesellschaft. Den Weg der Sächsischen Staatsregierung der letzten Jahre gilt es dabei komplett umzukehren: Das Wissenschaftssystem arbeitet derzeit am Rande des Limits. Stellenkürzungen wurden bis 2017 an den Hochschulen vorgenommen und auch der Erhalt des jetzigen Status Quo ist eine Farce. Der Finanzierungsbedarf der Studierendenwerke wird seit Anfang der 2000er nicht ausreichend gedeckt, vielmehr müssen die Fehlbeträge durch immer höher werdende Semesterbeiträge der Studierenden ausgeglichen werden. Auch sehen sich Hochschulen und Studierendenwerke mit künstlich erzwungenen Kürzungen der Studierendenzahlen bis 2025 konfrontiert, die sich auch merklich auf die finanzielle Situation auswirken werden.

Leuchttürme für alle

Ähnlich wie in der Bildungspolitik trifft das Kooperationsverbot die Wissenschaftslandschaft auch partiell. Es ist zwar möglich, dass sich der Bund an projektbezogenen Finanzierungen beteiligt – sofern so gut wie alle Bundesländer dem zustimmen –, dennoch wird dies im Moment dafür genutzt, Exzellenzprogramme weiter zu befördern statt dieses Geld in die Breite zu geben. Forschungsstarke Universitäten werden immer weiter bevorzugt während Kunst- und Musikhochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und kleine Universitäten hinten anstehen müssen. Wir fordern daher die Abschaffung der Exzellenzstrategie und setzen uns dafür ein, dass der Bund sich dauerhaft an der Grundfinanzierung aller Hochschulen mitbeteiligt. Eine Verstetigung und gleichzeitige Erhöhung des Hochschulpaktes über 2020 hinaus oder eine alternative Finanzierungsmöglichkeit muss daher forciert werden.

Studiengebühren für die Tonne!

Die allgemeinen Studiengebühren wurden in Sachsen zwar abgeschafft, dennoch sind sie nicht komplett verschwunden. Spezifische Studiengebühren in Form von Langzeitstudiengebühren oder auch Zweitstudiengebühren werden immer noch an den sächsischen Hochschulen erhoben. Sachsen ist zudem auch noch trauriges Vorbild für einen bundesweiten Diskriminierungstrend geworden. Mit der letzten Novelle des Hochschulgesetzes unter CDU/FDP wurden in Sachsen Studiengebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland erstmalig eingeführt. Theoretisch steht es also jeder Hochschule frei, diese zu erheben, wenngleich dies bisher nur an der Hochschule für Musik und Theater Leipzig der Fall ist. Diese klar fremdenfeindliche und diskriminierende Praxis hat in Baden-Württemberg Einzug ins Hochschulgesetz gefunden und soll auch in Nordrhein Westfalen mit übernommen werden.

Egal in welcher Form, Studiengebühren führen zu weiteren sozialen Selektionsprozessen und verhindern somit die Teilhabe an Bildung, die in unseren Augen jeder Person zur freien Verfügung stehen muss. Bildung ist und bleibt ein Menschenrecht und muss demnach kostenfrei und vor allem diskriminierungsfrei ausgestaltet sein.

Wegfall der Zulassungsbeschränkung

Durch die abgestuften Formen der Hochschulreife, den Numerus Clausus und oftmals beliebige Eignungsfeststellungsverfahren gibt es einen selektiven Zugang zu den Hochschulen. In Deutschland hat die Ausbildung der Eltern wie der gesamte soziodemografische Hintergrund immer noch gewaltigen Einfluss auf die Bildungschancen. Zudem sind viele Studienbewerber_innen durch ihre eigene soziale oder ökonomische Situation in der Entscheidung für ein Studium eingeschränkt. Der Zugang zu den Universitäten und Hochschulen muss in jedem Alter und unabhängig vom Berufs- und Schulabschluss möglich sein. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Zulassungsbeschränkungen und stattdessen möglichst geringe Zugangsschwellen. Studieren soll zu jeder Zeit kostenfrei sein. Das gilt auch für die Nutzung von Bibliotheken, Lehrmittelkabinetten, Laboren, Sprachangeboten, von Internet und Freizeitanlagen.

Eine flächendeckende, qualifizierte Studienberatung in Schule und Hochschule und eine bedarfsorientierte Kapazitätsplanung sind für eine erfolgreiche Selbstverwirklichung vonnöten. Dies schließt den Ausbau der psychosozialen Beratungen, um bei dauerhaftem Leistungsterror zu helfen, ebenso mit ein, wie unabhängige Finanz- und Lebensplanberatungen, in denen die Studierenden nicht lediglich den Sachbearbeiter_innen gegenüber sitzen.

Studienfinanzierung unterstützen

Die Schwierigkeit, ein Studium zu finanzieren, trägt nicht selten zu einer prekären Situation der Studierenden bei. Staatliche Unterstützung ist oft eltern- und altersabhängig, zeitlich begrenzt, nicht für ausländische Studierende vorgesehen und wird bei einem Studiengangwechsel ganz gestrichen. Dem setzen wir unsere Forderung nach Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens auch für alle Studierenden entgegen – und damit nach einer elternunabhängigen und nicht rückzahlenden Ausbildungsförderung. Jeglichen Arten von Studienkrediten stehen wir generell kritisch gegenüber und fordern ihre sofortige Abschaffung. Des Weiteren müssen jegliche Pflichtpraktika, die in den Curricula der Studienabläufe vorgesehen sind, entsprechend vergütet werden. Gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften ist es gängige Praxis, dass Studierende für lau in Vollzeit arbeiten sowie nebenbei noch Reflexionsseminare besuchen müssen.

Studierendenwerke sollen als ausfinanzierter Anbieter sozialer und kultureller Angebote den Student_innen zur Seite stehen, besonders, wenn es um die Vereinbarkeit von Studium und eigener Lebenswirklichkeit geht. Kostenfreie und flexible Kinderbetreuung, die Schaffung von kostengünstigem Wohnraum – auch deren Sanierung – sowie voll ausgestattete Mensen und Cafeterien erachten wir hierbei als notwendige Voraussetzung.

Reformen reformieren

Die Bologna-Reform trat mit dem Ziel an, eine einheitliche europäische Hochschullandschaft zu schaffen und den Austausch Studierender zu fördern. Mit ihr hielt allerdings auch das neoliberale Verwertungskalkül vollumfänglich Einzug in die deutschen Hochschulen. Möglichst viele Studierende sollen in möglichst kurzer Zeit möglichst optimal auf die ökonomische Verwertung vorbereitet werden. Exemplarisch kann dafür die Umwandlung der Curricula des Diploms von 8 Semestern auf die Curricula der Bachelor-Studiengänge mit meist 6 Semestern herangezogen werden. Ganze Disziplinen müssen sich mit dem Vorwurf der mangelnden Employability ihrer Absolvent_innen herumschlagen und mitunter den Schwerpunkt ihrer Lehre umwerfen. So sind beispielsweise Lehrstühle für vielerlei Arten des öko-

nomisch gehaltenen Managements gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften in Mode gekommen und statt Medienwissenschaftler_innen werden vielerorts Public-Relations-Manager ausgebildet.

Wir stehen für ein offenes Europa, auch im Bereich der Hochschulpolitik und in diesem Sinne auch hinter der Idee der Bologna-Reform. Unser erklärtes Ziel ist die echte Internationalisierung des Studiums. Wir wollen die Flexibilität und Mobilität von Studierenden verbessern. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb die europaweite Anerkennung von Abschlüssen und erworbener Leistungen, z. B. über ein ECTS-System - allerdings nicht auf Kosten der Selbstbestimmung bei der Organisation des Studiums. Wir fordern die Abschaffung von Klausuren und Noten an Hochschulen und wollen stattdessen Prüfungsersatzleistungen zum Nachweis über Kenntnisse wissenschaftlicher Arbeitsweisen, etwa über Hausarbeiten und Forschungs- und Gruppenprojekte. Für Module, die zum Ziel haben, spezielle Fertigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln, müssen zudem alternative, den Ansprüchen passende Prüfungsleistungen entwickelt werden. Falls Studierende sich von einer Prüfung wegen Krankheit abmelden, muss der ärztliche Krankenschein dafür ausreichen, um den Rücktritt zu begründen.

Die konsequente Förderung der hochschuldidaktischen Weiterbildung für Dozent_innen muss wieder stärker in den Fokus der Hochschulpolitik geraten. Lebenslanges Lernen bedeutet für uns neben dem Miteinander verschiedener Generationen und Lehrender wie Lernender auch, dass Dozent_innen umfangreiche Möglichkeiten zur Weiterentwicklung in der Lehre geboten werden müssen - abseits vom allgegenwärtigen Evaluationswahn, der oftmals nur den Leistungsdruck auf die Lehrenden erhöht. Wir wollen die Einheit von Lehre und Forschung garantieren, damit sich beide gegenseitig ergänzen und befruchten können. Für wissenschaftliche Arbeiten im universitären Alltag muss allerdings auch so viel Zeit eingeräumt werden, dass diese von Dozent_innen und Studierenden gemeinsam qualifiziert ausgewertet werden können, anstatt mit einer aufgedrückten Note auf einem Stapel zu landen. Dafür ist es zwangsläufig notwendig, wieder neue Stellen an den Hochschulen zu schaffen, sodass gewährleistet werden kann, dass sich die Betreuungsrelationen von Studierenden zu Dozent_innen wieder deutlich zugunsten beider Parteien wenden.

Außerdem richten wir uns entschieden gegen jede Form von Zwangsexmatrikulation. Wir plädieren daher für eine Einführung des Bielefelder Modells. An der Universität Bielefeld ist es den Studierenden seit 2005 möglich, Prüfungen beliebig oft zu wiederholen. Somit wird beständiger Leistungs- und Prüfungsdruck für Studierende aufgehoben, da Studierende nicht damit rechnen müssen, dass sie nach dem drittmaligen Nichtbestehen einer Prüfung zwangsexmatrikuliert werden.

Übergangshürden abschaffen

Viele Studierende klagen über die fehlenden Übergangsmöglichkeiten zwischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Kunst- und Musikhochschulen sowie Universitäten. Zudem gewinnt das Fernstudium in Zeiten nie dagewesener multimedialer Möglichkeiten an Bedeutung und sollte daher stärker als bisher in den normalen Betrieb eingebunden werden - auch abseits von klassischen Fern-Hochschulen. Dafür ist es unter anderem wichtig, dass die Semesterzeiten europaweit harmonisiert werden. Es ist nicht einmal in Sachsen eine Selbstverständlichkeit, eine solche Sache für alle Hochschultypen umzusetzen. Somit werden auch dadurch systematisch Wechsel zwischen Hochschularten erschwert bzw. verhindert. Wir wollen die Unterschiede zwischen den Hochschultypen abschaffen und kämpfen für einen vereinfachten Übergang zwischen den verschiedenen Lehrangeboten - verbunden mit der gegenseitigen Anerkennung aller Leistungen. Wir fordern außerdem die Abschaffung der Übergangshürden vom Bachelor zum Master. Wer sich bilden möchte, soll nicht blockiert werden. Das Gleiche gilt für Absolvent_innen mit Promotionsabsichten. Wer will, soll promovieren dürfen und das auch dort, wo er_sie es will - sofern es die Kapazitäten der Lehrenden hergeben. Das bedeutet auch, dass wir uns für eine Öffnung des Promotionsrechts für Hochschulen für angewandte Wissenschaften einsetzen. Viele Fachbereiche - wie bspw. die Soziale Arbeit - sind hauptsächlich an diesen

angesiedelt und somit nicht an Universitäten, die das Promotionsrecht besitzen, wiederzufinden. Dennoch hat über die Zeit die Bedeutung der Forschung innerhalb dieser Fachbereiche und an Hochschulen für angewandte Wissenschaften allgemein extrem vergrößert, weswegen es nicht ersichtlich ist, wieso diese weiterhin vom vollen Promotionsrecht ausgeschlossen sein sollten. Damit geht auch die Forderung einher, dass Stellen für den akademischen Mittelbau an Hochschulen für angewandte Wissenschaften geschaffen werden, um wissenschaftlichen Nachwuchs in genau diesen Fachbereichen gewinnen zu können. Zudem stehen wir dem Konzept der Habilitation entgegen. Schon mit der abgeschlossenen Promotion weisen Doktorand_innen die nötigen wissenschaftlichen Kenntnisse vor, die für eine wissenschaftliche Laufbahn vonnöten sind. Wir lehnen somit auch den derzeit bestehenden Publikationszwang ab, der den wissenschaftlichen Nachwuchs dazu zwingt, unter massivem Zeitdruck und so oft es geht wissenschaftlichen Output zu generieren.

Für die demokratische Hochschule - für studentische Selbstorganisation!

Wir treten ein für die Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft, so natürlich auch für die anhaltende Demokratisierung des faktischen Lehrstuhlprinzips. Die konsequente Demokratisierung ist für uns dabei auch Gegenmittel zum Verwertungsdruck und dem Diktat ökonomischer Nützlichkeit: Demokratie braucht immer Zeit und Raum, sich zu entfalten.

Für uns bedeutet Demokratisierung zum einen, dass alle Hochschulgremien prozentual zur Größe der Mitgliedergruppen besetzt werden sowie dass die demokratisch legitimierten Gremien wie der Fakultätsrat und der Senat wieder gestärkt werden. Zum anderen müssen die Wahl des_der Rektor_in sowie grundsätzliche Entscheidungen über die Hochschulstruktur in einer Urwahl stattfinden – nach dem Prinzip „one woman – one vote“.

Die Novelle des Sächsischen Hochschul„freiheits“gesetzes durch die Sächsische Staatsregierung von 2012 wollen wir vollumfänglich zurücknehmen. Insbesondere die Strukturen der studentischen Selbstverwaltung gehören gestärkt und ausfinanziert, anstatt als rein fakultativer „Verein“ delegitimiert. Um das Engagement auf allen Ebenen studentischer Selbstorganisation zu stärken, plädieren wir auch für eine Anrechenbarkeit des ehrenamtlichen Engagements als Studienleistung - vergleichbar mit den „Schlüsselqualifikationen“.

Geschlechterrollen aufbrechen und Inklusion fördern!

Die Geschlechterrollen einer Gesellschaft spiegeln sich auch an ihren Hochschulen wider. Das zeigt sich z. B. in typisch männlichen und typisch weiblichen Studienvorlieben wie Maschinenbau und Erziehungswissenschaften. Um dem entgegenzuwirken, streben wir eine Förderung der Auflösung klassischer Rollenverständnisse in wissenschaftlichen Disziplinen ebenso an wie die Förderung von Frauen in akademischer Laufbahn.

Zwar nimmt der prozentuale Anteil von Frauen im Hochschulbereich zu, allerdings sind Frauen immer dünner gesät, je weiter es nach oben geht. Während mittlerweile ca. 49 % der Studienanfänger_innen weiblich sind, sind es bei Doktorand_innen lediglich knapp 41 %, bei Professor_innen nur rund 20 %. Wir fordern die konsequente und umfangreiche Förderung von Frauen in ihren akademischen Laufbahnen mittels einer 50%-Mindestquote.

Hochschulen sind zudem oftmals der Ort, an dem die Debatten um gesellschaftlichen Einfluss von Geschlecht am intensivsten geführt werden. Trotzdem spiegeln sich die Geschlechterrollen einer Gesellschaft auch im Hochschulbereich wider: sei es im sexistischen Anmachen auf der Semesterauftaktparty nach vier Bier oder im sexistischen Witz eines Profs in der Vorlesung. Wir fordern daher den Erhalt und Ausbau sämtlicher Formen kritischer Auseinandersetzung mit Geschlecht und Gesellschaft, sei es in Form der Gleichstellungsbeauftragten mit erweiterten Rechten als derzeit gesetzlich verankert, in Form spezieller Institute für Gender Studies oder besonderer Beratungsstellen innerhalb

der Hochschule. Dezentrale Ansätze auf möglichst vielen Ebenen müssen hier der Schlüssel sein, um dem alltäglichen Sexismus innerhalb der Hochschule effektiv begegnen zu können.

Inklusion stellt immer noch ein Fremdwort an Hochschulen dar. Zwar haben die jeweiligen Hochschulen Aktionspläne für inklusive Hochschulen beschlossen, dennoch wird Inklusion meist erst ernst genommen, sobald Mitglieder der Hochschule Probleme diesbezüglich äußern. Der Sanierungsstau an den Hochschulen ist wie bei den Schulen enorm groß und dadurch, dass das Grundbudget der Hochschulen meist gerade so für das Personal reicht, bleibt meist kein Geld für bauliche bzw. weitere Maßnahmen, die im Sinne des inklusiven Leitgedankens sind. Dennoch beschränkt sich Inklusion hierbei nicht nur auf bauliche Maßnahmen der Hochschulen. An vielen Hochschulen existieren immer noch wenige barrierefrei zugängliche Dokumente, die für die Studienorganisation aber essentiell sind. Darüber hinaus nutzen Dozent_innen oft Folien, die auch nicht barrierefrei sind und somit das Studium für Studierende zusehends erschweren. Wir fordern daher eine allumfassende Sensibilisierung aller Mitglieder der Hochschule für Inklusion – sowohl in der Lehre, in der Verwaltung als auch in der Forschung. Dafür ist es notwendig, dass es an jeder Hochschule eine zentrale und mehrere dezentrale Inklusionsbeauftragte gibt, die auch so gesetzlich verankert sind, dass sie ihre Arbeit im Sinne aller Mitgliedergruppen der Hochschule vollumfänglich wahrnehmen können und auch dementsprechend ausgestattet werden.

Zivilklausel statt Kriegsvorbereitungen

Die Vorbereitung für Kriege beginnt schon an Hochschulen. Mit der Abhängigkeit von Drittmitteln werden Hochschulen von der Bundeswehr und von Rüstungskonzernen zur Kriegsforschung genötigt. Um die Freiheit der Forschung zu bewahren und Kriege als Fortführung von Politik nicht weiter zu unterstützen, fordern wir eine Zivilklausel für alle Hochschulen, die militärische Forschung, Werbung und Finanzierung verbietet. Dies beinhaltet auch gleichzeitig die Forderung nach einer Transparenzverpflichtung der Hochschulen für Forschungsvorhaben. Dadurch kann demokratisch legitimierte Mitglieder der Hochschule stets Einblick in Ziele und Anwendungszwecke der Forschungsvorhaben gewährleistet werden.

Wir fordern:

- Offenen, kostenfreien Zugang zu allen Hochschulen sowie konsequente Abschaffung aller Studiengebühren
- Ablehnung jeglicher Exzellenzprogramme dafür die stärkere Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung aller Hochschulen
- Ausfinanzierte Hochschulen sowie Schaffung neuer Stellen
- Elternunabhängige Ausbildungsförderung statt Studienkredite
- Keine Privatisierung der Hochschulen und keine Stiftungsuniversitäten
- Schaffung eines europäischen Hochschulraums mit europaweit anerkannten Studiengängen und Abschlüssen und Gewährleistung von europaweiten kostenlosen Studienmöglichkeiten
- Auflösung klassischer Rollenverständnisse in wissenschaftlichen Disziplinen
- Förderung von Frauen in der akademischen Laufbahn und Schaffung inklusiver Räume und Lehre
- Volles Promotionsrecht für Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie Abschaffung der Habilitation
- Gute Vereinbarkeit von Studium und eigener Lebenswirklichkeit
- Zivil- und Transparenzklauseln für alle Hochschulen

A4

Aufstehen? Sachma hackt's? Liegenbleiben!

Die linksjugend [solid] Sachsen distanziert sich von der quatschigen Sammlungsbewegung „Aufstehen“ um Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine.

Sie entspricht weder in ihrer Organisationsform, noch in ihrer inhaltlichen Analyse sowie Ausrichtung unseren Ansichten.

Zum einen handelt die Organisation völlig intransparent. Wer die handelnden Aktuer_innen sind, ist nicht wirklich ersichtlich. Auch die tatsächlichen Ziele sind nicht wirklich zu erkennen. Gerade da die beiden Gründer_innen in der Partei DIE LINKE keine unprominenten Rollen einnehmen, wäre mehr Transparenz gegenüber der Mitglieder der LINKEN angebracht. „Die Parteien des links-liberalen Spektrums SPD, Grüne und Linke haben es im letzten Jahrzehnt nicht geschafft, ein verlässliches Bündnis untereinander zu schmieden und mit einem politischen Gegenkonzept einen Machtwechsel in Deutschland herbeizuführen.“ heißt es auf der Website von „Aufstehen“. Schon spannend zu lesen, wenn man bedenkt, wer die beiden Aushängeschilder der sogenannten Bewegung sind. Gerade Wagenknecht und Lafontaine wollen mit dem Handeln von Parteien nichts zu tun haben. Gerade diese beiden, die in den letzten Jahren Rot-Rot-Grüne Projekte eher verhindert als gefördert haben schreiben nun diese „spannende“ Analyse.

Von Inhalten liest man auf der Website bisher tatsächlich nichts, außer Phrasen. Gefolgt wird trotzdem fleißig dank Personenkult.

Was man auf der Website liest, sind seltsame Sätze wie dieser: „Wir wollen etwas Neues: Keine Partei, sondern eine Bewegung für alle, die gemeinsam für unsere Ziele kämpfen wollen.“. So neu erscheint uns die Idee eine sogenannte Bewegung anzustoßen und gemeinsam für Ziele zu kämpfen nicht. In offenen Bürostrukturen, wie beispielsweise dem linXXnet in Leipzig-Connewitz wird seit fast zwei Jahrzehnten parteipolitische mit linksradikaler Zivilgesellschaftsarbeit verbunden. – Funktioniert super.

Diese sogenannte Bewegung scheint ein Versuch, Protestwähler_innen, die nun AfD wählen zurückzuerobern. Dass diese Menschen offenbar dazu bereit sind, eine geschichtsrevisionistische, rassistische und sexistische Partei zu supporten, ist dabei scheinbar egal. – Um dies zu schaffen bedient „Aufstehen“ der Kritik der „Politik für Super-Reiche, Banken und Konzerne“. Lobbyisten hätten das große Geld, „Aufstehen“ habe die Leute, heißt es.

Wir kritisieren sowohl den Versuch, sich für Menschen, die problemlos Parteien, wie die AfD wählen, durch populistische Analysen wählbar zu machen, als auch die aus unserer Sicht falsche regressive Kapitalismuskritik an einigen wenigen Playern und nicht an der Gänze des kapitalistischen Systems.

Als Vorbild der sogenannten Bewegung wird auf der Website der britische Labourchef Jeremy Corbyn geführt, der in der Vergangenheit nicht selten durch antisemitische Äußerungen auffiel.

Kurzum, wir sehen keinen Sinn in „Aufstehen“. Wir bleiben in diesem Fall lieber liegen, anstatt diesen Irrsinn mitzumachen und supporten lieber sinnvolle bestehende Bewegungen, wie die aktuelle Bewegung, Menschen vorm Ertaufen im Mittelmeer zu retten, wie die humanistische Bewegung, die vor allem in den Jahren 2015 und 2016 Geflüchteten half oder wie aktuelle Bewegungen, die sich gegen neue Polizeiaufgabengesetze und die Ausweitung des Polizeistaats stellen.

Wenn Sahra und Oskar rufen, drücken wir lieber nochmal auf „schlummern“ und bleiben liegen.

A3

Antrag: Unterstützung für Jugendkandidat_innen absichern

Antragsteller_innen: Anna G., Anne R., Paul H.

Das Landesjugendplenum möge beschließen, den Beauftragtenrat damit zu beauftragen, ein angemessenes Format für Workshops für die auf dem Landesjugendtag nominierten Jugendkandidat_innen und deren Unterstützer_innen im Hinblick auf die Vorbereitung des Wahlkampfes zu organisieren. Die Themenfindung zu den Workshops sowie die Wahl des Formats soll dabei in Abstimmung mit den Jugendkandidat_innen erfolgen.

A5

Bestimmungen zum Ablauf der Nominierung der Jugendkandidat_innen für die Landtagswahl 2019

Antragsteller_innen: Beauftragtenrat

Allgemein:

- Der Landesjugendtag nominiert in getrennten Wahlgängen zunächst junge Kandidat_innen für die aussichtsreichen Plätze 9 oder 10 und 15 oder 16 der Landesliste der LINKEN. Sachsen und anschließend maximal vier weitere Unterstützungskandidat_innen.
- Welche der beiden nominierten Kandidat_innen auf Listenplatz 9 oder 10 und 15 oder 16 antritt, wird in einem Treffen zwischen Kandidat_innen, Beauftragtenrat und jugendpolitischen Sprecher vereinbart.
- Auf welchen Listenplätzen die Unterstützungskandidat_innen antreten werden, wird in Gesprächen zwischen Kandidat_innen, Beauftragtenrat und jugendpolitischen Sprecher vereinbart.
- Alle weitere Vorbereitung mit den Kandidierenden im Hinblick auf die Landesvertreter_innenversammlung der LINKEN. Leipzig obliegt dem Beauftragtenrat, dem jugendpolitischen Sprecher sowie dem Jugendkoordinator.

Nominierung der aussichtsreichen jungen Kandidat_innen:

- Die Vorstellungszeit pro Kandidat_in beträgt maximal 5 Minuten.
- Anschließend können alle Teilnehmer_innen der_dem jeweiligen Kandidierenden Fragen stellen. Die Zeit pro Frage beträgt maximal 1 Minute. Die Zeit zu antworten ebenso. Insgesamt können eine_r Kandidat_in 16 Minuten lang Fragen gestellt werden.

Nominierung der Unterstützungskandidat_innen:

- Die Vorstellungszeit pro Kandidat_in beträgt maximal 5 Minuten.
- Anschließend können alle Teilnehmer_innen eine_r Kandidierenden Fragen stellen. Für Liste zur Sicherung der Mindestquotierung und gemischte Liste sind hierfür jeweils maximal 20 Minuten Zeit. Die Zeit pro Frage beträgt maximal 1 Minute. Die Zeit zu antworten ebenso.

Alles Weitere regelt die beschlossene Wahlordnung.

A6

Antrag ans Landes Jugend Plenum

Einreicher*innen: Flenum* der linksjugend Sachsen,

Antrag:

Das Landesjugendplenum möge beschließen die Gründung einer Frauen*-Struktur in der linksjugend Sachsen finanziell und strukturell zu unterstützen.

A8

Aufschlag Europa- und Kommunalwahlkampf der Linksjugend Sachsen

Einreicher_innen: Anna G., Jacob W.

Die Linksjugend Sachsen entwickelt eine Kampagne zur Europa- und Kommunalwahl bei der eben diese beiden Ebenen zusammen gedacht werden und in der die Möglichkeiten aufgezeigt werden, welche die Regionen und Kommunen in der EU haben. Besonders im Fokus steht hierbei die Perspektive von jungen Menschen und ihren lokalen Strukturen.

Bei den jeweiligen Stationen schlagen wir das Format der Informations- und Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen AJZs o.ä. vor. Dabei finden wir es vor allem wichtig, dahin zu gehen, von wo es die jungen Menschen zunehmend wegzieht, wo Infrastruktur und kulturelle Angebote abgebaut und weggekürzt werden, wo Jugendzentren Tag für Tag um ihr Überleben kämpfen müssen und wo der Alltag vieler Jugendlicher durch Perspektivlosigkeit geprägt ist.

Die Themen, mit denen wir uns im Rahmen dieser Tour auseinandersetzen könnten, sind sehr vielfältig. Wir wollen versuchen, diese möglichst konkret zu diskutieren und im besten Falle direkt Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dafür gilt es heraus zu finden, welche die drängendsten Probleme bei den Akteuren sind und ob man Ihnen bei diesen zur Seite stehen kann. Zum Beispiel gibt es viele Förderprogramme von der EU, welche oft garnicht ausgeschöpft werden. Diese nutzbar zu machen, könnte ein ganz praktisches Ziel der Kampagne sein.

Hier einige Themen zur Anregung:

1. Republik Europa (mit dem Fokus auf die Perspektiven und Vorteile der grundlegenden Umstrukturierung der EU und Stärkung der Regionen und Kommunen)
 2. Perspektiven der Jugend in ländlichen Regionen in Europa (wie kann Jugendarbeitslosigkeit überwunden werden; wie kann politische Partizipation der Jugendlichen gestärkt werden; welche Strukturen der politischen Partizipation der Jugend in Europa gibt es im Moment; kann der ländliche Raum attraktiv für die Jugend gestaltet und die Abwanderung junger Menschen gebremst werden und was wäre dafür notwendig?)
 3. Transnationale Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Regionen in Europa (Perspektiven der transnationalen Jugendzusammenarbeit z.B. mit Polen und Tschechien; Bildungszusammenarbeit; Austauschprojekte; Zusammenarbeit der angrenzenden Regionen und Kommunen in Bezug auf Kultur, Politik, soziale Themen; welche Rahmenbedingungen sind gegenwärtig in der EU dafür vorhanden, wo kann man Fördergelder für Jugendprojekte beantragen usw.)
 4. Was kann Europa der Kommune bieten? (Perspektiven auf verschiedene Probleme des ländlichen Raums und was EU dagegen tun kann, z.B. Ausbau ÖPNV-Netz, Ausbau Breitbandinternet, Stärkung lokaler und regionalen Wirtschaft; Schaffung von Arbeitsplätzen und Generierung von Investitionen in regionale Betriebe und Unternehmen und Verhinderung des massiven Stellenabbaus im ländlichen Raum; wie kann die Landwirtschaft ökologisch und nachhaltig organisiert werden)
- Als Diskutant_innen könnte die sächsische Europa-Abgeordnete Cornelia Ernst sowie verschiedene Kreisrät_innen, Stadträt_innen und weitere Akteur_innen von der kommunalen Ebene angefragt werden. Im Anschluss an die Veranstaltungen könnten wir einen gemeinsamen Abend mit den ortsansässigen Jugendlichen in den jeweiligen AJZs bei Diskussionen, Musik und Party verbringen. Um eine transnationale Perspektive einzubringen und zu verdeutlichen, dass Jugendliche in ländlichen Regionen überall in Europa mit ähnlichen Problemen und Herausforderungen konfrontiert sind, könnten wir linke und progressive Strukturen aus Tschechien und Polen zur Teilnahme an der Tour oder einzelnen Veranstaltungen einladen. Als Höhepunkt und Abschluss der Tour könnte eine größere Abschlussveranstaltung mit anschließender Party auf der Brücke von Görlitz zu Zgorzelec stattfinden, zu welcher wir linke Aktivist_innen und Genoss_innen von Razem einladen, um mit uns gemeinsam zu feiern und ein Signal in Richtung einer verstärkten transnationalen Zusammenarbeit von linken Organisationen gegen Abschottung und Nationalismus zu setzen.

A9

„Polizeigesetz stoppen!“-Arbeitsgemeinschaft in der Linksjugend Sachsen

Antragssteller: Beauftragtenrat, Jakob M.

Es wird eine AG innerhalb der Linksjugend Sachsen gegründet, die sich mit dem Polizeiaufgabengesetz befasst.

Der Jugendkoordinator und der Beauftragtenrat sorgen (zum Beispiel durch die Einrichtung eines Mail-Verteilers und der Bereitstellung von Locations für ein erstes Treffen und dem landesweiten Bewerben) dafür, dass sich interessierte Mitglieder und Sympathisant_innen der Linksjugend Sachsen zusammenfinden können, um sich in geeigneter Form mit dem Polizeiaufgabengesetz zu befassen.

Der AG steht es frei, Gelder für Material und Veranstaltungen zu dem Thema beim Beauftragtenrat zu beantragen.

A8

Support your local beerbrewery – Radeberger Gruppe und Co. enteignen!

Antragsteller_innen: LAK Saufen

Die linksjugend [solid] Sachsen fordert, kleinen Brauereien endlich den gleichen Zugang zu Hopfen zu verschaffen. Dafür sind die Enteignung von Brauereien und deren Hopfenfelder unumgänglich, um die Zugänge anzugleichen. Für Vielfalt und stabile Preise statt Einfalt und trockene Kehlen im und am Spätikühlschrank!

A10

Antragsstellerin: Natalie P.

Unterstützer*innen: Jakob M., Beauftragtenrat

Inklusionsbeauftragte auch für uns!

Die Linksjugend Sachsen richtet ein Amt ein, was sich mit dem Thema Inklusion befasst. Die Person, die dieses Amt ausführt, ist dafür zuständig sich um die Belange der Menschen mit Behinderung in der Linksjugend Sachsen zu kümmern. Die Person kümmert sich im Vorfeld und auf den Landesjugendplena um die Barrierefreiheit von diesen. Sie ist dafür zuständig Barrieren abzubauen.

Sie informiert den Beauftragten Rat über vorhandene Barrieren.

Diese Person soll sich mit der Inklusionsbeauftragten der Partei Sachsen vernetzen.

Die Auswahl der Person für dieses Amt geschieht auf dem Landesjugendplenum durch Wahl für 2 Jahre.

A 11.2 – AKTUELLE FASSUNG

Antragssteller: Marco B.

Das Landesjugendplenum beschließt folgendes:

Die Vereinbarung mit den jungen Kandidierenden des letzten Landesjugendtags wird um folgende Punkte ergänzt:

Die jungen Kandidierenden verpflichten sich, sollten sie in den 7. Sächsischen Landtag gewählt werden,

- Statt dem Pensionsmodell zur Rentenvorsorge, sich in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern (die Abgeordneten erhalten dafür eine entsprechende Zahlung)
- Sich in der gesetzlichen Krankenkasse und nicht privat zu versichern
- Eine Stelle oder entsprechende Mittel für den Jugendverband anzustreben, welche eine regelmäßige Supervision für die (Reflexion der) Arbeit und Alltagsunterstützung der jungen Abgeordneten leistet.
- Bei Grundsatzentscheidungen im Landtag oder der Fraktion, wie die Frage nach Regierungsbeteiligung, Änderungen der Verfassung oder Änderungen des Wahlrechts die Meinung des Landesjugendplenums einzuholen
- Ansprechbar für den Jugendverband zu sein, wenn dieser Anfragen von außerparlamentarischen Spenden erhält, diese zu übernehmen, wenn diese Steuerrelevant sind (die Abgeordneten diese also von der Steuer absetzen können)

Bzw. wird folgender Punkt der alten Vereinbarung mit den Jugendkandidierenden geändert:

- „Monatlich 1% ihrer Grundentschädigung vor Steuerabzug an den Jugendverband linksjugend [solid] Sachsen zu spenden“ zu „Einen Beitrag von monatlich 150 € an den Jugendverband zu leisten“

SÄA 1

Einreicher_innen: Beauftragtenrat

§6 Absatz 2. Füge ein:

„Für reine Arbeitsgremien auf Landesjugendplena/-tagen wie der Mandatsprüfungskommission und Protokoll kann in der Geschäftsordnung eine weiche Quote beschlossen werden.“